



**3. Sitzung des Gemeindeparlamentes,
Donnerstag, 22. November 2007
Stadthaus, Ratsaal,
Sitzungsdauer: 18.00 Uhr - 21.45 Uhr**

Anwesend sind: 43 Ratsmitglieder (von 50 Mitgliedern)

Sozialdemokratische Partei:

1. Dr. Markus Ammann, 2. Ursula Amsler Celidonio, 3. Rolf Braun, 4. Lukas Derendinger,
5. Werner Good, 6. Brigitte Kissling, 7. Thomas Marbet, 8. Rudolf Moor,
9. Brigitte Rosselet, 10. Luzia Stocker Rötheli, 11. Dr. Arnold Uebelhart, 12. Dieter Ulrich,
13. Lea von Wartburg, 14. Caroline Wernli Amoser

Freisinnig-demokratische Partei:

1. Mario Clematide, 2. Thomas Frey, 3. Urs Knapp, 4. Stefan Nünlist, 5. Dr. Max Pfenninger,
6. Andreas Schibli, 7. Rolf Schmid, 8. Arthur Spring, 9. René Wernli, 10. Christian Wüthrich,
11. Nico Zila

Christlichdemokratische Volkspartei:

1. Georg Dinkel, 2. Heidi Ehram, 3. Antonia Hagmann, 4. Daniel Joss, 5. Patrick Kissling,
6. Roland Rudolf von Rohr, 7. Armand Weissen

Schweizerische Volkspartei:

1. Marcel Buck, 2. André Köstli, 3. Rudolf Lutz, 4. Rolf Sommer, 5. Christian Werner

Grüne Olten:

1. Iris Schelbert, 2. Theo Schöni, 3. Felix Wettstein

Evangelische Volkspartei Olten:

1. Stephan Hodonou

Junge Alternative:

1. Anna Engeler, 2. Jonas Hertner

Stadtrat:

Ernst Zingg, Stadtpräsident
Silvia Forster, Vize-Präsidentin, Baudirektion
Doris Rauber, Direktion Öffentliche Sicherheit
Peter Schafer, Direktion Soziales
Dr. Martin Wey, Direktion Bildung und Sport
Markus Dietler, Stadtschreiber



Ferner anwesend:
Adrian Balz, Verwaltungsleiter Baudirektion
Roland Giger, Rektor

Entschuldigt abwesend:
Käthi Bolzern
Markus Oegerli
Heinz Eng
Alexandra Kämpf
Daniel Probst
Nadja Rhiner
Anita Huber

Vorsitz: Iris Schelbert

Protokollführerin: Erika Brunner, Leiterin Stadtkanzlei

* * *

Geschäfte:

4. Parlamentarische Vorstösse/Begründung, Beantwortung und Weiterbehandlung
 - 4.1. (Geschäft Nr. 2007.013) Postulat Rolf Sommer (SVP) betr. Cablecom (eingereicht am 22.03.2007/erstmalig traktandiert am 06.09.2007, zweites Mal am 27.09.2007)
 - 4.2. (Geschäft Nr. 2007.007) Interpellation Timur Acemoglu (SP) und Mitunterzeichnende betr. Schlussfolgerungen im Bericht und Antrag zum Budget 2007 (eingereicht am 25.01.2007/erstmalig traktandiert am 06.09.2007, zweites Mal am 27.09.2007)
 - 4.3. (Geschäft Nr. 2006.020) Motion Markus Ammann und Marion Bachmann-Rauber (SP-Fraktion) betr. Erarbeitung von Grundlagen zur Stadtentwicklung (eingereicht am 22.11.2006/erstmalig traktandiert am 06.09.2007, zweites Mal am 27.09.2007)
 - 4.4. (Geschäft Nr. 2007.005) Postulat Roland Rudolf von Rohr (CVP) und Mitunterzeichnende betr. Überdachung des Schwimmbades Olten (eingereicht am 25.01.2007/erstmalig traktandiert am 06.09.2007, zweites Mal am 27.09.2007) und (Geschäft Nr. 2007.019) Postulat Markus Oegerli (SP) und Mitunterzeichnende betr. Nutzung alternativer Energien zur Wassererwärmung des Schwimmbades Schützenmatte (eingereicht am 24.05.2007/erstmalig traktandiert am 06.09.2007, zweites Mal am 27.09.2007)
 - * 4.5. (Geschäft Nr. 2007.001) Motion Heinz Eng (FdP-Fraktion) betr. Wiederinbetriebnahme Bassin Kindergarten Bifang-Schulhaus 08 (eingereicht am 25.01.2007/erstmalig traktandiert am 27.09.2007)
 - 4.6. (Geschäft Nr. 2007.011) Motion Brigitte Kissling (SP) und Mitunterzeichnende betr. neuzeitliche Gestaltung der Aufbahrungshallen (eingereicht am 22.03.2007/erstmalig traktandiert am 27.09.2007)



- 4.7. (Geschäft Nr. 2007.008) Interpellation Werner Good (SP) und Mitunterzeichnende betr. detailliertes Überprüfen der ökologischen und finanziellen Belastungen der Stadt Olten beim Coop-City-Event (eingereicht am 25.01.2007/erstmalig traktandiert am 27.09.2007)
 - 4.8. (Geschäft Nr. 2007.020) Postulat Caroline Wernli (SP) und Mitunterzeichnende betr. Schaffung eines Badesees im Areal Olten SüdWest (eingereicht am 24.05.2007/neu traktandiert)
 - 4.9. (Geschäft Nr. 2007.021) Postulat Iris Schelbert-Widmer (GO/JA) und Mitunterzeichnende betr. Tageslicht im Parlamentssaal (eingereicht am 24.05.2007/neu traktandiert)
 - 4.10. (Geschäft Nr. 2007.022) Postulat Markus Ammann, Lea von Wartburg und Markus Oegerli (SP) und Mitunterzeichnende betr. Minergiestandard bei allen städtischen Neu- und Umbauprojekten (eingereicht am 28.06.2007/neu traktandiert)
 - 4.11. (Geschäft Nr. 2007.023) Interpellation Luzia Stocker Rötheli (SP) und Mitunterzeichnende betr. geplante Verlegung von Bezirksschülerinnen und -schülern nach Wangen und Dulliken (eingereicht am 28.06.2007/neu traktandiert)
 - * 4.12. (Geschäft Nr. 2007.027) Interpellation Heinz Eng (FdP-Fraktion) betr. Läuseplage an Oltnen Schulen – ein ungelöstes Problem? (eingereicht am 26.08.2007/neu traktandiert)
 - 4.13. (Geschäft Nr. 2007.030) Interpellation Andreas Schibli (FdP) betr. Hochwasser in Olten vom 8./9. August 2007 (eingereicht am 05.09.2007/neu traktandiert)
- * wegen Abwesenheit des Motionärs respektive Interpellanten nicht behandelt

* * *

Parlamentspräsidentin Iris Schelbert: Ich begrüsse Euch alle zum zweiten Teil der November-Sitzung.

* * *

Mitteilungen

Wahl Ersatzstimmenzähler

Als Ersatzstimmenzähler für Heinz Eng wird einstimmig Nico Zila gewählt.

* * *

AUSZUG

aus dem Protokoll
des Gemeindeparlamentes
der Stadt Olten

vom 22. November 2007

Akten-Nr. 54/7

Prot.-Nr. 37

Postulat Rolf Sommer (SVP) betr. Cablecom/Beantwortung

Mit Datum vom 22. März 2007 hat Rolf Sommer (SVP) folgendes Postulat eingereicht:

„Das Gemeindeparlament beauftragt den Stadtrat, den Verkaufsvertrag der Rediffusion an die Cablecom, der ca. aus dem Jahre 1991 stammen muss, auf einen Rückkauf zu überprüfen. Sollte diese Möglichkeit bestehen, wäre der Stadtrat angehalten, einen allfälligen Rückkaufsvertrag dem Gemeindeparlament zu unterbreiten, in der Absicht ein regionales Medienkabelnetz zu betreiben.

Begründung:

Ich kenne die ganze Geschichte der Cablecom nicht. Ich kann mich nur noch erinnern, dass in den 80-Jahren in Olten die Rediffusion das örtliche Kabelnetz betrieben hatte. Irgendwann zu Beginn der 90-Jahren, war der Verkauf der Rediffusion an die schweizerische Cablecom ein Geschäft im Gemeindeparlament.

Durch diverse Finanztransaktionen ist die Cablecom heute ein ausländisches Unternehmen. Diese Finanzinvestoren möchten ihr Geld wieder zurück und dazu eignet sich die Schweizer besonders gut.

Aber die Zwangskunden der Cablecom haben vermutlich in den vergangenen Jahren schon mehrfach die Investitionen in das Kabelnetz bezahlt. Sie zahlen heute nur noch für die horrenden Verkaufspreise der von ausländischen Investoren für die Cablecom bezahlt worden ist.

Die Cablecom als heutiger quasi Monopolist der Televisionsübertrag hat in den vergangenen Monaten mit diversen Ankündigungen, Abschaltung von Fernsehkanälen, Zwang zum Digitalfernsehen, Gebührenerhöhungen, viele Kunden verärgert.

Dadurch erhielten verschiedene lokale Kabelnetzbetreiber in der Schweiz einen Aufschwung. Sie können ihren umfassenden Service zu billigeren Tarifen anbieten.

Das sollte doch in Olten auch möglich sein!

Unsere Märkte (Ausschnitt aus einem Mail vom 20.03.07 der Cablecom)

Cablecom ist die grösste Kabelnetzbetreiberin in der Schweiz. Sie bietet ihren Kundinnen und Kunden Dienstleistungen in Analog- und Digitalfernsehen, Digitalradio, Breitband-Internet sowie Telefonie an und führt verschiedene Angebote für Geschäftskunden. In Partnerschaft mit anderen Netzbetreibern versorgt cablecom insgesamt ca. 2 Millionen Haushalte. Zusammen mit ihren Partnernetzbetreibern verfügt sie über einen Marktanteil von rund 73% des Schweizer Kabelfernsehens und ist präsent in 14 der 16 grössten Schweizer Städte.

Das voll ausgebaute cablecom-Netz durchzieht die Schweiz mit einem 7'000 Kilometer langen, vollständig redundanten Hochleistungs-Backbone. Über diesen werden Fernseh-, Internet- und Telephoniedienste angeboten. Cablecom-Kunden sind über die lokale Infrastruktur, die insgesamt aus über 30'000 Kilometer Koaxialkabel besteht, an den Backbone angeschlossen („letzte Meile“). In den vergangenen fünf Jahren hat cablecom über CHF 1,5 Milliarden in ihr Netz investiert und es zu einem hybriden und koaxialen Netz mit einer Kapazität von 606 MHz und mehr ausgebaut. Dadurch ist cablecom in der Lage, bidirektionalen Daten zu übertragen und ihren Kundinnen und Kunden digitale Dienste anzubieten.

Rechne: 2'000'000 Haushalte x Fr. 300.- (Gebühren gerundet) x 5 Jahre = Fr. 3Mia.
Der Gewinn wäre ca. Fr. 1.5Mia.“

- - - - -

Im Namen des Stadtrates beantwortet **Stadtpräsident Ernst Zingg** den Vorstoss wie folgt:

Mit der Abschaltung von analog verbreiteten Fernsehsendern hat die Cablecom im Herbst 2006 und im Frühling 2007 zahlreiche Kundinnen und Kunden verärgert, was auch in Olten zu vielen erbosten Reaktionen geführt hat, die bis hin zu einer Forderung nach Übernahme des Netzes und damit der Grundversorgung durch die öffentliche Hand reichten, wie dies auch der vorliegende Vorstoss tut. Die Abklärungen der rechtlichen Situation, der Marktlage und der Handlungsoptionen haben zu folgendem Ergebnis geführt:

1. Vertragssituation:

- Im Juli 1991 schloss die Einwohnergemeinde Olten mit der damaligen Rediffusion AG einen *Konzessionsvertrag* zum Betrieb und Weiterausbau des bestehenden Kabelnetzes ab. Dieser Vertrag ersetzte einen Vorläufervertrag aus dem Jahre 1971 und lief 12 Jahre – also bis Juli 2003. Seither sollte sich dieser jeweils um weitere 5 Jahre verlängern, sofern er nicht 2 Jahre im voraus gekündigt wird (vgl. Art. 6).
- Nach Ablauf des Vertrags stand der Stadt Olten gemäss Art. 7 auf zweijährige Voranzeige hin ein Kaufrecht bezüglich des Kabelnetzes zu. Massgebend dabei sollte der Verkehrswert sein. Auch bei Erlöschen der Konzession sollte der Gemeinde gemäss Art. 18 ein Kaufrecht zustehen.
- Ferner behielt sich Olten während der Vertragsdauer gemäss Art. 19 gegebenenfalls ein Vorkaufsrecht vor.
- Mit dem Erwerb der Rediffusion AG durch die Cablecom im Jahre 1997 ging der Vertrag vom Juli 1991 mit allen inhaltlichen Verpflichtungen an die Cablecom über (vgl. Stadtratsbeschluss vom 27.10.1997).
- Mit dem Inkrafttreten des neuen Fernmeldegesetzes 1998 griff der Bund in den bisherigen Zuständigkeitsbereich der Gemeinden ein. Die bestehenden Konzessionsverträge wurden hinfällig. Die Stadt Olten erteilte Cablecom am 4. September 2000 eine entsprechende Bewilligung und hob gleichzeitig, gestützt auf einen Stadtratsbeschluss vom 29. Mai 2000, den Konzessionsvertrag vom Juli 1991 auf.
- Die Vertragssituation ist heute somit klar: Cablecom betreibt ihr Kabelnetz in Olten auf privat- und marktwirtschaftlicher Grundlage, wie es dem Sinn und Geist der Fernmeldegesetzrevision aus dem Jahre 1998 entspricht.

2. Marktlage:

- Als Eigentümerin des Kabelnetzes in der Stadt Olten übte Cablecom in Bezug auf die Verbreitung von Radio- und TV-Signalen bisher tatsächlich ein „faktisches Monopol“ aus, wie das auch der Preisüberwacher in seinem Jahresbericht 2004 festgehalten hat.
- Ganz anders verhält es sich demgegenüber im Fernmeldebereich (Telefon, Internet). Hier besteht heute echter, vielschichtiger Wettbewerb:
 - o sowohl im Festnetz als auch im Mobilfunknetz sowie zwischen den beiden Bereichen
 - o innerhalb des Festnetzes sowohl im Infrastrukturbereich (Swisscom, Cablecom) als auch im Dienstebereich (Swisscom, Tele2, Sunrise, Cablecom).

- Mit dem Eintritt von Swisscom mit Bluewin TV hat sich die Konkurrenzsituation auch im Rundfunk- und TV-Bereich geändert, allerdings nur in Bezug auf das digitale Radio- und TV-Angebot. Bluewin TV wird ausschliesslich digital verbreitet, ebenso wie das Satelliten- und das Internetfernsehen sowie ab Ende 2007 auch die bodengestützt (terrestrisch) ausgestrahlten Programme der SRG idée suisse. Cablecom befindet sich demgegenüber in einer mehrjährigen Umstellungsphase vom analogen zum digitalen Fernsehen und hat am 1. April 2007 ein digitales Basisangebot mit über 90 TV-Sendern und über 40 Radiosendern auf den Markt gebracht. Im Unterschied zu Bluewin TV wird Cablecom bis mindestens Ende 2009 ergänzend zum digitalen Basisangebot noch 29 analoge Programme anbieten, welche weiterhin ohne Set Top Box empfangen werden können.
- Ziel und Absicht des neuen Bundesgesetzes vom 24. März 2006 über Radio und Fernsehen (RTVG) und des revidierten Fernmeldegesetzes vom 30. April 1997 (FMG), welche zusammen mit den revidierten Ausführungsverordnungen des Bundes am 1. April 2007 in Kraft getreten sind, ist die Liberalisierung des gesamten Rundfunk- und Fernmeldewesens. Die heute noch bestehenden „faktischen Monopole“ der Kabelnetze sollen in nächster Zeit abgebaut und mittelfristig vollständig beseitigt werden. Im Besonderen dürfte zwischen Swisscom und Cablecom ein starker Wettbewerb im digitalen Bereich entstehen.

3. Abschaltung von analog verbreiteten TV-Programmen:

- Cablecom begründet auf Anfrage die seit 2002 wiederholt vorgenommenen Abschaltungen von analog verbreiteten TV-Programmen bzw. ihre Überführung in den digitalen Bereich mit dem dringenden Bedarf an Kabelnetzkapazität für neue Dienste im digitalen TV-Bereich (zusätzliche Spartenangebote und fremdsprachliche Programmpakete, Einführung HDTV) sowie für zusätzliche Dienste im Fernmeldebereich. Abgeschaltet wurden im Übrigen grundsätzlich jeweils die Sender mit den geringsten Zuschauerzahlen.
- Cablecom hält sich nach eigenen Aussagen strikte an die Vorgaben des Bundes im sogenannten Grundversorgungsbereich (Must carry). Gemäss RTVG können Bundesrat und BAKOM Aufschaltverpflichtungen für konzessionierte und andere private Programme erlassen, welche in besonderem Masse zur Erfüllung des verfassungsrechtlichen Auftrags beitragen. Dasselbe gilt für gewisse ausländische Programme, welche einen besonderen Beitrag zur Bildung, zur kulturellen Entfaltung oder zur freien Meinungsbildung leisten.
- Solche Aufschaltverpflichtungen gelten für die Kabelnetzbetreiber, jedoch nicht für die (ausländischen) Satellitenbetreiber. Das ist auch der Grund dafür, dass regionale TV-Programme nicht über Satellitenschüsseln zu empfangen sind. Infolge von Urheberrechtsbeschränkungen gilt Letzteres übrigens auch für nationale TV-Programme wie z. B. ORF 1 und 2

4. Handlungsoptionen für die Stadt Olten:

- Als rechtmässige Netzeigentümerin hat Cablecom das Recht, ihr Kabelnetz auf dem Gebiet der Stadt Olten innerhalb der gesetzlichen Schranken nach freiem, kommerziellem Ermessen zu betreiben (dasselbe gilt auch für ihre Konkurrenz). Der Stadtrat hätte natürlich die Möglichkeit, in Analogie zur früheren konzessionsvertraglichen Regelung mit Cablecom auf *privatwirtschaftlicher Ebene* in Verhandlungen bezüglich einer Netzübernahme zu treten oder unabhängig von Cablecom ein eigenes Kabelnetz aufzubauen.
- Da Cablecom das Kabelnetz in Olten nach heutigem Standard ausgebaut hat, wäre der privatwirtschaftliche Netzerwerb für jeden Käufer zweifelsohne ein kostspieliges Vorhaben.

- Mit dem Aufbau eines eigenen Kabelnetzes würde sich die Stadt Olten der geschilderten Marktkonkurrenz stellen müssen. Es ist nicht zu erwarten, dass Cablecom und Swisscom den Einstieg eines neuen Marktteilnehmers kampflos hinnehmen würden, was den eigenwirtschaftlichen Betrieb eines gemeindeeigenen Kabelnetzes in Frage stellen würde.

Fazit: Der Stadtrat hat Verständnis für den Unmut aus der Bevölkerung angesichts der für viele überraschenden, teils auch schlecht kommunizierten Massnahmen der Cablecom. Für ähnliche Kosten wie das bisherige analoge Programm bietet Cablecom aber heute – nicht zuletzt dank dem Einsatz des Preisüberwachers – zusätzlich eine mehr als doppelt so grosse Palette von digitalen Programmen an. Der Aufbau eines eigenen Kabelnetzes würde für die Stadt Olten eine sehr grosse Investition bedeuten, nachdem die Stadt Zürich, deren EWZ bereits über ein eigenes Glasfaserkabelnetz für den Datentransport verfügt, dennoch mit Investitionen von rund 200 Mio. Franken während sechs Jahren und weiteren 125 Mio. Franken danach rechnet; ob daraus für die Kunden billigere Tarife für ein ähnliches Angebot resultieren, dürfte zumindest fraglich sein. Zudem handelt es sich weder um ein Kerngeschäft der Stadt Olten noch um eines der sbö/a.en, die ihr Geschäftsfeld olten.com aufgegeben hat bzw. nur noch für betriebseigene Zwecke verwendet, den Vertrag mit der Einwohnergemeinde Olten über eine Datenleitung 2005 gekündigt hat und Dritte (z.B. Schulhäuser) nur noch in Einzelfällen über dieses Netz bedient.

Nachdem der Konzessionsvertrag mit Vorkaufsrecht nicht mehr besteht, ein privatwirtschaftlicher Netzerwerb sehr teuer zu stehen käme und die Stadt und stadtnahe Betriebe weder Knowhow noch Kapazität für den Betrieb eines eigenen Kabelnetzes haben, empfiehlt der Stadtrat dem Gemeindeparlament, das Postulat abzuweisen.

- - - - -

Rolf Sommer: Ich habe das Postulat eingereicht, mir schon im Januar über die Cablecom Gedanken gemacht, als davon geredet worden ist, dass von analog auf digital umgeschaltet wird und es auch teurer werden könnte. Ich habe in der Begründung auch geschrieben, dass der Verkauf des Kabelnetzes, das damals ein städtisches gewesen ist und an die Rediffusion gegangen ist, Anfang der Neunziger Jahre ein Geschäft im Gemeindeparlament gewesen ist. Ich habe mich gefragt, ob man es nicht wieder zurück kaufen könnte. Wie sind die Verträge? Ich habe auch Ernst Zingg einmal im Kantonsrat angesprochen und man hat gerade irgendwie das gleiche Thema gehabt. Aber ich habe gedacht, ich bringe einmal die ganze Sache hierher. Er hat mich damals an und für sich auch gebeten, im Gemeindeparlament einmal abzuhandeln, was hier gelaufen ist. Die Ausführungen des Stadtrates sind sehr, sehr ausführlich. Ich danke hier nochmals. Es ist sehr fundiert geschrieben worden. Gleichwohl bin ich schon etwas enttäuscht, dass man das Cablecom-Netz nicht mehr zurück kaufen kann und der Vertrag mehr oder weniger abgelaufen ist. Aber ich möchte das Postulat gleichwohl aufrecht erhalten. Man könnte es ja annehmen und nachher gleich abschreiben. Ich weiss: Leider steht nirgend ein Preis. Eine Investition von 200 Millionen Franken ist relativ viel. Aber es würde mich interessieren, ob man eine Ahnung hat, wie viele Anschlüsse und wie viele Zahlungen hier kommen. Ich halte an meinem Postulat fest.

Stadtpräsident Ernst Zingg: Zuerst nehme ich es ganz persönlich, wenn Du Dich für die ausführliche Arbeit bedankst, Rolf. Merci für den Dank. Ich kann die Frage schlichtweg nicht beantworten. Du hättest sie stellen können. Dann hätten wir es in Erfahrung bringen können. Ich kann es wirklich nicht sagen. Ich habe noch mit Markus Dietler Kontakt gehabt. Ich möchte zur Beantwortung noch ergänzen, dass wir Dr. Kurt Walser am Tisch gehabt haben. In diesen Kreisen – ich denke auch im Swisscom-Bereich, Stefan Nünlist – kennt man diese

Persönlichkeit. Er ist der Leiter Public Affairs der Cablecom. Es stimmt, dass wir einmal einen Brief geschrieben haben. Wir haben im Kantonsrat darüber geredet, haben einen Brief über die unschöne Situation geschrieben, wo sich ja auch sehr viele Leute aufregen oder aufgeregt haben, dass hier plötzlich Sender abgeschaltet werden. Wir haben dann auch ganz klar unsere Verträge in Frage gestellt. Ich muss sagen, Cablecom hat sich dann sehr bemüht, ist gekommen, wir haben eine lange Besprechung gehabt. Ende August habe ich einen persönlichen Brief von Dr. Walser erhalten, wo er etwas sagt, das drei Tage später in den Zeitungen gewesen ist. Wir haben es vor den Medien erhalten, nämlich dass die Cablecom den Netzbau auslagert. Die Cablecom hat eine eigene Firma gegründet, Alpin Energie Schweiz, Oftringen, und die Firma Swisscom und Cablex haben den Auftrag erhalten, die ganze Netzbaugeschichte zu übernehmen. Die Leute sind auch dementsprechend transferiert worden, ohne Verlust von Human Power. Niemand ist in diesem Sinne auf der Strasse geblieben, was natürlich wichtig ist. In diesem Brief schreibt er – das ist eigentlich die wichtigste Aussage – dass natürlich die Cablecom schon gemerkt hat, welche Situation hier entsteht. Sie forciert durch diese Auslagerung den Ausbau der Leistungsfähigkeit der Netze. Jetzt wird es technisch. Dazu kann ich nicht mehr viel beitragen. Ich muss es einfach vorlesen. Grosse Teile des Kabelnetzes von zur Zeit 606 auf 862 Megahertz Bandbreite werden aufgerüstet und insbesondere auch die Stadt Olten. Damit gibt es eine Kapazität, um den Engpass zwischen der Digitalisierung und dem analogen Bereich aufzufangen. Insbesondere kann man die analogen Programme behalten, nicht mehr zurück gehen, und den Digitalisierungsprozess weiterführen, namentlich im Bereich des HD-TV-Programmpaket. Das sind Programme mit hoch auflösender Qualität. Das ist meine nicht sehr sachgemässe Erklärung dazu. Hier läuft einiges ab. Diesen Brief haben wir ganz speziell erhalten. Es zeigt: Die Cablecom hat reagiert. Wir haben ihnen Deinen Vorstoss auch gezeigt und das Gesagte auch entsprechend einfließen lassen. Trotzdem kann ich erstens die Frage wie viele Anschlüsse nicht beantworten und trotzdem müssen wir das Postulat in diesem Sinne abweisen, weil wir schlichtweg erstens im Handling eines solchen Netzes und zweitens mit den Kosten nicht mithalten können. Ein Beispiel ist die Stadt Zürich. Ich glaube, sie ist von Dir bei mir mündlich erwähnt worden. In Zürich hat es einmal 200 Millionen Franken gekostet und noch weitere 125 Millionen danach. Jetzt muss man die Relation sehen. Wir sind nicht in der Lage, so etwas zu machen – so einfach ist es – weil es eben auch nicht unser Kerngeschäft ist. Das ist die Antwort, die der Stadtrat vorlegt. Ich bitte, dies zur Kenntnis zu nehmen.

Rudolf Moor: Wir haben durchaus Sympathie für das Postulat von Rolf Sommer. Das ist nicht immer der Fall, aber hier schon. Die Situation im Kabel-, Radio- und Fernsehbereich befriedigt uns nämlich nicht vollständig. Es zeigt sich aus unserer Sicht vor allem, wie heikel Privatisierungen in Bereichen sind, wo man grosse flächendeckende Investitionen hat, die nachher den Markteintritt erschweren oder fast verunmöglichen für andere und wodurch nachher Monopole entstehen können, die aus unserer Sicht problematisch sind. Wir erachten nämlich private Monopole als einen wichtigen Bereich, wie es die elektronischen Medien sind, eigentlich aus demokratischer Sicht als bedenklich. Staatliche Monopole sind aus demokratischer Sicht sicher das kleinere Problem. Die hohen Infrastrukturkosten machen auch aus unserer Sicht einen Rückkauf oder parallel dazu einen Neubau unmöglich, das kann man sich nicht leisten und es macht auch keinen Sinn. Wir teilen hier absolut die Haltung des Stadtrates. Wir unterstützen die Überweisung des Postulats aber trotzdem. Vielleicht nicht ganz sauber. Aber wir möchten eigentlich den Stadtrat auch beauftragen, die Entwicklungen, die hier eintreten – es kann ja relativ schnell neue Entwicklungen und neue Elemente geben – genau zu verfolgen, um auch bereit zu sein, wenn es die Möglichkeit gibt, rechtzeitig Massnahmen vorzubereiten und die Konkurrenz zu fördern oder die Monopolsituation dieser Cablecom in diesem Bereich zu reduzieren. Wir schlagen aber gleichzeitig auch vor, das Postulat abzuschreiben.

Rudolf Lutz: Ich halte mich ganz kurz. Wir haben neben der Cablecom Bluewin-TV, bald jeder hat eine Schüssel auf dem Dach, wenn er nicht ertragen mag, was hier gesendet wird.

Ich glaube, nur schon rein unter diesen Aspekten ist es sinnvoll, wenn man noch selber etwas aufbauen will. Deshalb unterstützen wir den Antrag des Stadtrates.

Daniel Joss: Wir von der CVP/EVP-Fraktion sind der Ansicht, dass dieses Anliegen in der Bevölkerung wichtig ist. Vor allem stösst vielen die Kommunikation der Cablecom auf, und man ist einfach vor vollendete Tatsachen gestellt worden. Wir sollten daher ein Zeichen setzen und das Postulat nicht gleich ablehnen. Aus diesem Grunde stellen wir den Antrag um Überweisung und Abschreibung.

Rolf Schmid: Aus unserer Sicht steht dieses Postulat etwas schief in der Landschaft. Wir haben das Gefühl, mit einem solchen Postulat würde man das Rad der Zeit ziemlich heftig zurück drehen. Es ist nämlich nicht mehr so, dass diese Infrastruktur, diese Kabel heute eine Monopolsituation darstellen. Einerseits gibt es durchaus verschiedenste Anbieter dieser Dienstleistungen Fernsehen, Telefonie, digital, Internet und andererseits ist es ja auch so, dass die Kabel gebundene Infrastruktur nicht mehr die einzige ist. Es gibt heute wireless und ähnliche Technologien, die durchaus das Monopol eines solchen Netzes durchbrechen. Es ist davon auszugehen, wenn man den technischen Fortschritt betrachtet, dass es eher noch in diese Richtung weiter gehen wird. Ganz abgesehen davon glauben wir nicht, dass es die Aufgabe einer Stadt sein kann, ein solches Netz zu besitzen und schon gar nicht zu betreiben. Das ist früher einmal gewesen. Das ist heute eher nicht mehr so. Es gibt zwar gewisse Tendenzen, wie die erwähnte von Zürich, wo die Stadt versucht, nach wie vor natürlich an diesem finanziellen Potenzial teilzunehmen. Es ist aber in der Stadt Zürich so, dass eigentlich nicht die Stadt selber dieses Netz baut, sondern das Elektrizitätswerk der Stadt Zürich. Die Elektrizitätswerke versuchen im Zusammenhang mit der Strommarktöffnung, die im nächsten Jahr kommt, zu diversifizieren, in neue Gebiete vorzustossen und der Fall in Zürich ist unter diesem Aspekt zu würdigen und nicht unter dem Aspekt, dass hier eine Stadt das Gefühl hat, sie müsse wieder ein Monopol einführen. Aus diesen Überlegungen sind wir der Meinung, dass dieses Postulat abzulehnen ist.

Theo Schöni: Wir halten uns weitgehend an die Aussagen, die der Stadtrat in seinem Bericht gemacht hat. Es gibt eigentlich hier nicht viel Weiteres beizufügen. Auch von meinen Vorrednern sind jetzt noch die Argumente gekommen und solange wir noch keine Verhältnisse wie in Italien mit einem Medienzar Berlusconi haben, können wir wohl mit der Monopolstellung, welche die Swisscom und Cablecom jetzt halt haben, leben. Wir haben auch einen Preisüberwacher, wir haben eine Bundesgesetzgebung, welche dies steuert. Ich glaube, hier sind wir genügend abgesichert.

Rolf Sommer: Ich habe gehört, dass einzelne Fraktionen das Postulat ablehnen wollen, und bitte Euch, auf diesen Entscheid zurück zu kommen und zu sagen, wir überweisen und schreiben gleichzeitig ab, denn wir müssen irgendwie ein Zeichen gegen die Cablecom setzen, dass wir unzufrieden sind, wie hier kommuniziert wird und welche Preise verlangt werden. Manchmal habe ich das Gefühl, ohne irgend einen rechtlichen sozialen Gedanken dahinter. Man hat die Privatwirtschaft nie mit sozialen Gedanken dahinter sehen. Aber das Fernsehen ist heute ein wichtiges Kommunikationsmittel, auch in der Familie. Ich glaube, jede Familie braucht einen Fernseher. Bei der Unzufriedenheit, die einfach in der Bevölkerung mit den Aufschlägen, die jährlich kommen, immer ein paar Franken mehr, besteht, sollte man hier ein Zeichen setzen, auch gegen die Cablecom. Ich bitte, das Postulat zu überweisen und nachher abzuschreiben.

Stefan Nünlist: Vielleicht noch zwei, drei Bemerkungen aus Expertensicht, wenn ich mich so bezeichnen darf, also nicht als politischer Vertreter einer Partei. Zuerst zur Frage von Rolf Sommer, wieviel das Cablecom-Netz heute in Olten kostet, wenn man mit 10'000 Haushalten, die wir in der Stadt haben, rechnen würde. Wir rechnen mit einer Faustregel Neuanschluss eines Haushalts, in der Regel mit Glas, wäre rund Fr. 2'000.—. Dann käme man

ganz, ganz grob auf rund 20 Millionen Franken. Wenn man heute etwas in der Stadt machen würde, müsste man es verglasen, alles Koaxialkabel kaufen. Das ist einfach nicht eine sehr moderne Technologie, welche die Kabelnetzbetreiber haben. Man müsste es, wenn schon, denn schon verglasen. Das wäre dann wahrscheinlich die Richtung. Aber das ist eine extreme, kostenintensive Geschichte. Das Cablecom-Netz ist ein Koaxialnetz. Das ist an die Rediffusion. Das ist ein Netz, wo man eigentlich nur auf einen Weg kommunizieren kann. Es ist nachher durch die Cablecom aufgerüstet worden. Heute kann man ja auf diesem Netz drei Sachen machen: Sprachtelefonie, schnelles Internet und Fernsehen. Man ist heute in keinem dieser Bereiche mehr in einer Monopolsituation. Ich muss sagen leider. Bei der Telefonie haben wir Interkonnektion. Hier kann man telefonieren, mit wem man will. Beim Fernsehen haben wir Satellistenschüsseln, mit denen wir fernsehen können, solange man die Schüsseln wegen des Ortsbildsschutzes machen darf. Wir können mit dem Bluewin-TV fernsehen. Dann kann man fernsehen über Cablecom. Das ist klar. Man kann fernsehen über unser Netz, das Bluewin-TV. Genau das Gleiche mit dem schnellen Internet. Man kann es über das Kabelfernsehen, dieses Netz, oder über das Swisscom-Netz machen. Seit wir die Entbündelung der letzten Meile vor einem halben Jahr beschlossen haben, kann auch jeder Fernmeldeanbieter diesen Draht nehmen und eigentlich einen Breitbandanschluss darauf machen. Hier haben wir eigentlich kein Monopol mehr. Von daher finde ich persönlich, dass es relativ risikoreich ist, wenn die öffentliche Hand in diese Infrastruktur Geld investiert, weil dieser Wettbewerb jetzt los geht. Wir sehen es bei anderen Märkten, in Italien, was mit den Preisen passiert, wir sehen es in Österreich, Deutschland, und auch bei uns gehen die Preise relativ stark nach unten. Die Frage ist: Was passiert dann? Werden wir irgendwann unterschiedliche Preise haben, was wir heute nicht haben? Heute haben wir der Schweiz eigentlich immer noch flächendeckend die gleichen Preise beim Hausanschluss. Je nachdem, was dann passiert, kann sich dies auch verändern. Einfach ein paar Gedanken aus einer Expertensicht zu diesem Thema.

Christian Wüthrich: Ich möchte mich outen und sagen, dass ich keinen Fernsehanschluss habe, weder im Boden noch irgendwo. Ich kenne keinen Fall, wo die Cablecom jemanden gezwungen hat, einen Anschluss zu machen. Das ist für mich schon wichtig. So wie ich es hier lese, machen sie Druck.

Dr. Max Pfenninger: Ich möchte kurz etwas von früher sagen. Als Jost Bitterli noch Gemeinderat gewesen ist, hat er einen Vorstoss gemacht, auch, dass das Cablecom-Netz zurück gekauft wird und zwar, als man dies noch hätte zurück kaufen können. Die Begründung ist gewesen, dass die Cablecom die Qualität nicht liefert, welche sie durch das Kabel versprochen hat. Ich weiss nicht, ob dies jetzt besser geworden ist, ob diese Qualität jetzt vorhanden ist. Aber der Grund damals, als wir es hier im Rat verhandelt haben, ist gewesen: Die Cablecom kassiert hohe Gebühren und liefert nicht die nötige Qualität. Damals hat es noch Rediffusion geheissen. Das ist aber nur eine Reminiszenz von früher. Vielleicht dient es auch etwas der Erklärung.

Beschluss

Mit 25 : 14 Stimmen bei 1 Enthaltung wird das Postulat überwiesen.

Beschluss

Mit 39 : 0 Stimmen bei 1 Enthaltung wird das Postulat abgeschrieben

Mitteilung an:
Mitglieder des Stadtrates (5)
Baudirektion/Herrn Adrian Balz
Geschäftskontrolle
Kanzleiakten

Verteilt am:

AUSZUG

aus dem Protokoll
des Gemeindeparlamentes
der Stadt Olten

vom 22. November 2007

Akten-Nr. 13/12, 13/14

Prot.-Nr. 38

Interpellation Timur Acemoglu (SP) und Mitunterzeichnende der SP-Fraktion betr. Schlussfolgerungen im Bericht und Antrag zum Budget 2007/Beantwortung

Mit Datum vom 15. Januar 2007 haben Timur Acemoglu und Mitunterzeichnende der SP-Fraktion folgende Interpellation eingereicht:

„Im Bericht und Antrag zum Budget 2007 hat der Stadtrat ausgeführt:

„9. Schlussfolgerungen

....

Es können weiterhin nicht alle Wünsche realisiert und Anträge ohne weiteres erfüllt werden.“
(Hervorhebung nachträglich eingefügt)

Der Stadtrat wird gebeten, dazu folgende Fragen zu beantworten:

- 1 Welches aus der Sicht des Stadtrates wünschbaren Investitionen sind momentan aus finanziellen Gründen nicht realisierbar? Welche Investitionen mussten aus finanziellen Gründen verschoben, redimensioniert oder sogar abgeschrieben werden.
- 2 Welche Dringlichkeit misst der Stadtrat den Projekten/Investitionen gemäss Ziffer 1 zu?
- 3 Was gedenkt der Stadtrat zu unternehmen, um die Realisation der genannten Projekte/Investitionen zu ermöglichen? Existiert ein Zeitplan oder eine Strategie?
- 4 im Investitionsprogramm 2007-2013 ist für die Werterhaltung der städtischen Hoch- und Tiefbauten ein Betrag am unteren Rand der Empfehlungen vorgesehen. Gleichzeitig häufen sich „ambulante“ bauliche Investitionen (Beispiele Investitionsrechnung 2007: Pausendach Bannfeld, Kto. 293.503.41; Färbi, Kto. 356.503.01; Frohheimschulhaus, Kto. 110.506.05; Schwarzbeläge Bannfeld, 293.501.40). Werden für die Werterhaltung der städtischen Hoch- und Tiefbauten ausreichende finanzielle Mittel eingesetzt?
- 5 Bekanntlich können mit angemessen eingesetzten Mitteln für die Werterhaltung langfristig Grossanierungen minimiert werden. Sind die zur Verfügung stehenden bzw. die eingesetzten Mittel in dieser Hinsicht optimal?
- 6 Wenn ja, wie wird das optimale Verhältnis gewährleistet? Welche Instrumente werden dafür verwendet?“

- - - - -

Stadtpräsident Ernst Zingg beantwortet den Vorstoss im Namen des Stadtrates wie folgt:

Vorweg

Eine Antwort zur Investitions- und Finanzpolitik ist auch dem jährlichen Bericht zum Investitions- und Finanzplan zu entnehmen. Wie jeder private Haushalt muss auch ein öffentlicher Haushalt Prioritäten setzen und kann nicht alle Wünsche erfüllen. Auch der Finanzhaushalt eines Gemeinwesens hat Grenzen und Investitionen sind Entscheide mit langfristigen Auswirkungen. Deshalb ist der nachhaltigen Finanzpolitik auch im Budgetprozess Rechnung zu tragen.

Das Investitionsvolumen teilt sich in folgende Bereiche auf:

- 1 Investitionen im sog. Werterhaltbereich (z.B. Strassensanierungen, Renovationen von Schulhäusern)
- 2 Investitionen für die Steigerung der Attraktivität oder der Standortgunst
- 3 Investitionsbeiträge (z.B. gesetzliche Beiträge an den Kanton für das Verkehrsprojekt ERO oder den Neubau Fachhochschule)
- 4 Investitionen mit Spezialfinanzierungen (z.B. Sanierungen der Kanalisationen)
- 5 Investitionen mit teilweisen Vorfinanzierungen (z.B. perlmeterpflichtige Erschliessungskosten)
- 6 Indirekte Investitionen (z.B. über Zweckverbände, AG etc.)

Das solothurnische Rechnungsmodell sieht vor, dass Bruttoinvestitionen (bezogen auf ein Einzelobjekt) der Laufenden Rechnung belastet werden können, wenn sie den Grenzbetrag nicht überschreiten. Für Gemeinden mit über 10'000 Einwohner liegt dieser Schwellenwert bei 100'000 Franken.

Die Anteile im Investitionsplan zeigen folgendes Bild:

Werterhalt und ausserordentliche Investitionen	52 %
Entwicklungsinvestitionen	14 %
Investitionsbeiträge an den Kanton	28 %
Desinvestitionen (Landverkäufe)	- 4 %
Investitionen mit Spezialfinanzierungen	10 % (Feuerwehr und Kanalisationen)

Mit den Ausgaben für das Verkehrsprojekt ERO (Entlastung Region Olten) hat der Anteil der Investitionsbeiträge stark zugenommen. Dies wird sich in den nächsten Jahren noch verstärken.

Aus dem Bericht zum Finanzplan wird folgende Passage wiedergegeben:

„Nach dem gelungenen Umbau des Stadttheater- und Konzertsaaes wurde ein prioritärer Schwerpunkt des Regierungsprogramms auch erfüllt. Für die nächste Periode hat der Stadtrat folgende Schwerpunkte im Investitionsbereich gesetzt:

1. Verkehr (ERO, Entlastung Region Olten und innerstädtisches Verkehrskonzept)
2. Werkhof-Neubau
3. Sportstättenplanung
4. Standortbeitrag Fachhochschule

Weitere grössere Ausgaben stehen für die Gestaltung Innenstadt mit Begegnungszone, Attraktivierung Aareraum, Massnahmen für sicherheitsrelevante Projekte, Sanierung und Erweiterung der Museen usf. bevor.

Ein Grossteil des Investitionsvolumen - über 30 Millionen Franken - fliesst als gesetzlicher Investitionsbeitrag in die Staatskasse Solothurn, da der Kanton Bauherrin der Grossprojekte ERO und Fachhochschule ist. Die Stadt hat an das regionale Verkehrskonzept immerhin einen Beitrag von 29 Millionen Franken und an den geplanten Neubau der Fachhochschule Nordwestschweiz einen Beitrag von rund 4 Millionen Franken zu leisten.“

Die Konferenz der kantonalen Aufsichtstellen über die Gemeindefinanzen haben im Jahre 2005 zwei zusätzliche Finanzkennzahlen in ihren Empfehlungen aufgenommen. Der Investitionsanteil misst, wie hoch der Anteil der Bruttoinvestitionen bzw. wie aktiv die Investitionstätigkeit einer Gemeinde ist. Dies ist auch ein Gradmesser für die Zunahme der Nettoverschuldung. Das Resultat einer ausreichenden Investitionspolitik liefert ein unabhängiges Exper-

tenurteil. Auch im letzten Risiko Check-up vom Februar 2007 wurde zur Investitionsquote unter dem Titel „Investitionstätigkeit auf hohem Niveau“ folgende Aussage gemacht:

„Die Bruttoausgaben pro Kopf im Investitionsbereich sind ein Indikator für die quantitative Bereitstellung bzw. Bewahrung der zukünftigen Infrastruktur. Ein über eine längere Periode unterdurchschnittliches Ausgabenniveau entlastet den Finanzhaushalt nur temporär und führt zu einer tendenziellen Verteuerung von ohnehin notwendigen Ersatz- und Neuinvestitionen in der Zukunft. Seit dem Jahr 2004 weist Olten im Vergleich mit den Schweizer Städten und den Solothurner Gemeinden wieder überdurchschnittliche Bruttoinvestitionen sowohl im Verhältnis zu den Gesamteinnahmen als auch im Verhältnis zu den Einwohner aus. Die nochmals beträchtliche Zunahme im Jahr 2005 deutet auf einen eigentlichen Investitionszyklus hin, der nach einer mehrjährigen Konsolidierungsphase des kommunalen Finanzhaushaltes in Angriff genommen wurde.“

Mit dieser neutralen Aussage wird die nachhaltige Finanz- und Investitionspolitik auch alljährlich bestätigt. Eine Aufstellung der grösseren Investitionen in den letzten Jahren liegt diesem Bericht bei.

Zu den einzelnen Fragen:

Antwort zur Frage 1:

Im Werterhaltungsbereich mussten/wurden vor allem Investitionen im Bereich Anlagen (beispielsweise Umgebung Kindergarten Bifang) verschoben oder redimensioniert werden. Bei den Hochbauten mussten keine Projekte aus finanziellen Gründen verschoben werden, bei welchen Folgeschäden in Kauf genommen werden mussten.

Zeitlich verschobene Investitionen (Fassadensanierungen Liegenschaften Rötzmattweg 8 und Musikschule / Totalsanierung Museen) erfolgten nicht aus finanziellen Gründen, sondern weil die Standortfrage der Liegenschaften noch nicht endgültig geklärt ist bzw. war.

Antwort zur Frage 2:

Die Prioritäten werden von den zuständigen Direktionen mit dem Investitionsplan vorgenommen.

Antwort zur Frage 3:

Mit der rollenden Finanzplanung werden die Prioritäten der baureifen Projekte auch stets neu überprüft.

Antwort zur Frage 4:

Eine optimierte Erhaltungsstrategie hat insbesondere zwei Bereiche abzudecken:

- Optimierte bauliche Erhaltung
- Bereitstellung der finanziellen Mittel

Bei der Bereitstellung der finanziellen Mittel gilt es zu berücksichtigen, dass im Gegensatz zum privaten Bau beim öffentlichen Bau (Liegenschaften der Einwohnergemeinde Olten) Instandhaltungen/Instandsetzungen nicht steuerbegünstigt sind.

Der Stadtrat ist sich bewusst, dass die bisher eingesetzten finanziellen Mittel bezüglich Werterhaltung am unteren Limit sind.

Regelmässige Begehungen (ca. alle 2 Jahre) führen zum Unterhaltsprogramm der Stadt Olten für die nächsten Jahre. Dieses beinhaltet sowohl die Instandhaltung (laufende Rechnung) wie auch die Instandsetzung (Investitionsrechnung). Die Instandsetzung einer städtischen Liegenschaft wird wenn immer möglich dann ausgelöst, wenn auch grössere Veränderungen (Anpassung von Gebäuden an neue Nutzung oder Erweiterungen) anstehen.

Instandsetzungszyklen sind je nach Bauart/Nutzung einer Liegenschaft verschieden. Werden Instandsetzungsmassnahmen zu früh getroffen, werden noch vorhandene Werte von Bauteilen vernichtet. Wird zu lange abgewartet, können Bauschäden hervorgerufen werden.

Wichtig ist insbesondere auch der Informations- und Wissensstand um die Erfordernisse und Bedürfnisse der Benutzer/BenutzerInnen der einzelnen Liegenschaften, damit ein optimales Verhältnis der eingesetzten Mittel für die Werterhaltung langfristig gewährleistet werden kann.

Die Angemessenheit der bisher eingesetzten Mittel für Investitionen ist auch von neutraler Seite (Risiko-Check-up der Fedafin AG) bestätigt worden.

Antwort zur Frage 5:

Als Gradmesser für die optimale Mittelverwendung im Investitionsbereich dienen die Kennzahlen „Nettoinvestitionen pro Kopf“ und „Investitionsanteil“. Der Mittelwert aller Solothurner Gemeinden ergibt auf der Rechnungsbasis 2005 einen Wert von Fr. 471 für die Nettoinvestitionen pro Kopf. Vergleichsweise beträgt dieser Wert für Olten Fr. 954 bzw. Fr. 637 auf der neuesten Rechnungsbasis 2006. Der Investitionsanteil ergibt folgende Werte: für 2005 16,5 % und für 2006 11,3 %. Ein Wert von unter 10 % weist auf eine zurückhaltende Investitionstätigkeit hin. Die Werte von Olten liegen also darüber. Die Aussagekraft dieser Messlaten gewinnt nur bei längerfristiger Betrachtungsweise (z.B. für eine Planperiode).

Antwort zur Frage 6

Es wird auf die vorhergehenden Antworten verwiesen.

- - - - -

Dieter Ulrich: Wie Ihr merkt, mache ich dies eigentlich in Stellvertretung von Timur, der schon bald vor einem Jahr aus diesem Parlament zurück getreten ist. Daran merkt man auch, dass die Interpellation schon etwas älter ist. Ich denke, bis zu einem gewissen Grad ist sie auch vom Budget, das wir gestern verabschiedet haben, was die Investitionen anbetrifft, überholt. Ich möchte aber gleichwohl noch auf zwei, drei Punkte eingehen. Es geht uns vor allem um den Werterhalt. Der Eindruck, den wir jeweils gehabt haben oder immer noch haben, ist, dass beim Werterhalt zuwenig gemacht wird. Das ist mit ein Grund gewesen, dass wir diese Interpellation eingereicht haben. Der Eindruck, dass dort zuwenig gemacht wird, wird mit der Antwort des Stadtrates zum Teil zumindest auch bestätigt. Bei der Antwort zu Frage 4: „Der Stadtrat ist sich bewusst, dass die bisher eingesetzten finanziellen Mittel bezüglich der Werterhaltung am unteren Limit sind“. Weiter haben wir ja die Investitionsrechnung verabschiedet, die auch im Budget enthalten ist. Dort gibt es die zwei Posten Investition für Hochbau, Werterhalt, und wir finden Kennzahlen zur Instandhaltung, wo als Richtwert Instandhaltung 2,2 bis 2,75 Millionen Franken pro Jahr angegeben werden sowie zur Instandsetzung, wo dieser Wert bei 4,4 bis 7,1 Millionen liegt. Wenn wir nachher sehen, was budgetiert wird, sind dies von 2008 bis 2010 2,5 Millionen und von 2011 bis 2014 3 Millionen. Eine Seite weiter: Werterhaltende Investitionen im Strassen- und Belagsbau. Hier wird eine untere Schwelle von 1,8 Millionen angegeben. Budgetiert sind jeweils 1,6 Millionen, und ab 2011 ist dann eine Erhöhung auf 2 Millionen geplant. Man sieht also, dass man nach wie vor am unteren Limit oder sogar darunter liegt, was es dies anbelangt. Uns ist in der Fraktion auch gesagt worden, dass es natürlich Gründe dafür gibt und es nicht allein finanzielle Aspekte sind. Wir hoffen selbstverständlich, dass dies so ist. Wir glauben dies dem Stadtrat auch. Aber irgendwo ist halt gleichwohl noch die Befürchtung, dass irgend einmal dann noch etwas hinten nach kommt und wir diese Zahl respektive diese Investitionen stark erhöhen müssen. Noch eine Bemerkung zu Frage 5: Dort ist unserer Meinung nach die Frage halt nicht ganz beantwortet. Wir fragen eigentlich nach den werterhaltenden Investitionen. Die

Antwort bezieht sich mehr auf den Investitionsbereich allgemein. Eigentlich hätte diese Frage auch darauf hin gezielt, genau diese Angaben zumindest einmal zu wiederholen oder zu erhalten, die wir hier in der Investitionsrechnung mit diesen Richtwerten haben, damit wir einmal einen Anhaltspunkt hätten, den wir jetzt hier haben, um zu beurteilen, wie hoch sie sind. Auch interessant ist, dass für die allgemeinen Investitionen die Werte für 2005 und 2006 mit 16,5 und 11,3 % angegeben werden, aber trotzdem noch mit dem Hinweis verbunden, dass die Aussagekraft der Messlatte nur bei längerfristiger Betrachtungsweise gewinnt. Wenn man die zwei Jahre vorher anschaut, liegen diese Werte auch bei 10,8 und 6 %. Irgendwo erscheint es mir etwas inkonsequent, nur diese zwei Jahre anzugeben, aber dann gleichzeitig darauf hinzuweisen, dass man es eigentlich über eine längere Zeit betrachten müsste. Noch eine Bemerkung zu Frage 1: Das Thema, das man unserer Meinung dort hätte anschneiden können oder sollen, ist das Stadthaus. Unserer Meinung nach müsste man dies halt einmal an die Hand nehmen, weil wir uns Energiestadt nennen. Es ist wohl unbestritten, dass wir zum Teil auch die Umgebung heizen mit dem Turm, den wir hier haben. Hier werden wir dann aber vermutlich einmal einen eigenen Vorstoss dazu einreichen müssen. In diesem Sinne würde ich mich befriedigt erklären.

Mitteilung an:
Mitglieder des Stadtrates (5)
Rechtskonsulent
Finanzkontrolle
Geschäftskontrolle
Kanzleiakten

Verteilt am:

AUSZUG

aus dem Protokoll
des Gemeindeparlamentes
der Stadt Olten

vom 22. November 2007

Akten-Nr. 3/13

Prot.-Nr. 39

Motion Markus Ammann und Marion Bachmann-Rauber (SP-Fraktion) betr. Erarbeitung von Grundlagen zur Stadtentwicklung/Beantwortung

Am 7. November 2006 wurde von Markus Ammann und Marion Bachmann-Rauber (SP-Fraktion) eine Motion mit folgendem Wortlaut eingereicht:

„Der Stadtrat wird beauftragt, dem Parlament Bericht und Antrag vorzulegen, in denen aufgezeigt wird, wie die Stadtentwicklung vorangetrieben werden kann, insbesondere wie die Aufarbeitung von Grundlagendaten sowie die Formulierung von Zielen und Strategien zur Stadtentwicklung Olten innerhalb nützlicher Frist sichergestellt werden können.

Begründung

Seit mehr als sechs Jahren wird die Stadtentwicklung als eine der zentralen Kernaufgaben der Einwohnergemeinde Olten genannt. Dennoch fehlt es bis heute an einer klaren Zielformulierung und trotz gegenläufigen Bemühungen herrscht bei Stadtentwicklungsdiskussionen das Primat der baulichen Komponenten immer noch vor. Beispielhaft zeigt der durch den Stadtrat lancierte Mitwirkungsprozess ‚Olten 2020‘, dass dem nicht so sein muss.

Die Stadt Olten besitzt zur Zeit viele Voraussetzungen, um sich in den nächsten 10-15 Jahren gut auf die Zukunft vorbereiten zu können: eine gesunde Bevölkerungs- und Wirtschaftsstruktur, eine konkurrenzfähige finanzielle Lage, ein prosperierendes Bildungsangebot, offene Entwicklungsgebiete, Lösungsansätze im Verkehrsbereich u.v.a.m.

Die zukünftige Entwicklung der Stadt soll aber nicht zufällig, sondern auf detaillierten Entwicklungsleitbildern (Ziele und Strategien) für die Quartiere und die Gesamtstadt Olten beruhen. Neue und intensivierte Aktivitäten werden nötig sein, um den im folgenden (nicht abschliessend) aufgeführten Bedarf abzudecken:

- Öffentlichkeitsarbeit, Unterstützung von PolitikerInnen und anderen Interessierten, Erstellen und Erarbeiten von Dokumentationen
- Sammeln und Sichten von Grundlagenmaterial, Auswertungen von Kennzahlen vergangener und bestehender Entwicklungen, Erarbeiten von Analysen, Formulieren von Leitbildern und Strategien
- Bearbeiten von aktuellen Stadtentwicklungs- und zukunftsrelevanter Querschnittsthemen wie integrale Aufwertung benachteiligter Quartiere, Sicherheit, Standortmarketing, Entwicklungsplanung periurbaner Gebiete (Siedlungsränder und -abschlüsse)
- Koordination und Prozesssteuerung, Vernetzung, Moderation und Konfliktmediation, Informationspolitik zwischen den Akteuren, Kommunikation, periodische Erstellung eines Gesamtüberblickes über nachhaltige Sozialpolitik und Kulturpolitik, die wirtschaftlichen und räumlichen Perspektiven etc.

Zur Erfüllung dieser (und vieler ähnlicher) Aufgaben braucht es verschiedene Voraussetzungen. Neben genügend Ressourcen, um zeitgerecht zu Resultaten zu kommen, sind eine hohe Professionalität im Bereich der Stadt- und Wirtschaftsentwicklung Voraussetzung, damit die Analysen und Prognosen auch zu fundierten Handlungsfeldern und damit zu einem priorisierten Massnahmenplan und – innert nützlicher Frist – zu politisch abgesegneten Projekten führen können.

Ohne Zweifel ist die Stadtentwicklung durch die Initiativen und die berufliche Weiterbildung des Stadtschreibers angestossen und forciert worden. Dies ist äusserst verdienstvoll. Die Konzentration dieses für die Entwicklung der Stadt Olten sehr wichtigen Fachgebietes auf eine Person (parallel notabene zahlreichen anderen Aufgaben) kann aber dauerhaft nicht befriedigen. Wir können uns deshalb vorstellen, dass eine professionelle personelle Verstärkung in Form einer Stelle ‚Stadtentwicklung‘, zumindest temporär, unumgänglich sein wird.“

- - - - -

Stadtpräsident Ernst Zingg beantwortet den Vorstoss im Namen des Stadtrates wie folgt:

Grundsätzliches:

Beim Vorstoss handelt es sich gemäss Art. 60ff. der Geschäftsordnung des Gemeindeparlamentes der Stadt Olten um ein Postulat, da allfällige Massnahmen, die aufgrund des eigentlichen Vorstosstextes ergriffen werden, in die Kompetenz des Stadtrates fallen.

Zum Inhalt:

Der Stadtrat dankt dem Motionär und der Motionärin für die Anerkennung der bisher geleisteten Bemühungen im Bereich Stadtentwicklung. Nach sechs Jahren Stadtentwicklung, davon zwei Jahre unter der Leitung des Stadtschreibers, kann im Rahmen der Beantwortung dieses Vorstosses nach kurzer Zeit bereits eine erfreuliche Zwischenbilanz gezogen werden.

Die Definition eines eigentlichen Bereichs Stadtentwicklung und die Durchführung des Mitwirkungsprojektes „Olten 2020 – für eine l(i)ebenswerte Stadt“ bildeten die beiden bisherigen Schwerpunkte, die zugleich auch die bestehenden Defizite aufzeigten. Dazu gehören eine klare Zielformulierung und ein vernetztes Denken, das heisst die Vernetzung und Koordination der Akteurinnen und Akteure sowie die Steigerung der Bereitschaft zur Zusammenarbeit.

Die *Zielformulierung* für das „Unternehmen“ Einwohnergemeinde Olten erfolgt derzeit im Rahmen eines städtischen Leitbildes, das eine Richtschnur für die Aktivitäten in den verschiedenen Lebensbereichen liefern wird.

Komplexer stellt sich die Sachlage im Aspekt *vernetztes Denken* dar. Stadtentwicklung ist eigentlich nicht die Angelegenheit einer Einzelperson oder einer einzelnen Organisation bzw. Direktion, sondern betrifft alle Player in der Stadtverwaltung und in der Stadt Olten. Aufgaben der Stadtentwicklung werden denn auch von vielen Organisationen, Gremien und auch von den Verantwortlichen in der Stadtverwaltung täglich wahrgenommen. Dabei stellt sich indessen die Frage der Koordination der vielfältigen Bemühungen. Diese soll künftig innerhalb einer transparente(re)n Organisation unter der Oberhoheit des Stadtrates mit koordinierenden Gremien verbessert werden (vgl. Organigramm in der Beilage): Auf der Inhaltseite ist das genannte städtische Leitbild massgebend für die Regierungsprogramme und die Leitbilder nach Bereichen und/oder Direktionen. Zur Vermarktung arbeitet die Stadt via Leistungs-

vereinbarungen weitgehend mit bestehenden Organisationen zusammen, die ihrerseits eigene Leitbilder und Massnahmenpläne zur Erreichung der gemeinsamen Zielsetzungen formulieren. Um die genannte Vernetzung und Koordination zu erreichen, werden entsprechende Gremien für den Informationsaustausch geplant.

Für die in der Motion ebenfalls erwähnte *Öffentlichkeitsarbeit* ist die Vergabe eines externen Mandates in Prüfung: In regelmässigen Abständen soll professionell über die Arbeit in den verschiedenen internen und externen Gremien der Stadtentwicklung und der Stadtplanung informiert werden.

Eine weitere Aufgabenstellung im Bereich Stadtentwicklung ist die auch in der Motion angesprochene *Grundlagenerarbeitung*. Der Stadtrat plädiert in diesem Zusammenhang für ein projektbezogenes Vorgehen, etwa bei der Datenbeschaffung: Es soll aufgelistet werden, welche Daten wo vorhanden sind; eine aktuelle Erhebung soll indessen erst erfolgen, wenn die Daten für ein spezielles Projekt benötigt werden. Als gutes Beispiel für ein solches Vorgehen kann sicher die Bestandesaufnahme der integrationsrelevanten Strukturen, Angebote und Handlungsfelder vom April 2007 genannt werden.

Die Frage stellt sich, ob mit zusätzlichen internen personellen Ressourcen die vorhandenen Fragestellungen und die nötigen Aktivitäten aktiver und rascher angepackt werden können. Hier gilt es ganz klar festzustellen, dass eine Stelle Stadtentwicklung, vor allem wenn sie temporär bzw. befristet besetzt wäre, wenig bewirken könnte: Die Einarbeitungszeit für eine solche Stelle ist lang; zudem wäre sie sehr stark von der Unterstützung aus den einzelnen Direktionen abhängig, wo sich das eigentliche Knowhow befindet. Viel wesentlicher wäre es daher, dass die vorhandenen Knowhow-Träger aller Stufen, insbesondere die Verwaltungsleiter, die von ihrer Natur her schon interdisziplinär arbeitende Stadtplanung und der Leiter Stadtentwicklung, nicht vom Alltagsgeschäft erdrückt würden, sondern bei ihnen gewisse Kapazitäten bestehen würden, die bei Bedarf abgerufen werden könnten. Wie erwähnt können zudem einzelne Aktivitäten (Öffentlichkeitsarbeit, Datenauswertung zu einzelnen Fragestellungen etc.) durch externe Mandate über die Konten 791 Stadtentwicklung und 830 kommunale Werbung, Tourismus abgedeckt werden.

Fazit: Wichtigstes Element der Stadtentwicklung ist die Nutzung der bestehenden Ressourcen und Möglichkeiten; insbesondere braucht es innerhalb der Verwaltung, aber auch mit allen an der Entwicklung der Stadt Olten interessierten Organisationen und Kreisen ein koordiniertes Vorgehen, ein vernetztes Denken und insbesondere die Bereitschaft für eine nutzbringende Zusammenarbeit.

In diesem Sinne empfiehlt der Stadtrat zur Unterstützung der laufenden Bemühungen den Vorstoss als Postulat zu überweisen.

- - - - -

Dr. Markus Ammann: Zur Begründung möchte ich nichts mehr sagen. Ich nehme an, der Stadtrat möchte auch keine Ergänzungen machen. Sonst würde ich nämlich gleich zum Postulat bzw. zur Motion sprechen. Es ist für mich interessant, dass die gestrige Debatte, die wir über das Budget geführt haben, sich am heftigsten über ein Thema ausgelassen hat, das genau diese Motion betrifft. Damit habe ich mich ein Stück weit bestätigt gefühlt, dass die Motion wichtig ist. Wir haben nämlich über das Hochhaus und die Studie um das Hochhaus eine relativ hitzige Kurzdiskussion gehabt. Das hat auch gezeigt, was eigentlich das Hauptproblem ist, nämlich, dass der Anspruch, den man im Parlament oder vielleicht auch draussen hat, und die Wirklichkeit oder das Umsetzbare halt manchmal ziemlich weit auseinander klaffen. Ich denke, das ist ein grosses Problem, gerade wenn man hohe Ansprüche in der Stadt hat, eben unter anderem auch an eine Stadtentwicklung oder eine Stadtplanung. Ich

denke, vielleicht würde es sich auch in diesem Bereich einmal lohnen, in andere Städte zu schauen, vielleicht nicht gerade Wettingen. Wettingen hat zum Beispiel eine ganz interessante Nachbarstadt, die etwa gleich gross ist, nämlich die Stadt Baden. Das ist eine Stadt, die sehr viel Wert auf Qualität im Bau, in der Entwicklung legt. Dann müsste man dort einmal schauen, wie das Stadtplanungsamt aussieht, wie viele Leute es dort hat und wie engagiert sie sind. Dann käme man vielleicht auch auf die Welt. Zur Beantwortung der Motion eines vorweg: Was ich gut finde und hier eigentlich das erste Mal so gelesen habe, ist, dass man die Absicht hat, ein Leitbild zu machen. Ich habe es im Entwurf auch schon gesehen, weil ich in der Stadtentwicklungskommission bin. Ich bin eigentlich froh, dass es so etwas gibt oder aufgegleist ist, bin aber noch nicht ganz sicher, ob es die nötige Qualität und Tiefe hat. Hier können wir ja dann vielleicht noch darüber diskutieren. Aber mindestens die Stossrichtung ist richtig. Auch wenn man das angehängte Organigramm anschaut, hat es meiner Meinung nach ein paar gute Sachen. Auch das Herunterbrechen auf Teilleitbilder finde ich sehr gut. Was mir dann ein Stück weit fehlt: Unten kommt dann der Massnahmenplan, aber im Finanz- und Investitionsplan ist dann eigentlich nichts mehr enthalten. Dort müsste es ja dann auch abgebildet sein. Dort fehlt noch etwas. Was es nicht ist und das ist offensichtlich: Es ist kein personelles Organigramm und damit ist das Kernproblem für mich ein Stück weit hier auch vorhanden. Es gibt keine Verantwortlichkeiten. Es steht Koordination. Aber wer macht dies, und wer treibt hier? Das ist etwas diffus. Ich möchte einfach noch zwei Punkte etwas genauer anschauen. Ein Problem in dieser Stadt: Ich bin seit etwa zehn Jahren in dieser Stadt und habe das Gefühl, es ist immer gleich gewesen. Man reagiert, aber agiert nicht. Ich würde sogar sagen, man müsste nicht nur aktiv sein, sondern das wunderschöne Wort proaktiv einmal benutzen. Man müsste voraus denken. Ich habe das Gefühl, die Verwaltung rennt oft den Fragen hinter her, Positionen werden im Nachhinein bezogen, Olten SüdWest, ERO, Wohngebiete. Alles wird nachher gemacht, wenn man vor dem Problem steht. Das letzte haben wir gestern diskutiert. Es kommt einer mit dem Hochhausprojekt und: „Oh, Hochhäuser in der Stadt Olten müsste man auch noch anschauen“. Ich will diesen Vorwurf nicht an die Verwaltung allein abschieben. Ich denke, dort haben wir tatsächlich ein Problem, weil es eben auch eine Ressourcenfrage ist. Diese Leute arbeiten im Tagesgeschäft, machen die Arbeit, die gerade ansteht, und dann setzen sie Prioritäten. Es ist klar, dass die längerfristigen Perspektiven schlichtweg einfach untergehen. Ich denke, hier haben wir ein Problem. Ich bin auch nicht ganz einverstanden mit dem, was in der Antwort steht, dass man nur projektspezifische Daten aufnehmen soll, also im Sinne von: Wenn ein Projekt ansteht, schaut man dann, welche Daten eigentlich gebraucht werden, um dies beurteilen zu können. Ich habe ein ganz anderes Verständnis von Planung. Planung heisst für mich, in die Zukunft zu schauen, und dafür muss ich mir vorher schon Gedanken über die Grundlagen machen. Ich muss die Interessen der Stadt abklären und nicht des Antragstellers. Ich muss die Interessen der Stadt bekannt geben usw. Das heisst, ich brauche letztendlich die Grundlagen, ich brauche Kennzahlen. Das ist etwas, das im Finanzbereich selbstverständlich ist. Wir haben drei, vier Seiten mit Kennzahlen. In der Stadtentwicklung haben wir diese Kennzahlen einfach nicht so. Ich denke, hier haben wir ein Riesenmanko. Der zweite Punkt, den ich noch erwähnen möchte: Ich denke, wenn wir in dieser Stadt wirklich Stadtentwicklung oder Stadtplanung betreiben wollen, müsste jemand diese Prozesse eben auch steuern. Ich würde sogar sagen, es braucht einen Treiber in dieser Stadt. Einer, der sie in der Hand hat und vielleicht auch einmal mit der Peitsche schlägt, wenn es nicht vorwärts geht. Das ist für mich eben in diesem Sinne etwas ein Ausdruck dieses Organigramms. Es fehlt der Treiber, Leader, Koordinator. Er ist nicht da. In diesem Sinne denke ich, hier müsste man sich effektiv überlegen, wie man dies in Zukunft besser in den Griff bekommt oder besser organisiert. Noch eine kleine Zwischenbemerkung gegen Schluss: Alles, was ich jetzt gesagt habe, ist ganz sicher nicht gegen den Stadtschreiber gerichtet, der eben schon heute Stadtentwicklung macht und ein Stück weit ein solcher Treiber ist. Ich finde, er macht einen guten Job, hat viele Ideen, macht viel. Aber ich habe das Gefühl, er hat eine etwas andere Ausrichtung und vermutlich auch ein etwas anderes Stellenprofil. Ich glaube, es reicht nicht. Er bräuchte eigentlich daneben noch etwas wie einen Partner, der mehr im Bereich der Stadtplanung/Stadtentwicklung diese Aufgabe auch übernimmt, gleich aktiv, wie er es macht. Ich bin deshalb der Meinung, wir müssten die

deshalb der Meinung, wir müssten die Motion wieder als Motion überweisen. Ich wäre nicht glücklich, wenn man nur ein Postulat daraus machen würde, weil man dann eigentlich sagen würde: Jawohl, der heutige Zustand ist richtig. So ist es eigentlich auch von der Beantwortung her ausgelegt. Ich meine, man müsste dann einfach noch einen Zacken zulegen, einen Schritt vorwärts machen. Von daher möchte ich gerne, dass ich in diesem Parlament tatsächlich einmal über einen Art Bericht und Antrag diskutieren könnte, wo man sieht, wie die Stadtentwicklung jetzt wirklich positioniert ist, welche Visionen sie entwickeln will, mit welchen Strategien und Ressourcen sie dies forcieren möchte, wer verantwortlich ist und auf welchen Wegen man so etwas umsetzen möchte. Hier habe ich das Gefühl, wir müssten einfach noch einen richtigen Zacken zulegen. Deshalb bitte ich Euch, dies als Motion zu überweisen.

Christian Wüthrich: Es ist eigentlich ein gutes Papier, und wir denken, vieles, was Markus Ammann gesagt hat, spüren oder deuten wir ähnlich. Das Problem ist einfach, dass es auch ein sehr heikles Papier ist, das relativ weit geht. Es geht insofern weit, dass man von Stellen spricht, obschon man eigentlich – das ist ja kein Geheimnis mehr – ein Stadtbauamt, eine Stadtplanung und heute gewisse Ressourcen hat. Das Gesagte, was der Wunsch von Markus oder seiner Fraktion wäre, wie das Netzwerk funktionieren sollte und die professionellen Leute, die angestellt sind – ich stelle es einfach so in den Raum – mit dem Stadtrat und den Kommissionen funktionieren, können wir auch nachvollziehen. Wir wünschten uns dies an und für sich auch. Markus hat vorher Ausführungen gemacht. Vielleicht will auch das Parlament zuviel. Die zwei Bemerkungen, die Du gemacht hast, kommen leider nicht vom Parlament. Das Hochhaus haben wir hier nicht gewünscht. Das ist im Nachhinein durch einen Investor, der gerne ein Hochhaus bauen möchte, gekommen. Wir haben gestern genügend gehört, wie man es hätte machen können. Zweitens: Die ERO ist ein übergeordnetes Projekt. Klar haben wir hier abgestimmt. Aber wir haben eigentlich die Linienführung und flankierenden Massnahmen haben wir hier in fünf oder sechs Paket-Stufen zur Kenntnis nehmen dürfen und sind froh, dass eine solche Umfahrung kommt. Ich bin nicht ganz einverstanden, dass jetzt das Parlament wieder gerügt wird, dass wir zu hohe Ansprüche haben. Wir haben lediglich gestern im Budgetprozess einmal die Investitionen auch etwas hinterfragt, aber wir haben niemandem vom Stadtbauamt oder von den Bauherren irgendwie einen Vorwurf gemacht. Doch: Bei der Stadtmöblierung habe ich gesagt, es habe etwas lange gedauert, seit wir es überwiesen haben. Aber die Wegweisungsgeschichte kommt ja. Wir in der Fraktion haben uns gefragt, was dann mit dem Postulat oder der Motion, wenn sie auf den Tisch kommt, mit personellen Fragen und Veränderungen passieren wird. Werden dann die Karten in diesem Parlament auf den Tisch gelegt? Es geht mehrere Fraktionen an. Können wir diskutieren, was uns nicht passt und nicht gefällt? Haben wir hier einen Wunsch anzubringen? Ich meine, das Postulat oder die Motion geht sehr weit und sehr tief. Es gibt eine bedeutende Veränderung. Wenn man dies umsetzen möchte, was Du hier schreibst, gibt es eine bedeutende Veränderung. Dann müssen wir bereit sein.

Felix Wettstein: Mit dieser Motion wird nach unserer Meinung ein ganz zentrales Anliegen für eine mutige und zukunftsgerichtete Entwicklung der Stadt Olten aufgegriffen. Wir würden der kraftvolleren Variante Motion den Vorzug geben und auch wenn es in ein Postulat umgewandelt werden sollte, werden wir ganz klar zustimmen. Bis jetzt kann nach unserer Ansicht von einer Stadtentwicklung, welche diesen Namen verdient, nicht die Rede sein. Zu sehr erleben wir immer wieder Stückwerke, Flickwerke. Es ist ein Reagieren auf einzelne Notwendigkeiten, ohne Mut zu einer mittelfristigen Sicht und kaum mit Visionen. Zu häufig bekommt man auch das Gefühl, Entwicklung bestehe hauptsächlich aus Bauen von Wohnblöcken, Strassen und Parkhäusern. Die Kommission, die eigentlich Stadtentwicklung im Namen trägt, ist zu sehr mit dem Absegnen von schon laufenden Projekten beschäftigt. Sie macht einen ziemlich technokratischen und ideenlosen Eindruck. Sie ist – à propos – bis jetzt eine reine Männerangelegenheit. Dem müsste sich eigentlich die Kommission für Gleichstellung einmal annehmen. Was braucht es, damit es anders wird? Mit dem Fazit, das Stadtpräsident Ernst Zingg in seiner Antwort auf den Vorstoss schreibt, sind wir überhaupt nicht ein-

verstanden. Es reicht eben nicht, nur bestehende Ressourcen zu nutzen und die verschiedenen Akteure etwas zu vernetzen. Es braucht eine Gruppe von Leuten mit Pfiff, mit „Schprutz“, mit Kreativität, mit Lust auf Innovation, die darüber hinaus denkt und hinaus schaut, was gerade vordergründig machbar ist. Es braucht eine solche Gruppe, die sich an anderen Orten umher schauen geht. Markus Ammann hat es bereits angetönt. Was macht die Attraktivität einer Kleinstadt mit regionaler Zentrumsfunktion aus? Was machen andere gut und richtig? Was können wir von ihnen lernen? Nicht, um es einfach zu kopieren, sondern indem wir an den Stärken von Olten anknüpfen. Eine solche Gruppe muss mit Ressourcen ausgestattet sein, die wir heute nicht haben. In diesem Sinne geht es tatsächlich um Stellen und Stellenprozente. Die organigrammartige Abbildung, die wir mit der Antwort erhalten haben, zeigt es deutlich. In vielen dieser Kästchen ist nur leere Luft. Es hat dort keine Arbeitskraft oder keine Stellenprozente, die dahinter sind. Wenn es uns ernst ist, starten wir hier ein bedeutsames mehrjähriges Projekt, das auch gegenüber der Öffentlichkeit gut kommuniziert werden muss. Nicht zuletzt braucht es für die Öffentlichkeitsarbeit Ressourcen. Vernetzung und Kooperation sind schon gut. Aber wir müssen auch gemeinsame Inhalte haben, an denen man mitdenken und mitteilen kann. Mit Olten 2020 ist ein guter Anfang gemacht. Aber das darf jetzt nicht mit ein paar Fotos, die wir aufhängen, zu Ende gehen. Aus diesem Fundus heraus muss jetzt dann wirkliche Strategiearbeit mit anschliessendem Konzept und eine Umsetzung heraus wachsen. Wir Grüne und Jungen Alternativen freuen uns auf die Stadtentwicklung, welche diesen Namen verdient.

Patrick Kissling: Die CVP/EVP-Fraktion unterstützt die Anliegen des vorliegenden Vorstosses und würde das Postulat mehrheitlich überweisen. Für eine Motion wäre wahrscheinlich keine Mehrheit zu finden. Die stadträtliche Antwort kommt zum richtigen Schluss, dass die Nutzung von bestehendem Know-how und Ressourcen aus den verschiedensten Direktionen und Kommissionen das wichtigste Element der Stadtentwicklung sein sollen. Der Koordination und Vernetzung der verschiedensten Akteure ist die grösste Bedeutung beizumessen. Wir bezweifeln, ob dies durch eine Person, die nur teilweise von ihren Alltagsgeschäften befreit worden ist, effizient und unvoreingenommen wahr genommen werden kann. Ein Bericht und Antrag im Falle einer Motion könnte hier Klarheit bringen. Weiter sind wir mit der Antwort des Stadtrates in Sachen projektbezogener Erarbeitung von Grundlagen nicht einverstanden. Aufgrund von regelmässig aktualisierten Daten und Kennzahlen zu Bevölkerungsstruktur, Steuersubstraten oder Zu- und Wegzuger pro Quartier oder sogar pro Strassenzug können negativ auswirkende Tendenzen frühzeitig erkannt und mit geeigneten Gegenmassnahmen bekämpft werden. Die regelmässige Aufbereitung dieser Daten ist die wichtigste Voraussetzung für eine vorausschauende und nachhaltige Stadtentwicklung.

Marcel Buck: Wie wir aus der Beantwortung des Stadtrates entnehmen können, gibt es einige Diskrepanzen zwischen wollen und können sowie zwischen müssen und sollten. Konkret heisst dies, dass bevor das vernetzte Denken, die vernetzte Koordination und die Bereitschaft zur Zusammenarbeit der - wie es der Stadtrat schreibt - Akteurinnen und Akteure nicht wirklich funktioniert, kein Handlungsbedarf für zusätzliche Grundlagendaten sowie zusätzliche Formulierungen von Strategien zur Stadtentwicklung und schon gar keine zusätzlichen Stellen nötig sind. Wir unterstützen den Stadtrat in seinem Bestreben nach einer vorausschauenden und bezahlbaren Stadtentwicklung und beantragen deshalb, die Motion abzulehnen.

Dr. Markus Ammann: Ich sage jetzt einmal, ich spüre ein gewisses Wohlwollen für die Motion in diesem Parlament. Ich möchte einfach noch darauf hinweisen, dass wir nicht explizit eine Stelle gefordert haben. Ich denke, es ist jetzt einfach auch Sache des Stadtrates zu zeigen, wie das, von dem wir jetzt alle oder die meisten hier gesagt haben, das wäre jetzt richtig, in diese Richtung sollte man stossen, wie man so etwas umsetzen könnte. Wenn der Bericht kommt und ein Antrag kommt, kann man ihn ja immer noch ablehnen, wenn es nötig ist und es Ressourcen beinhaltet, die wir nicht genehmigen wollen. Aber ich denke, es wäre richtig, wenn man jetzt hier wirklich einmal von Grund auf überlegen würde, in welche Rich-

tung wir uns eigentlich hier entwickeln wollen. Es würde sich schon lohnen, wenn wir hier etwas im Parlament diskutieren könnten. Noch zwei kleine Bemerkungen zu Christian: Ich habe nicht gesagt, das Parlament habe zu hohe Ansprüche gestellt. Ich habe nur gesagt, es gibt eine gewisse Diskrepanz zwischen den Ansprüchen und dem, was der Stadtrat oder die Stadtverwaltung vielleicht leisten kann. Das kann man natürlich jetzt an verschiedenen Orten sehen. Ob es das Parlament ist. Ich bin nicht der Meinung, dass das Parlament zu hohe Anforderungen stellt. Zweitens: Ich weiss nicht, ob ich Dich falsch verstanden habe. Ich bin natürlich der Meinung, die Aufgaben der Stadtverwaltung kommen nicht nur als Aufträge aus dem Parlament. Deshalb: Ein solches Hochhaus, ein privater Investor, müsste natürlich eben auch vorbereitet sein. Eine Stadtverwaltung hat natürlich auch Aufgaben nach aussen, auf private Bauherren, dort entsprechend vorzubereiten, und es sind nicht nur die Aufträge, die wir hier im Stadtparlament machen, welche die Stadtverwaltung abzudecken hat. Ich hoffe, ich habe Dich dort falsch verstanden. In diesem Sinne bitte ich Euch noch einmal, die Motion so zu überweisen, damit wir hier nachher auch wirklich über die Zukunft einer Stadtentwicklung oder Stadtplanung diskutieren können.

Stadtpräsident Ernst Zingg: Ich möchte mich für die Beiträge, die wir hier aus den Fraktionen gehört haben, bedanken und versuche, noch zwei, drei Sachen zu sagen, die uns wichtig erscheinen. Markus Ammann hat in seinen Ausführungen als Motionär jetzt in diesem Sinne ein paar Punkte wie ein Stadtplanungsamt Baden angesprochen, um dies konkret zu machen. Es gibt in Olten einen Verein „Stadtgespräche Olten“. An der letzten Sitzung dieses Vereins – ich bin selber Teilnehmer gewesen und zwei, drei, vier Anwesende auch, denke ich einmal – ist der Chef des Stadtplanungsamtes Baden anwesend gewesen und hat dort ein Modell vorgestellt, das auf den ersten Blick, wie es Markus Ammann auch bemerkt hat, sehr einleuchtet, mit externer Stadtbildungskommission, wo externe Fachleute mit höchsten Kompetenzen, Architekten, Planer von ausserhalb Badens eigentlich die Stadt Baden beurteilen. Das ist unter anderem ein ganz spezielles Konstrukt. Das ist dort auch zum Tragen gekommen. Baden hat dies mit einer gewissen Skepsis eingeführt, aber allem Anschein nach funktioniert es. Einfach, damit man weiss, wenn man Baden anspricht: Das ist etwas ganz Spezielles, ein Unikat. Das kann man durchaus einmal anschauen. Wir haben dann den Gedanken des Leitbilds erwähnt. Das Leitbild ist ein Papier, das im Moment bei den Parteien in der Vernehmlassung ist. Wir sind gespannt. Wir möchten wirklich, auch im Sinne von Olten 2020, auch zu diesem Punkt die Parteien beim Leitbild mitarbeiten lassen. Die Frage von Markus Ammann ist etwas gewesen, wer was macht. Das haben noch ein paar andere gefragt oder wahrscheinlich hinterfragt. Wer macht was in der ganzen Geschichte? Ich bin froh, dass dies relativiert worden ist. Was macht der Stadtschreiber? Ich muss Markus Dietler nicht verteidigen. Ihr wisst alle, was er auf diesem Gebiet leistet. Er ist ganz klar der Koordinator. Er ist nicht der Planer, sondern der Koordinator. Ein Koordinator braucht Leute um sich herum, damit er koordinieren kann. Er braucht Leute aus der Verwaltung, die auch die Möglichkeiten, die Ressourcen haben. Jetzt muss ich etwas sagen, das vielleicht der Link zu gestern ist. Dann vergessen wir es gleich wieder. Zu diesem Hochhaus, die auch die nötige – ich möchte dies bitte nicht falsch verstanden haben – die Kompetenz haben, wenn es um ein Spezialgebiet geht. Jetzt nehmen wir gleich dieses Hochhausthema, um hier die Stadtplanung von Olten einmal etwas in ein anderes Licht zu stellen. An dieser gleichen Stadtgespräche-Tagung ist von hochkarätigsten Leuten auf dem Podium klar gesagt worden: Das Thema Hochhaus müsst Ihr von den Top-Shots, welche dies in der Schweiz können – es gibt nicht so manchen – prüfen lassen, welche dies von aussen her anschauen. Das ist Inhouse nicht möglich. Einfach damit dies einmal ganz klar festgestellt ist. Abfrage nach Daten: Ich kann Euch sagen, dass es in dieser Stadt ganz viele Daten und Kennzahlen gibt. Es gibt in jeder Direktion nicht irgendwelche Zahlen, sondern eben auch Kennzahlen. Man muss sie zusammen tragen und dann projektbezogen anwenden. Wenn man etwas dazu braucht, muss man es ergänzen. Das ist die Meinung des Stadtrates. Ich muss ein klein wenig etwas zurück weisen, lieber Felix Wettstein. Es hat fast etwas despektierlich getönt. Zu Olten 2020: So eine kleine Fotogeschichte und Zeug und Sachen. So wie man uns und Markus Dietler kennt, der dieses Projekt massgebend prägt, wird es nicht einfach mit einer Fotoausstellung

abgetan. Sonst kann man es in allen Beschlüssen nachlesen, die kommen, die alle irgendwo in Olten 2020 eine Abbildung finden, gefunden haben oder noch finden werden. Das ist eine etwas despektierliche Äusserung, die ich in dieser Form nicht akzeptiere. Der Sprecher der CVP hat gesagt „projektbezogene Arbeit“. Das ist genau die Idee des Stadtrates, und die Felder, die hier nicht gefüllt sind – es gibt schon Leute hier drum herum, es gibt Leute, die eben mit ihrer übrigen Tätigkeit an einem andern Ort sind, aber in diese Felder hinein transferiert werden können und dementsprechend dort ihre Ressourcen auch abliefern können oder wo man sie abholen kann für die eigentliche Stadtentwicklung. Marcel Buck hat etwas vom vernetzten Denken gesagt. Es ist ein echtes Anliegen vom Stadtrat, dass eben alle, wie Du es sagst, dieses Denken zeigen und nach aussen mitmachen in dieser ganzen Stadtentwicklung. Die Stadtentwicklung sind wir alle. Das ist nicht Ernst Zingg oder der Stadtrat von Olten oder eine Einzelmasske, sondern alle zusammen. Dieser Kickdown - da müssen wir Euch allen recht geben, welche die gleiche Meinung haben - ist schlicht und einfach noch nicht da. Jetzt muss ich etwas sagen. Wir haben eine Kommission für Stadtentwicklung. Diese Kommission ist gebildet worden, als die Gemeindeordnung geschaffen worden ist. Einige, fast alle sind damals, im September 2000, dabei gewesen. Die Kommission setzt sich aus vier Kommissionen zusammen: Wirtschaft, Planung, Verkehr und Umwelt. Ich möchte dies einfach kurz zitieren: „Sie fördert die wirtschaftliche Entwicklung der Stadt sowie deren Stellung im regionalen, nationalen, internationalen Verkehr. Sie behandelt die Fragen der Orts- und Verkehrsplanung sowie des Umweltschutzes. Sie pflegt die Kontakte zu den wirtschaftlichen Organisationen der Region und betreut mit anderen örtlichen Organisationen das Stadtmarketing“. Hier ist noch einiges zu tun, meine Damen und Herren. Hier sitzen Mitglieder dieser Kommission oder ehemalige Mitglieder. Ich möchte jetzt nicht sagen: Nehmt Euch selber an der Nase. Es ist tatsächlich so, dass immer wieder gesagt wird, es hat sehr viele Teile vom Bau, von der Bausituation, in dieser Kommission. Bauwerke sind Entwicklung. Es hat ganz viele andere Entwicklungsprojekte. Ich versuche es auch immer wieder hinein zu bringen, im Bereich Bildung, Umwelt, der in den letzten paar Sitzungen eine grosse Bedeutung gehabt hat. Es hat noch ein paar andere Sachen. Im Sozialbereich gibt es Entwicklungen. Wir bilden irgend eine Sozialregion. So etwas darf durchaus auch ein Thema der Stadtentwicklungskommission sein. Ich denke, hier muss auch diese Kommission, obwohl ich dort praktisch immer teilnehme und sie unter dem Präsidium angeordnet ist, selber die nötige Initiative entwickeln. Man muss vor allem auch teilnehmen, wenn Sitzungen stattfinden. Ich denke, dass einiges gesagt worden ist zu dieser Thematik. Wir brauchen Kapazitäten Inhouse. Wir brauchen Kapazitäten, die uns von aussen her Sachen erklären können, wie es ablaufen muss. Das haben wir schlichtweg auch nicht. Es braucht eine Bündelung dieser Leute. Wenn es auch vorher vom Motionär gesagt worden ist: Keine Stelle. In Deinen ersten Ausführungen hast Du, Markus, trotzdem gesagt, es braucht eine Ergänzung zu Markus Dietler, jemanden, der das Ganze quasi von der Basis her holt und zusammen trägt und macht. Es braucht also eine zusätzliche Person. Diese haben wir schlichtweg natürlich nicht. Wir haben im Moment ein Projekt im Auge, einfach, um dies praktisch zu sagen, das nennt sich Quartierentwicklung, ein ganz wichtiger Aspekt. Es geht um die rechte Aareseite, um es etwas konkret zu sagen. Wir haben Beispiele. Es gibt ein Projekt Babel. Das hat etwas mit der Stadt Luzern zu tun. Die Stadt Luzern ist nicht in der Lage, dies selber zu machen. Sie brauchen auch dort Fachkräfte, welche dies unterstützen. Wir haben dank der Beziehungen unseres Stadtschreibers Möglichkeiten, dort auch etwas abkupfern zu können. Noch einmal: Es ist klar das Bestreben des Stadtrates, die Stadtentwicklung mit allen Mitteln voran zu treiben. Wir brauchen ganz klar die Unterstützung des Parlaments. Wir brauchen die Unterstützung der nötigen Kommissionen, auch von Kommissionen, die dann auch einmal ausführende Exekutivgewalt haben, wenn etwas zustande kommen muss, und wir brauchen auch die Unterstützung von Kompetenzen, auch innerhalb der Stadt, die wir abholen können, wenn es nötig ist. Ob wir eine neue Stelle brauchen, überlassen wir dem Parlament. Aufgrund all der Aussagen jetzt und auch der Geschäftsordnung des Gemeindeparlamentes, die in der Beantwortung zitiert ist, beantragen wir Euch und dem Motionär trotzdem, das Ganze in ein Postulat umzuwandeln. Ich kann Euch hier im Namen des Stadtrates und auch der Leute darum herum, die an dieser Antwort gearbeitet haben, versprechen, dass wir rechtzeitig und

relativ zügig die Antworten zu diesem Postulat geben werden und auch dementsprechend ins Parlament kommen. Es braucht dann auch noch etwas Geld dazu - dies nur nebenbei - wenn man gewisse Projekte realisieren will. Ich bitte Sie, dem Antrag des Stadtrates zuzustimmen, dies zu einem Postulat werden zu lassen und selbstverständlich dann auch zu überweisen.

Rolf Schmid: Ich habe Sympathien für diesen Vorstoss. Ich denke, es ist sehr wichtig, dass wir in der Stadt Olten in diesem Bereich das Richtige richtig tun. Gerade wenn wir in die Zukunft schauen, glaube ich, dass eigentlich die Bedeutung dieses Bereichs in der Bedeutung für die Stadt eher noch zunimmt. Ich weiss nicht, ob es Ihnen bei dieser Diskussion, wie wir sie jetzt geführt haben, auch aufgefallen ist: Wir haben mit den zwei Begriffen Stadtentwicklung/Stadtplanung eigentlich ziemlich jongliert. Hier vielleicht eine kleine Kritik an den Motionär oder die Motionäre: Dieser Vorstoss greift möglicherweise etwas zu wenig weit, so wie er hier formuliert und eingereicht ist. Wir stellen dies dann auch in der sehr sachgerechten Beantwortung fest. Es konzentriert sich nämlich wirklich auf den Bereich Stadtentwicklung rund um die Stadtentwicklungskommission. Ich glaube eben, was wir Stadtplanung und Stadtentwicklung haben ist ja letztlich „zwei Seiten der selben Münze“. Ich glaube weiter, dass wir in diesem ganzen Bereich Stadtplanung/Stadtentwicklung im Stadthaus in Olten sehr viele Seile und lose Enden haben und die Kunst bzw. was hier dahinter steckt ist von mir aus gesehen, die losen Enden zusammen zu bringen, zusammen zu kneten und etwas daraus zu machen, einen starken Strick. Deshalb glaube ich, dass wir eigentlich noch weit weg sind davon zu diskutieren, ob es neue Stellen braucht und wie viele, sondern ich glaube am Anfang stehen schon eher die Fragen von Ziel, Vorgehen und nachher auch die Realisierungsmöglichkeiten. Wir glauben, wir müssen uns über die Organisation und die Prozesse unterhalten. Wenn wir von vernetztem Denken - hier bin ich auch dieser Meinung - reden, hat dies zur Folge, dass man dies irgendwo organisieren muss. Das Organigramm ist zwar schon sehr aussagekräftig, aber wahrscheinlich letztlich nicht, was wir brauchen. Hier fehlt mir beispielsweise eben die Verknüpfung zur Stadtplanung, zur Umsetzung innerhalb der Stadt. Ein Leitbild ist ja eigentlich kein Teil einer Organisation, sondern Inhalt, wie es hier steht. Aber hier hat man noch nichts organisiert damit. Ich glaube und verstehe es ja eigentlich auch so, dass der Stadtrat die Aufgabe, die hier gestellt wird, etwas umfassender versteht als es vielleicht mit dem Vorstoss formuliert und entsprechend auch beantwortet ist. Der langen Rede kurzer Sinn: Ich wünschte mir, dass das vernetzte Denken dann auch in den entsprechenden Bericht in der Lösung der hier gestellten Thematik einfließt.

Jonas Hertner: Die JA wird die Motion als Motion überweisen, weil wir wollen, dass Olten die schönste Stadt in der Schweiz wird. Wir hoffen, dass alle, die an der Stadtentwicklung und Stadtplanung beteiligt sind, wir eingeschlossen, dieses Ziel auch teilen können.

Nico Zila: Ich darf sagen, dass ich auch grosse Sympathien für diesen Vorstoss habe, vor allem für den fettgedruckten Text, den eigentlichen Wortlaut des Vorstosses. Ich denke, darum geht es heute. Über die Details, Ausgestaltung und ein Organigramm sollten wir dann eben reden können, wenn ein Bericht und Antrag genau zu diesem Thema vorliegt. Was mir noch etwas unklar ist und vielleicht kann mir jemand Auskunft geben, ist die Rolle der Kommission, wie sie der Stadtrat sehen würde. Zum Beispiel gerade auch im vorgeschlagenen Organigramm ist sie nicht separat erwähnt. Es ist ein Koordinationsgremium erwähnt mit Fachleuten, ein möglicher Stelleninhaber Stadtentwicklung. Der Stadtschreiber ist erwähnt, Präsident Region Olten Tourismus. Das sind für mich sehr wertvolle Leute, die Inputs geben können, aber ich denke, Ziele der Stadtentwicklung formulieren und auch Strategien erarbeiten, sind hochpolitische Prozesse. In diesem Sinne möchte ich eigentlich die Kommission nicht vorschnell aufgeben, auch wenn sie wahrscheinlich in den sechs Jahren bis jetzt einen sehr harzigen Start gehabt hat. Vielleicht kann hier noch eine Aussage gemacht werden.

Stadtpräsident Ernst Zingg: Ich kann es mit drei Sätzen sagen. Erstens ist es eine gewählte Kommission. Der Stadtrat hat gar keine Kompetenzen, eine Kommission aufzugeben.

Zweitens braucht es, um diese Kommission abzuschaffen, eine Volksabstimmung. Es ist nämlich in der Gemeindeordnung verankert. Dementsprechend braucht es, auch wenn sie einen anderen Zweck erfüllen muss, eine Volksabstimmung. Es ist kein Gedanke verschwendet worden, diese Kommission aufzugeben. Nico Zila, ich glaube, ich habe ganz bewusst vorgelesen, was sie eigentlich macht, machen muss - es ist jetzt etwas böse vom Stadtpräsidenten - aber machen muss oder machen sollte, und vor allem, wie sie zusammen gestellt worden ist, nämlich aus vier ehemaligen Kommissionen. Das sind klare Aussagen. Ich könnte Euch jetzt noch ermuntern, in den sogenannten Materialien der Gemeindeordnungsplanung aus dem Jahre 2000 nachzulesen, wie wir im Parlament rund fünf Seiten über diese Stadtentwicklungskommission verloren haben, was sie machen soll und was nicht. Es ist interessant. Das sind Sachen, die jetzt zum Teil angesprochen werden. Wichtig ist, dass das Parlament zur Kenntnis nimmt, dass diese Kommission sicher ihre Bedeutung hat und vom Stadtrat nicht in Frage gestellt wird.

Nico Zila: Merci, Ernst, für Deine Ausführungen. Ich denke, ich bin jetzt auch vielleicht übertrieben interpretiert worden. Ich glaube nicht, dass es darum gehen kann und habe Euch dies auch nicht unterstellen wollen, diese Kommission abzuschaffen oder aufzulösen. Aber es ist ja ein weiterer Unterschied zwischen der Aufgabenbeschreibung, wie sie in der Gemeindeordnung steht und dem, was dann tatsächlich im Alltagsleben einer Stadtentwicklung in der Stadt Olten passiert. Dadurch, dass sie in diesem Organigramm nirgends erwähnt gewesen ist und eigentlich auch in Ihrer Antwort nicht, habe ich eine gewisse Befürchtung entwickelt, dass sie kalt gestellt oder zumindest nicht aufgewärmt werden könnte in einem solchen Prozess. Ich denke, hier muss dann auch der Bericht und Antrag, der kommt, noch eine klarere Aussage zur Rolle und zum in die Pflicht nehmen dieser Kommission machen.

Christian Wüthrich: Ich möchte mich als Ehemaliger melden. Ich bin auch dementsprechend aufgefordert worden. Verlassen habe ich die Kommission an und für sich aus Frust. Es hat für mich selber von den Strukturen her nicht gestimmt. Das einzige Highlight, das wir gehabt hätten, ist relativ schnell begraben gewesen. Das ist die Strassenführung auf die Schiene beim Bahnhof Richtung Dampfhammer. Wir hätten gerne die Strasse gegen die Schienen hinaus genommen und die ehemalige Strasse mit schönen Loft-Wohnungen Richtung Aareraum, die Gegenseite wäre der Union-Walter-Verlag gewesen, gemacht, vorne gegen die Bahn Büros und hinten Wohnraum. Das ist schnell begraben gewesen. Dort sind wir etwas warm geworden. Ich kann mich erinnern, dann auch für Euren grünen Kollegen, der mit mir dort gewesen ist. Mehr haben wir an und für sich nicht gehabt. Wir haben Geschäfte erhalten. Zum Teil haben wir Stellung zu Geschäften nehmen dürfen, die teilweise interessant gewesen sind, aber die eigentlich mit der Stadtentwicklung im Sinne, wie wir es uns vorstellen oder vielleicht habe auch ich es mir falsch vorgestellt, wenig zu tun hat. Dann ist SüdWest gekommen. Eine grosse Sache. Wir sind dann auch wieder einmal etwas warm geworden mit dem Kleinholz, als es geheissen hat, man zont um, baut Einfamilienhäuser statt weiter Blöcke, kommt in einen anderen Zonenplan. Was kann man machen? Es ist eigentlich nicht das, was wir uns vorgestellt haben, dass man auf der grünen Wiese oder einen Tomo-Platz bekommt und sagt: Jetzt fangen wir an umzusetzen. Vielleicht ist dies auch eine falsche Meinung. Was natürlich ist: Dadurch, dass es durch so viele Kommissionen und durch so viele Gremien geht, wird es so langatmig und viel hat man schon wieder vergessen. Deshalb haben wir Ordner erhalten, die wir dann irgendwann aufgestellt haben. Ich bin aus Frust ausgetreten. Das hat jetzt wenig mit den Leuten dort oder mit der Stadt zu tun gehabt. Ich habe mir zu viel versprochen und bin wahrscheinlich mit falschen Voraussetzungen hinein gegangen. Aber ich habe es korrigiert. Ich bin ausgetreten und mache jetzt hier den Fraktionspräsidenten.

Dr. Markus Ammann: Noch zwei Bemerkungen: Ich hätte auch noch etwas als Mitglied dieser Kommission sagen können. Aber ich möchte die Ausführungen von Christian nicht wiederholen. Ich kann höchstens sagen, dass ich auch nicht ganz glücklich bin in dieser Kommission. Das kann ich ehrlich sagen. Ich habe mir auch anderes vorgestellt und habe immer

noch die Hoffnung gehabt und bin im Moment noch darin. Ich habe immer noch die Hoffnung, dass sich etwas ändert. Aber vielleicht hat man auch allzu hohe Erwartungen gehabt, weil die Stadtentwicklungskommission natürlich nicht Stadtentwicklung machen kann. Das ist so eine Milizkommission, wo die Leute ab und zu zusammen kommen, und man kann nicht erwarten, dass sie die grossen Konzepte und Visionen machen. Aber es könnte dort viel mehr passieren. Das gebe ich völlig zu. Zur zweiten Bemerkung noch einmal eine Betonung: Nehmt, wie es Nico Zila gesagt hat, die Motion am Text, der oben schwarz fett gedruckt steht. Ich denke, dies ist genau das, wo alle hier eigentlich gesagt haben: Jawohl, das brauchen wir. Wir müssen nämlich wissen, wie es mit der Stadtentwicklung weiter geht, wie wir mit Grundlagen umgehen, wie wir die Ziele und Strategien für die Zukunft dieser Stadt Olten formulieren wollen. Das ist eigentlich der Text, über den wir gerne diskutieren möchten. Ich bitte um Unterstützung dieser Motion.

Mario Clematide: Wir nehmen den alten Parlamentarier, den alten Chlaus in Anspruch, um zwei, drei Gedanken zu äussern. Erstens sind für mich die Stadt Olten und geplante und geführte Stadtentwicklung in den letzten fünfzehn Jahren, die ich verfolgen kann, Widersprüche. Wir haben es gerade vorher wieder von Christian und Markus gehört, und man hat es immer wieder gehört: Die Stadtentwicklungskommission ist für nichts. Sie bringt nichts. Wer sich erinnern kann: Es hat einmal ein Projekt „Olten kommt“ gegeben. Die Fachhochschule oder HWV hat recht viel Geld erhalten. Ich glaube Fr. 300'000.--. Auf die Wirkung warte ich immer noch. Ich weiss nicht, ob Olten jemals kommt. Es gilt auch hier wieder: Die Fachhochschule oder HWV hat das Geld, und wir haben die Erfahrung. Für mich ist es so, dass Olten 2020 ein gewisser Hoffnungsschimmer ist, weil es geführt, engagiert ist. Ich denke aber, wir laufen Gefahr, dass wir die Probleme wieder zerreden. Ich habe jetzt auch meinen Anteil daran, wenn wir die Probleme unter Umständen wieder zerreden. Für mich ist das, was Markus vorschlägt, ein Weg, der in die richtige Richtung geht. Es ist geführt und geplant, hat meine Sympathie, und ich werde es deshalb unterstützen und zwar als Motion.

Marcel Buck: Als ebenfalls ehemaliges Mitglied dieser Stadtentwicklungskommission von frühester Stunde weg kann ich Christian wirklich nur beipflichten. Es ist anfänglich sehr hartnäckig gelaufen. Ich bin dann auch nicht mehr so an diese Sitzungen gegangen, weil es einfach sehr baulastig gewesen ist. Aber nicht desto trotz muss ich vielleicht die Stadtentwicklungskommission auch etwas hervor heben. Das ist übrigens nicht die einzige Aktion oder guten Geschäfte, die wir gehabt haben, sondern wir haben einmal eine Aktion durchgeführt, wo es um die ERO gegangen ist. Wir haben mit den Jacken ausgestattet bei den Autofahrern Flyers und Kugelschreiber verteilt. Ob diese Aktion jetzt gut oder weniger gut gewesen ist, wir haben sie auf jeden Fall gemacht. Aber seither ist einfach nichts mehr gegangen. Ebenfalls hat ein ehemaliges Mitglied der Stadtentwicklungskommission sie immer etwas als „Feigenblatt-Kommission“ titulierte. Auch darüber kann man diskutieren. Ich bin jetzt eigentlich schon noch der Meinung, dass der Stadtrat diese Kommission manchmal fast zu ernst nimmt.

Stefan Nünlist: Ich bin nicht Mitglied der Stadtentwicklungskommission und bin es auch nie gewesen. Trotzdem zwei, drei Bemerkungen. Erstens habe ich die Sache mit der Motion und dem Postulat nicht ganz begriffen. Ich finde, es könnte eine Motion sein. Hier kann der Stadtrat, der Rechtskonsulent vielleicht noch etwas sagen, weshalb es aus rechtlichen Gründen keine Motion sein kann. Zweitens: Ich denke, die meisten Probleme, die wir hier diskutieren, haben damit zu tun, dass wir in einem reaktiven Mood sind. Zwar hat dies damit zu tun, dass wir in der Stadt sehr viele Sachzwänge haben. Seit Jahrzehnten diskutieren wir in der Stadt, wie wir in eine vorausschauende Art und Weise kommen könnten, wie man diese Stadt planen könnte. Planen ist nicht nur bauen. Das hat mit Schulen, Bevölkerungsentwicklungen und Wirtschaft zu tun. Es sind ganz viele Komponenten. Von daher ein sehr komplexes System. Ich habe das Gefühl, man kann schon Organisationen machen, Stellen schaffen und schieben, Kästchen malen. Nur am Ende ist das eine Frage der inneren Haltung. Man muss sich eigentlich auf Innovationsprozesse einlassen wollen, etwas verändern wollen, man muss auch loslassen wollen. Es kann nicht jeder an allem im Organigramm an seiner Zu-

ständigkeit festhalten und meinen, man könne einfach noch eine Kommission darüber machen und dann sei alles besser. So funktioniert es nicht. Ich habe das Gefühl, wenn wir uns wirklich ernst nehmen und sagen, wir wollen endlich einmal jetzt, nachdem wir schon mehrere Anläufe genommen haben, einen Schritt machen, müssen wir wahrscheinlich die Motion überweisen. Dann müssen sich aber die Leute, welche die Motion behandeln, noch einmal in einer geistigen Freiheit in einen Innovationsprozess einlassen, das Udenkbare vielleicht denken. Das ist wirklich ein Change, den man im Kopf machen muss und dann halt auch mit ganz verrückten Vorschlägen kommen. Dann muss man schauen, was machbar ist und was nicht. Aber ich habe das Gefühl, es fängt im Kopf an. Man muss wollen. Man muss sich verändern wollen. Sonst können wir machen, was wir wollen. Dann werden in zehn Jahren unsere politischen Nachfolgerinnen und Nachfolger hier sitzen, und vielleicht werden andere Marcel Bucks oder Christian Wüthrichs von ihren Frustrationen aus einem neuen Organ erzählen. Ich habe das Gefühl, es hat wirklich etwas mit der Geisteshaltung zu tun. Sind wir bereit, uns darauf einzulassen? Wollen wir wirklich etwas verändern? Wenn wir dies wollen, müssen wir es tun. Sonst lassen wir es lieber bleiben. Aber ich werde der Motion zustimmen, es sei denn, Ernst sagt mir wirklich, es geht nicht, und es ist ein Postulat.

Stephan Hodonou: Ich muss sagen: Ich bin richtig baff. Als Unbeteiligter dieser Kommission erhalte ich ein erschreckendes Bild dieser Kommission. Es ist so richtig viel Frustrationspotenzial fast von einer Selbstverfahrungsgruppe. So kommt es mir etwas vor. Ich staune wirklich und frage mich jetzt hier, welche Kompetenzen die Stadtentwicklungskommission überhaupt hat. Hat sie griffige Kompetenzen? Die erste Frage ist, welche Kompetenzen sie hat. Hat sie griffige Kompetenzen? Wenn sie dies nicht hat, müsste man diese Kommission dringend mit griffigen Kompetenzen ausstatten. Aber es kann ja nicht sein, dass eine solche Kommission für ein so wichtiges Thema zu einem Patronat wird, das Sachen durchwinkt oder mit dem Mäntelchen draussen laufen geht und Sachen anschaut. Ich möchte gerne wissen, welche griffigen Kompetenzen diese Kommission hat.

Stadtpräsident Ernst Zingg: Ich muss gleich zum letzten Votanten etwas sagen. Es steht mir jetzt nicht zu, über die Kompetenzen dieser Kommission etwas zu sagen. Ich mache es schlichtweg auch nicht. Man kann es nämlich nachlesen. Übrigens habe ich es vorher vorgelesen. Artikel 70 Gemeindeordnung. Ich möchte alle, die es nicht mehr wissen, noch einmal bitten, in die Materialien zu gehen und vielleicht das Protokoll dieser berühmten Gemeinderatssitzung herunter zu laden, wo wir die neue Gemeindeordnung gemacht haben. Es sind rund vier Seiten. Dort hat man gesagt, was man genau will, und hat es nachher in eine griffe Form gebracht, damit es vor dem Stimmvolk auch „verhebt“, nämlich Artikel 70 der Gemeindeordnung. Dann hat es eine Richtlinie zur Stadtentwicklung gegeben, welche diese Kommission ausgearbeitet hat, wo auch gesagt worden ist, wer, was, welche Sachen zu tun hat und so weiter und so fort, wer dazu gehört, auch von der Stadtseite her. Die nötigen Unterlagen sind vorhanden. Ich denke nicht, dass es Sinn macht. Jetzt muss ich diese Kommission selber etwas in Schutz nehmen, dass man über sie jetzt den Stab bricht. Ich glaube, die anwesenden Beteiligten haben ihre Aussagen gemacht. Du darfst nicht in diese Dramatik ziehen, Stephan Hodonou. Es steht mir auch nicht zu, irgend jemanden zu kritisieren. Ich denke einfach, diese Kommission hat ihren Weg noch nicht gefunden, den man ihr eigentlich zutraut oder zutrauen möchte. Markus Ammann hat es ja eigentlich mit dem letzten Satz gesagt: Man könnte mehr machen. In diesem Sinne möchte ich jetzt eigentlich bitten, dass nicht mehr darüber diskutiert wird. Zu Mario Clematide: Die Übung hat „POP“ geheissen und nicht „Olten kommt“. „Olten kommt“ ist ein Schlagwort des Stadtrates irgend einmal im Jahre 2002 als Titel. „POP“ hat dies geheissen, „Projekt Olten plus“. Es ist um rund Fr. 260'000.— gegangen. Einfach damit ich es hier deponiert habe: Die Auswirkungen sollte man sogar sehen. Unter anderem ist insbesondere das Gewerbe am Tisch gesessen, und es hat zum Teil geheissen, sie sollen ihre Schaufenster besser dekorieren und freundlicher machen, um dies ganz banal auszudeutschen, und man sollte anschreiben, wie man wohin kommt. Man sollte die Parkhäuser beschriften, Leitsysteme und solche Sachen machen. Alles Negative, an den Fassaden sollte man die Graffiti usw. entfernen. Das sind ja Sachen, die zum Teil

passiert sind. Viel Geld ausgeben, einverstanden. Es gibt einen Ordner. Ich kann Dir recht geben. Aber jetzt noch zur rechtlichen Situation von Stefan Nünlist. Der Rechtskonsulent ist aus einer privaten Situation heraus nicht anwesend, wo er einfach nicht hier sein kann. Wir haben einfach den Eindruck, dass, wenn man eine Motion überweist, das Parlament immer wieder sagt, es möchte auch die finanzielle Tragweite eines solchen Vorstosses kennen. Diese kennen wir ja auch nicht. Wir können schon einen Bericht und Antrag machen und etwas vorlegen, wie man die Stadtentwicklung vorantreiben soll. Dann hat es möglicherweise Konsequenzen finanzieller Art. Ich habe es vorher so im Vorbeigehen gesagt. Wir haben den Eindruck, dass man wirklich mit Leib und Seele prüft, den Vorstoss in ein Postulat umwandelt und dann auch in einer nächsten Phase, in einem Bericht aufzeigen kann: Wir brauchen diese und jene Ressourcen. Wenn man die Motion jetzt überweist, kommt es halt dann schon. Das hat Konsequenzen für das Parlament. Das kann ich Euch sagen. Obwohl man sagt, man braucht vielleicht keine neue Stelle jetzt. Aber wenn man etwas genau zuhört – nehmt es zur Kenntnis – kommt es halt gleichwohl darauf hinaus, also um Ressourcen finanzieller Art. Deshalb die Meinung des Postulats, ohne den Vorstoss an sich zu kritisieren.

Theo Schöni: Ich oute mich jetzt hier noch als aktives oder aktiv-passives Mitglieder dieser Stadtentwicklungskommission. Es ist schon etwas so, dass man eine Kommission ist, die eigentlich der Haifisch unter den Kommissionen wäre. Nur hat er keine Zähne. Aber die Richtlinie, die sich die Stadtentwicklungskommission ja einmal gegeben hat, ist auch unter den Mitgliedern der Stadtentwicklungskommission vor meiner Zeit erstellt worden. Das ist auch ein Bestandteil gewesen, wo man dieser Kommission ein etwas anderes Gewicht hat geben und auch intern den Prozess irgendwie festgelegt hat, was diese Kommission überhaupt zu tun hat. Meine Erfahrung, und das ist die beste Erfahrung gewesen, ist der Prozess Olten 2020 gewesen, wo die Mitglieder der Stadtentwicklungskommission eingebunden worden sind, und auch die Resultate so heraus gekommen sind. Wir haben dort ein Papier, nicht nur ein Papier. Wir haben dort im Prinzip die Grundlagen, den Grundstein auch für ein solches Leitbild gelegt, wo man den Ansprüchen, welche die Bürgerinnen und Bürger, die in diesen Prozess ebenfalls eingebunden sind, diese Erwartung auch haben. Die Erwartung wird im Sinne dieser Motion auch sein, dass man dies vielleicht unter Umständen halt auch personell so bestücken muss, dass es auch eine Entlastung zu Händen des Stadtschreibers, der dies bis jetzt hervorragend gemacht muss, hinbringen kann. Die sonstige Erfahrung von der Arbeit in dieser Kommission ist schon so, dass man meistens reagiert auf hoch interessante und spannende Projekte. Vielfach ist man überfordert, weil man sie auch etwas spät auf dem Tisch hat und sich dann irgendwie dazu äussern können sollte. Aber das geht ja anderen Kommissionen nicht anders. Ich möchte mich hier auch nicht entschuldigen, dass manchmal seitens der Mitglieder wenig bis nichts läuft, als nur noch ein Nicken oder nein sagen. Soviel zu meinen Erfahrungen.

Rolf Schmid: Ernst, vielleicht hättest Du die POP-Ergebnisse besser nicht aufgezählt, weil es eher dazu angetan gewesen ist, den Frust noch etwas zu erhöhen. Wir haben nämlich festgestellt, dass wir einiges davon erst jetzt heute diskutieren bzw. entscheiden. Was mir aber eigentlich wichtiger wäre: Wir haben jetzt sehr viel Kritik an dieser Stadtentwicklungskommission gehört. Eigentlich liegt es ja in unserer Hand, in den Händen der Parteien, hier etwas zu machen, indem wir ja nämlich die Leute für diese Kommission nominieren. Ich möchte eigentlich uns alle, sprich Parteien, auffordern, vielleicht halt einmal in den Fraktionen oder in den Parteien ihre Zielsetzungen gegenüber dieser Stadtentwicklungskommission zu klären, ihre Vertretungen entsprechend zu instruieren oder diese Vertretungen halt allenfalls auch zu überprüfen. Hier möchte ich insbesondere auch die Partei, die den Präsidenten stellt, bitten zu überprüfen, ob dort vielleicht zu gegebener Zeit einmal eine Änderung angebracht wäre.

Stefan Nünlist: Ich möchte noch einmal auf den Stadtpräsidenten reagieren wegen den Ressourcen, die wir mit einer Motion auslösen würden. Wenn ich den Motionstext richtig verstehe, verlangen wir vom Stadtrat, dass er dem Parlament einen Bericht und einen Antrag

vorlegt, eigentlich einfach erstens einmal eine Bestandesaufnahme macht und zweitens zeigt, wie man die Stadtentwicklung voran treiben könnte, insbesondere die Aufarbeitung von Grundlagendaten, Formulierung von Zielen, Strategie etc. Voilà. Das heisst eigentlich, wir verlangen eine Art Konzept mit Massnahmen. Dort könnt Ihr nachher zum Schluss kommen, dass Ihr mehr Ressourcen braucht. Das ist ein legitimer Entschluss, den man fassen kann. Das können wir nachher hier entscheiden. So verstehe ich die Motion. Wenn wir es als Motion überweisen, erhaltet Ihr den Auftrag, dies zu erarbeiten und als Beschlussesantrag, als Bericht in dieses Parlament zu bringen. So verstehe ich es. Nachher etwas, das ich dann nicht verstehe. Das habe ich noch nie verstanden, seit ich politisiere. Wir haben gestern im Stellenplan 191 Stellen bewilligt, und ich kann mir nicht vorstellen, dass man für etwas so Wichtiges nicht etwas priorisieren kann, dass man sagen kann, wir nehmen an einem Ort etwas „FT“ und setzen für so etwas einfach jemanden darauf. Das kann ich aus meiner beruflichen Erfahrung sagen. Das mache ich täglich in meinem Job. Ich muss repriorisieren. Manchmal kommt mir die Stadt vor wie ein Gärtner, der in seinem Garten immer mehr neue Bäume pflanzen will. Aber manchmal muss man auch heraus schneiden, damit wieder etwas Neues blühen und wachsen kann. Das ist das, was ich mit der Bereitschaft zur Veränderung und zum sich eben Einlassen gemeint habe. Das unterstellt nicht, dass irgend jemand nicht arbeitet im Stadthaus. Das möchte ich auch noch gesagt haben.

Parlamentspräsidentin Iris Schelbert: Dr. Markus Ammann möchte an der Motion festhalten.

Beschluss

Mit 32 : 10 Stimmen bei 1 Enthaltung wird die Motion überwiesen.

Mitteilung an:
Mitglieder des Stadtrates (5)
Stadtpräsidium/Herrn Markus Dietler
Rechtskonsulent
Geschäftskontrolle
Kanzleiakten

Verteilt am:

AUSZUG

aus dem Protokoll
des Gemeindeparlamentes
der Stadt Olten

vom 22. November 2007

Akten-Nr. 8/0, 29/13

Prot.-Nr. 40

Postulat Roland Rudolf von Rohr (CVP/EVP-Fraktion) und Mitunterzeichnende betr. Überdachung des Schwimmbades Olten und Postulat Markus Oegerli (SP-Fraktion) und Mitunterzeichnende betr. Nutzung alternative Energien zur Wassererwärmung des Schwimmbades Schützenmatte/Beantwortung

Postulat Roland Rudolf von Rohr (CVP/EVP-Fraktion) und Mitunterzeichnende betr. Überdachung des Schwimmbades Olten

Der Stadtrat wird beauftragt zu prüfen, ob das Schwimmbad Olten während den Wintermonaten überdeckt werden kann.

Begründung:

Zweifellos erfreut sich der Schwimmsport in Olten grosser Beliebtheit. Dies zeigen die eindrücklichen Besucherzahlen in den Sommermonaten. Die winterliche Alternative im Hallenbad Kantonsschule ist dürrtig und wird entsprechend wenig benutzt. Eine ganzjährige Schwimmmöglichkeit in der Badi würde gut zur «Sportstadt» Olten passen und wesentlich zur körperlichen Ertüchtigung der Bevölkerung beitragen.

Mit diesem Postulat sollte einerseits die Durchführbarkeit und die Kostenfolge der teilweisen Überdachung (grosses Bassin) des Schwimmbades geprüft werden. Es müsste sich dabei um ein Provisorium handeln bis andere mögliche Optionen für «Winterschwimmmöglichkeiten» geschaffen sind (z. B. Sanierung bzw. Attraktivität – Steigerung Kanti, neues Hallenbad etc.).

Zweifellos müssen aber auf der anderen Seite auch die allfällig negativen Auswirkungen aufgezeichnet werden (Ästhetik, Städtebau, Energieverbrauch, Kosten etc.).

Bei kritischen ästhetischen Betrachtungen könnten auch alternative Ideen der Gestaltung der Überdachung einfließen (Kunst, Lichtspiele, Werbung, Infowand etc.). Die energetischen Auswirkungen müssen kritisch geprüft werden (Alternativenergien, Oekobilanz im Vergleich zur Kanti).

Postulat Markus Oegerli (SP-Fraktion) und Mitunterzeichnende betreffend Nutzung alternative Energien zur Wassererwärmung des Schwimmbades Schützenmatte

Der Stadtrat wird beauftragt zu prüfen, wie alternative Energien zur Wassererwärmung des Schwimmbades Schützenmatte genutzt werden können.

Begründung:

Von Mai bis September ist das Oltner Schwimmbad geöffnet und erfreut viele schwimm- und badefreudige NutzerInnen. Dabei ist erfreulich, dass sich die SchwimmerInnen auch bei etwas kälteren Temperaturen einer körperlichen Ertüchtigung im Freien erfreuen können. Zur Zeit wird das Wasser durch den nicht erneuerbaren Energieträger Gas durchgehend auf eine angenehme Badetemperatur geheizt. Dadurch entsteht für eine Badesaison ein Energieverbrauch, welcher mit dem Jahresverbrauch des Stadthauses vergleichbar ist. Für uns (als Energiestadt) ist es zwingend, für die Wassererwärmung alternative Energien zu nutzen, wie das bei einer privaten Anlage und öffentlichen Bäder gesetzlich verlangt wird. Bei einer Sanierung muss man zudem davon ausgehen, dass das Gas gemäss kantonalem Energiegesetz § 12 als Energieträger nicht mehr verwendet werden darf und die exakte Temperatur des Wassers nicht mehr garantiert werden kann:

§ 12. Heizungen im Freien und Freiluftbäder:

2) Der Bau neuer und die Sanierung bestehender beheizter Freiluftbäder sowie der Ersatz und die wesentliche Änderung der technischen Einrichtungen zu deren Beheizung ist nur zulässig, wenn sie ausschliesslich mit erneuerbarer Energien oder mit nicht anderweitig nutzbarer Abwärme betrieben werden.

Eine Möglichkeit der Nutzung alternativer Energien ist die Sonne. Auf den Garderobengebäuden der Oltner Badi bietet sich eine ausgiebige Fläche zur Nutzung dieser Energiequelle an.

Eine grobe Kostenschätzung ergibt, dass die Investitionskosten für eine Solaranlage zu 100 % in zwei Jahren amortisiert werden können. Einfluss hat natürlich das Wetter und ob täglich eine Wasser-Mindesttemperatur garantiert werden muss. Ab dem dritten Betriebsjahr besteht die Möglichkeit einer jährlichen Einsparung von über 70'000 Fr. an Energiekosten.

- - - - -

Stadträtin Silvia Forster beantwortet die zwei zusammenhängenden Postulate im Namen des Stadtrates wie folgt:

Das Schwimmbad Schützenmatte wurde vor 17 Jahren erweitert und teilsaniert. Die Schwimmbecken wurden neu erstellt, die technischen Anlagen zur Wasseraufbereitung grossteils ebenso. Das Restaurant wurde modernisiert und den damaligen Bedürfnissen angepasst. Der Garderobentrakt wurde mittels Pinselstrich leicht saniert, das Kassengebäude und die Räume des Personals in Eigenleistungen gestrichen.

Nach nunmehr 17 Saisons haben sich diverse Abnutzungs- und Alterungserscheinungen in allen Bereichen der Bäder gezeigt, die eine Gesamtbetrachtung aller Schwimmbäder in Olten aufdrängt.

Im Budget 2007 ist ein Studienkredit für das Schwimmbad von Fr. 50'000 (Kto. Nr. 341.501.02) enthalten für die Sanierung und Attraktivierung der Badi.

Es wurde eine Arbeitsgruppe mit der Direktion Bildung und Sport und der Baudirektion gebildet und ein externer Fachspezialist engagiert.

Der Auftrag der Arbeitsgruppe kann wie folgt zusammengefasst werden:

Bäderkonzept Machbarkeitsstudie

- Analyse Situation heute (alle Bäder)
 - Sanierungsbedarf
 - Kundenbedürfnisse
 - Konkurrenzangebote
 - Standorte Beurteilung
 - betriebswirtschaftliche Abläufe
 - Kosten
- Projektkonzeption
 - Überdeckung Aussenbad
 - Neues Hallenbad
 - Besucherprognosen
 - Dimensionierung / Raumbedarf / Flächenbedarf
 - Grobkostenschätzung
 - Vorschläge ökologische Haustechnik / Wärmerückgewinnung
 - Einsatz von Alternativtechnologien
- Wirtschaftlichkeitsprognose
 - Aufwandprognose
 - Ertragsprognose
 - Wirtschaftlichkeit

Die Resultate der Arbeitsgruppe werden bis Ende Jahr erwartet und anschliessend wird ein Vorgehensvorschlag ausgearbeitet. Diese Unterlagen sind auch die Grundlage für einen Architektur- und Gestaltungswettbewerb betreffend Schwimmbad Olten.

Aufgrund dieser Sachlage beantragt der Stadtrat, beide Postulate zu überweisen.

- - - - -

Roland Rudolf von Rohr: Ich glaube, man kann es sehr kurz machen, weil ja alles in Arbeit ist. Man sieht auch, dass die Fristen schon bald vorbei sind. „Resultate der Arbeitsgruppe werden bis Ende Jahr erwartet“. Nachher werden wir dann weiter sehen, was hier heraus kommt. Ich glaube, die Begründung des Postulats ist klar, die Antwort ebenfalls. Es braucht halt noch etwas Zeit. Nachher haben wir Fakten, über die wir diskutieren können.

Lea von Wartburg: Wir sind erfreut, dass der Stadtrat die beiden Anliegen aufnimmt und beantragt, die Postulate zu überweisen. Ob und inwiefern es möglich ist, das Schwimmbad während der Wintermonate zu überdachen, soll bei der anstehenden Situationsanalyse überprüft werden. Ob es möglich ist, zur Beheizung der Schwimmbecken erneuerbare Energien zu nutzen, soll weniger abzuklären geben. Es ist nämlich nicht nur möglich, sondern im kantonalen Energiegesetz vorgeschrieben. Die Frage, die sich stellt, ist einzig, welche Energieform sich am besten eignet und wie man es am besten technisch umsetzt. Eine Möglichkeit ist wie aufgezeigt die Solarenergie. Eine solche Anlage wäre nicht nur aus

ökologischen, sondern auch aus wirtschaftlichen Gründen eine lohnenswerte Investition. Die Nutzung erneuerbarer Energien für die Beheizung der Schwimmbecken würde somit zum einem echten Mehrwert für die Oltnen Badi führen.

Urs Knapp: Wir werden für die Überweisung beider Postulate sein. Ich möchte einfach bitten, dann auch in der Schwimmbadplanung klar zu überlegen, welche Zielsetzungen man überhaupt hat. Wenn es rein um das Schwimmen geht, muss man sagen, wir haben ein Hallenbad in der Kantonsschule in Olten. Das ist 25 Meter lang. Das ist so, wie halt ein Schwimmbad ist, das man zum Schwimmen braucht. Aber dafür genügt es. Wenn man einen Wellness-Tempel oder so etwas braucht, ist es eine andere Zielsetzung. Ich glaube, wichtig ist schon auch – das ist uns nicht ganz klar – was das Ziel dieses Daches ist. Geht es ums Schwimmen oder um andere Sachen? Von daher muss man auch, wenn es um andere Sachen geht, was auch legitim sein kann, überlegen, was jetzt konkret an privater Initiative läuft. Nördlich vom Bahnhof wird ein Projekt realisiert. Die Migros wird dort bekanntermassen eines der grössten, wenn nicht das grösste Wellnessbad in der Schweiz, realisieren. Dann ist möglicherweise dieser Aspekt dort abgedeckt. Unsere Bitte wäre – wir sind für Überweisung des Postulats – dass man einfach klar definiert, was die Zielsetzung ist und auch berücksichtigt, wenn es um das Schwimmen geht, haben wir schon etwas.

Heidi Ehrsam: Wenn Urs Knapp sagt, wir haben ein Hallenbad, wir haben etwas, wo wir im Winter schwimmen gehen können, finde ich diese Äusserung leicht überbetrieben. Wir haben eine Gelegenheit, um schwimmen zu gehen, etwa am Abend und zwar nicht jeden Abend von abends um 17.30 Uhr bis 20 Uhr oder 21 Uhr. Aber wenn man die Öffnungszeiten anschaut, ist es nicht ein grosses Angebot, und es darf grösser sein und wäre sicher auch für viele, die gerne schwimmen, als Breitensport wirklich sehr attraktiv, wenn man eben, wie man dies in Rothrist oder Oberentfelden kann, auch während des Tages gehen könnte. Deshalb möchte ich einfach sagen: Das Hallenbad in der Kantonsschule Olten ist gut, aber es nicht eine attraktive Angelegenheit für die ganze Bevölkerung.

Jonas Hertner: Wir werden beide Postulate unterstützen. Aber ich kann hier gerade bei Heidi Ehrsam und auch Urs Knapp anknüpfen und dies irgendwie zusammen führen. Wir finden, dass, wenn man im Winter in der Badi schwimmen will, wir hier jegliche Probleme haben, und es würde vielleicht für ein Provisorium reichen. Wenn wir aber so etwas machen möchten oder es resultiert dann eben in einem Hallenbad, sollte man dies gleich richtig machen und dort einfach investieren, ich nehme an, im Sinne, wie es Heidi auch gesagt hat.

André Köstli: Natürlich haben auch wir von der SVP-Fraktion uns mit diesem Geschäft auseinander gesetzt. Zweifellos ist es grundsätzlich eine gute Idee, unsere Badi zu verschönern. Aber wir sind auch der Meinung, dass man sich zuerst auf das Hallenbad in der Kantonsschule konzentrieren sollte. Vielleicht sollte man den Kanton dort etwas ermutigen, vorwärts zu machen. Eine ganz andere Idee wäre doch vielleicht auch für die Projektkonzeption, das Hallenbad in die Badi in Olten zu integrieren. Alles an einem Ort: Wirtschaftlich vom Standort her sicher interessant. Gute Infrastruktur ist ja auch schon vorhanden, sagen wir das Restaurant, Parkplätze, und natürlich darf man auch den öffentlichen Verkehr nicht vergessen. Hier könnte man auch einige technische Anlagen zusammen schliessen, und auch die Wirtschaftlichkeitsprognose käme hier nicht zu kurz. Natürlich ganz nach unseren Zielen: Geld sparen durch den Zusammenschluss, und natürlich kämen auch die Familien zu ihrem Genuss und Gewinn. Auch nicht vergessen darf man, die Badi vor Hochwasser sicherer zu gestalten, sei es von der Seite der Dünnern oder der Aare. Beide Seiten sind ein grosses Gefahrenpotenzial und durch einfache, günstige und ästhetische Mittel, wie durch eine natürliche Erdwallerhöhung, zu sichern. Das Wetter wird sicher nicht besser, und solche Ereignisse, wie wir sie erst gerade gehabt haben, werden sicher zukunftsweisend sein. Alternative Energien nutzen, Strom und Wasser sparen

und das für unsere Stadt Olten erachten wir auch wir von der SVP als sinnvoll und unterstützen deshalb solche Projekte. Das ist eine sinnvolle Sache und gerade auch, weil wir eine Energiestadt sind oder sein wollen, müssen wir am Ball bleiben und uns für solche Sachen auch zusammen einsetzen. Aber dass eine Solaranlage, selbst wenn sie grob kostengeschatzt worden ist, zu 100 % in zwei Jahren amortisiert ist und ab dem dritten Betriebsjahr sogar Fr. 70'000.— an Energiekosten einzusparen seien, erachten wir als fast etwas unmöglich. Wenn dem so wäre, müsste man aber sofort überall solche Anlagen einbauen, wenn man soviel Geld sparen könnte. Wir von der SVP-Fraktion machen deshalb beliebt, beide Postulate zu überweisen und abzuschreiben.

Roland Rudolf von Rohr: Heidi hat fast alles gesagt. Urs Knapp möchte ich sagen, dass das Postulat mit der Absicht gemacht worden ist, dort unten zu schwimmen. Es ist allerdings nicht ganz auszuschliessen, dass jemand manchmal auch etwas anderes macht. Aber es ist vorwiegend für das Schwimmen gedacht.

Dr. Arnold Uebelhart: Es ist natürlich nicht wahr, dass man nur am Abend schwimmen gehen kann. Am Samstag und Sonntag ist das Hallenbad tagsüber geöffnet. Ich möchte mich Dir also anschliessen. Es sind nämlich auch Energiegründe. Man kann auch sehr gut schwimmen und sogar noch etwas sitzen. Vielleicht kann man einmal noch etwas heraus lassen. Ich finde: Energie etc., das sind alles Fässer ohne Boden. Hier geht einfach eine Million Franken pro Jahr für ein solches Hallenbad weg. Es tönt jetzt vielleicht etwas komisch. Aber für mich ist die Kanti okay. Ich sehe selten jemanden der hier Anwesenden in der Kanti oben.

Rolf Sommer: Von 1985 bis 1993 habe ich der CVP-Fraktion angehört, und damals ist auch die Sanierung oder die Erneuerung der Badi Olten ein Thema gewesen. Wir haben jemanden von der CVP in die Spezialkommission Schwimmbad Olten abdelegiert. Ich habe damals schon gefragt, weshalb man nicht eine Traglufthalle konzipiert oder planen, dass man sie bauen und auch im Winter nutzen könnte. Dann ist alles unter abgetan worden. Ich bin natürlich erstaunt, dass aus der gleichen Fraktion ein solcher Antrag kommt. Ich glaube, wenn man damals etwas anders zugehört und nicht nur auf gewisse Herren gehört hätte, hätte man das Ganze mit dem Garderobe-Gebäude anders konzipieren können. Man hat gesagt, das Garderobe-Gebäude könne nicht einbezogen werden, weil es nicht dazu passe. Ich habe gesagt: Dann reisst man es halt ab. Aber es hat riesengrosse Widerstände gegeben: Ortsschutz und es ist 1934 eine der ersten Betonbauten gewesen etc. etc... Es sind also persönliche und partielle Interessen von verschiedenen Seiten dahinter gestanden, damit man ja nichts anderes machen kann. Damals hat das Projekt gewonnen, das ich heute noch nicht befürworte, weil es von mir aus gesehen nicht das ist, was ich von einer freundlichen Badi erwarte. Es ist ein Betonbau. Aber eben: Anstatt dass man damals konzipiert hätte, dass man eine Traglufthalle hätte bauen können, und das wäre damals auch schon möglich gewesen, hat man dies nicht gemacht, nicht machen wollen. Deshalb: Ich kann das Postulat von Roland begrüssen und bin einmal gespannt, was passiert.

Thomas Frey: Mir erscheinen die Zahlen, die im Text für die Solaranlage aufgeführt sind, auch ein klein wenig optimistisch und blauäugig. Aber ich weiss vom Beispiel der Badi Reiden, dass dort eine Betriebskostenverbesserung erreicht worden ist, ohne einen Franken in die Infrastruktur zu investieren, sondern einfach mit schlaun Schaltungen von Durchflüssen usw. und auf diesem Wege eine erhebliche Energieersparnis haben erzeugen können. Es gibt Spezialisten, welche für relativ wenig Geld die Anlagen analysieren und die entsprechenden Schaltungen, Ventile und Spülungen einstellen können. Dann ist schon eine erhebliche Energieersparnis möglich. Vielleicht ist dies auch noch ein Punkt, den man im Zusammenhang mit der Überprüfung der Badi in Olten betrachten könnte.

Jonas Hertner: Zum Stichwort energietechnisch: Wenn man sich überlegt, ein neues Hallenbad zu machen, empfiehlt sich sicher der Standort neben dem Eisstadion, wo man gleich Abwärme nützen könnte.

Lea von Wartburg: Noch etwas zu den Zahlen. Diese hat uns der Energieberater aus Olten, Christian Amoser, angegeben.

Beschluss

Mit 41 : 1 Stimme bei 1 Enthaltung wird das Postulat von Roland Rudolf von Rohr überwiesen.

Beschluss

Mit 42 : 1 Stimme wird das Postulat von Markus Oegerli überwiesen.

Mitteilung an:
Mitglieder des Stadtrates
Baudirektion/Herrn Adrian Balz
Umweltfachstelle
Kanzleiakten

Verteilt am:

AUSZUG

aus dem Protokoll
des Gemeindeparlamentes
der Stadt Olten

vom 22. November 2007

Akten-Nr. 29/5

Prot.-Nr. 41

Motion Brigitte Kissling (SP) und Mitunterzeichnende betr. neuzeitlicher Gestaltung der Aufbahrungshallen/Beantwortung

Mit Datum vom 22. März 2007 hat Brigitte Kissling (SP) und Mitunterzeichnende folgende Motion eingereicht:

„Der Stadtrat wird beauftragt, dem Gemeindeparlament einen Bericht und Antrag für eine neuzeitliche Gestaltung der Aufbahrungshallen (offener Aufbahrungsraum – keine Trennwand, freier Zugang zum Sarg von allen Seiten, Bestuhlung, Kerzenhalter, etc.) sowie eine Lösung zum Schutze der Intimsphäre der Aufgebahrten und deren Angehörigen vorzulegen und die Kostenfolgen im Budget 2008 aufzunehmen.

Begründung

Das Sterben und der Tod waren für längere Zeit ein gesellschaftliches Tabu. Verschiedene Rituale, welche es den Hinterbliebenen ermöglichten von ihren Angehörigen in einem sicheren und behüteten Rahmen Abschied zu nehmen, verschwanden aus der Gesellschaft. Die jahrelange Hilflosigkeit der Gesellschaft gegenüber dem Sterben und dem Tode, verlangte die Suche nach neuen Möglichkeiten und Wegen, die den Menschen helfen sich mit diesen Themen auseinanderzusetzen.

Kurse über Sterbebegleitungen, Patientenverfügungen, wiedergefundene oder neue Rituale, Fernsehsendungen mit Sterbenden und Angehörigen, Literatur über das Sterben usw. rückten den Tod wieder vermehrt in unser tägliches Zusammenleben. So besteht heute der breite Wunsch, Menschen in einem würdigen Rahmen zu verabschieden.

Das Gebäude im Friedhof Meisenhard umfasst eine Abdankungshalle, ein Krematorium, das die letzten vier Jahre, pro Jahr durchschnittlich 843 Kremationen durchführte, sowie 8 Aufbahrungsräume, in denen pro Tag durchschnittlich 2 – 3 Personen aufgebahrt sind.

Die Aufbahrungshallen im Friedhof Meisenhard wurden vor ca. 10 Jahren neu gestrichen. Sie dienen zwar dem Zweck, ihr Interieur ist jedoch veraltet und entspricht nicht mehr den heutigen Vorstellungen. Die Türen der Aufbahrungshallen sind tagsüber immer geöffnet, damit wird den Angehörigen und Freunden während des Tages einen freien und unkomplizierten Zutritt ermöglicht. Leider nutzen auch x-beliebige „Leichenschauer“ den öffentlichen Zugang. In Aarau begegnete man diesem Problem mit einem Codeschlüssel. Die Angehörigen erhalten einen Code, den sie selber verwalten und ihnen jederzeit den Zutritt zur Aufbahrungshalle ermöglicht.

Auch die hiesigen Bestattungsinstitute unterstützen eine zeitgemässe Neugestaltung der Aufbahrungsräume.“

- - - - -

Im Namen des Stadtrates beantwortet **Stadträtin Doris Rauber** die Motion wie folgt:

Ausgangslage

Nach Eingang der Motion bei der Direktion Öffentliche Sicherheit hat der Abteilungsleiter Publikumsdienste eine Bedürfnisabklärung der Motion vorgenommen. An der Sitzung vom 18. April 2007 haben gesamthaft fünf Seelsorger der Oltner Kirchgemeinden, drei VertreterInnen der Bestattungsunternehmen Olten sowie die Motionärin und ein Vertreter der Direktion Bau teilgenommen. Zudem hat der Abteilungsleiter Publikumsdienste bilateral das Friedhofspersonal über die Bedürfnisse befragt. Die Bedürfnisabklärungen haben gezeigt, dass eine neuzeitliche Gestaltung, wie in der Motion vom 22. März 2007 gefordert, nur teilweise notwendig ist. Reklamationen von Besuchern der Aufbahrungshalle bzw. -zellen werden nur selten deponiert; hierzu wird auf die nachfolgenden Erläuterungen verwiesen.

Wie die Motionärin richtig festgehalten hat, verfügt die Aufbahrungshalle im Friedhof Meisenhard über acht Aufbahrungszellen von denen durchschnittlich zwei bis drei pro Tag, in Spitzen bis zu maximal fünf, gleichzeitig besetzt sind. Die Aufbahrungszellen wurden letztmals vor rund 10 Jahren neu gestrichen. Aufgrund der unterschiedlichen Religionszugehörigkeiten und der daraus folgenden „Aufbahrungsgewohnheiten“ wurde die Ausgestaltung der Zellen, einfach und neutral gewählt. Die Raumgestaltung kann bereits heute individuell nach dem Geschmack der Angehörigen bzw. der externen Bestatter nach Rücksprache mit dem Friedhofspersonal vorgenommen werden (Aufstellen von Kerzen, Blumenschmuck, etc.). In der Vergangenheit wurden auch schon persönliche Accessoirs (Militäruniform mit Säbel) in den Aufbahrungszellen aufgestellt. Zu den vorhandenen Sitzgelegenheiten (installierte Holzbänke und freistehende Stühle) kann das Friedhofspersonal einzelne Stühle kurzfristig in den Besucherteil der Aufbahrungszellen stellen. Dieses Angebot wird jedoch von den Angehörigen nur in den seltensten Fällen wahrgenommen.

Das Interieur der Aufbahrungszellen betreffend, sind den befragten Stellen keine Reklamationen bekannt.

Jede Aufbahrungszelle ist mit Hilfe einer Trennwand, in welche eine Glasscheibe eingebracht ist, in zwei Bereiche (den Aufbahrungs- und den Besucherraum) unterteilt. Im Aufbahrungsteil befindet sich der Katafalk, in welchem der Sarg mit dem Leichnam eingestellt wird. Die Nachfragen haben gezeigt, dass sich nur wenige Angehörige an der Trennwand stören. Der Zutritt in den Aufbahrungsbereich zum Leichnam wird nur in den seltensten Fällen oder wenn es kulturell zum Abschiednehmen dazugehört verlangt und kann einerseits durch das Friedhofspersonal oder die Bestattungsunternehmen verschafft werden. Ansonsten bleibt der Aufbahrungsbereich für die Öffentlichkeit verschlossen.

Bei einer Öffnung der Aufbahrungszelle, das heisst bei einer Entfernung der Trennwand, müsste der Katafalk ersetzt werden. In die Katafalken ist ein elektrisches Kühlsystem eingebracht, welches den Leichnam kühlt und somit dessen Verwesungszeit künstlich hinauszögert.

Die Instandstellung von offenen Aufbahrungszellen (Entfernung Trennwand, Ersatz der Katafalken, etc.) würde gemäss Abklärungen der Direktion Bau Gesamtkosten von rund CHF 200'000.- bis CHF 240'000.- generieren.

Die Aufbahrungshalle ist an den Werktagen Montag bis Donnerstag von 07.00 – 16.45 Uhr und am Freitag von 07.00 – 16.00 Uhr geöffnet. An Samstagen sowie Sonn- und Feiertagen ist sie geschlossen. Für das Abschiednehmen ausserhalb der Öffnungszeiten können die Bestattungsunternehmen Zugang verschaffen. Bei jeder Aufbahrung entscheiden die Angehörigen, ob die Türe zur Aufbahrungszelle vom Friedhofspersonal geöffnet wird oder verschlossen bleibt. Diesbezügliche Nachfragen kommen eher selten vor (1 – 2 pro Jahr).

Die räumliche Untertrennung der Aufbahrungszellen zum Ofenraum besteht bereits, wird aber vom Friedhofspersonal oftmals offen gelassen. Die diesbezügliche Weisung an das zuständige Personal, dass die Türe geschlossen wird, wurde erteilt. Eine räumliche Unter-

trennung der Aufbahrungszellen zum Keller des Friedhofgebäudes, wo sich die Aufenthaltsräume des Friedhofpersonals sowie die Maschinen und Werkzeuge befinden, besteht nicht. Es ist vorgesehen, diesen Zugang via Treppe für die Öffentlichkeit zu sperren.

Es kann davon ausgegangen werden, dass die geltenden Zutrittsregelungen mitunter ein Grund sind, weshalb in der Vergangenheit noch nie Leichenschändungen bzw. Vandalenakte (Entwendung von Blumenarrangements, Kerzen, etc.) vorgekommen sind.

Erwägungen

Die Räumlichkeiten der Aufbahrungshalle sowie der Aufbahrungszellen werden neutral mit weisser Farbe neu gestrichen. Am Interieur der Aufbahrungszellen werden keine weiteren Baumassnahmen eingeleitet. Die Räume behalten dadurch die neutrale Ausdrucksform bei. Die Zellen (Aufbahrungs- und Besucherbereich) können nach wie vor individuell durch die Angehörigen gestaltet werden.

Eine Öffnung bzw. weitergehende Umgestaltung der Aufbahrungszellen hätte erhöhte zeitliche und finanzielle Aufwendungen zur Folge. Diese müssten einer detaillierteren Analyse unterzogen werden (Projekt). Unsere Bedürfnisabklärungen haben gezeigt, dass die Meinungen betreffend offener Aufbahrungszellen zum Teil weit auseinander gehen aber klar von der Mehrheit nicht gefordert wird. Bereits mit der heutigen Lösung kann den Angehörigen der Zugang zum Leichnam verschafft werden. Zudem sind die involvierten Stellen der Meinung, dass mit der bestehenden Organisation auch schon Vandalenakte verhindert werden konnten. Die Direktion Öffentliche Sicherheit und die Direktion Bau empfehlen aus diesen Gründen von offenen Aufbahrungszellen abzusehen.

Es ist vorgesehen, dass sämtliche Türen der Aufbahrungshalle sowie der Aufbahrungszellen mit neuen Schlössern versehen werden. Bei Bedarf können die Schlüssel den Angehörigen abgegeben werden, damit diese auch ausserhalb der Öffnungszeiten Abschiednehmen können. Zudem können die Angehörigen dadurch selber entscheiden, wem sie zu welcher Zeit den Zutritt zum Zellenraum gewähren. Von einer elektronischen Zutrittsperre raten die Direktion Öffentliche Sicherheit und die Direktion Bau aufgrund der administrativen und technischen Komplexität ab.

Der Zugang zum Keller des Friedhofgebäudes wird für die Öffentlichkeit mittels baulichen Massnahmen gesperrt.

Finanzielle Auswirkungen

Die Kosten für die geplanten Umbaukosten (Malerarbeiten, Erneuerung der Schliessanlagen) werden auf CHF 14'000.- geschätzt und sind im Budget 2008 berücksichtigt.

Der Stadtrat ist der Absicht, dass aufgrund der Erwägungen der Vorstoss nicht als Motion überwiesen werden kann. Da er aber das Anliegen der Motionärin für grundsätzlich berechtigt hält, ist er bereit, den Vorstoss als Postulat überweisen zu lassen und gleichzeitig abzuschreiben.

- - - - -

Brigitte Kissling: Wie bin ich auf dieses Thema gekommen? Das habe ich hier nicht geschrieben. Ich habe vor ein paar Jahren hier in Olten im Auftrag der Caritas Kurse in Sterbegleitung gegeben. Dort sind unter anderem Rituale, wenn ein Mensch stirbt, ein wichtiges Thema gewesen. Das ist sicher ein Grund, wo ich konfrontiert worden bin, wie wichtig es ist, dass ein Raum, eine Aufbahrungshalle oder ein Aufbahrungsraum wie auch immer oder wo

dies dann stattfindet, eine gewisse Atmosphäre aufweist. Ein paar Jahre später, das ist noch nicht so lange her, das ist dann schliesslich auch der Anlass gewesen, dass ich diese Motion gemacht habe, sind Begegnungen mit Kolleginnen gewesen, als wir aus eigener Betroffenheit über die Aufbahrungshallen gesprochen haben, wo wir eigentlich alle geschlossen gefunden haben, wenn wir einmal tot sind, möchten wir nicht dort oben liegen. Wenn man mit dem Tod zu tun hat, wird man selber immer mit dem eigenen Tod konfrontiert. Es sind mittlerweile auch mehrere andere Personen, die solche Äusserungen machen. Ich danke Doris Rauber, dass die das Anliegen aufgenommen und mit einer Bedürfnisabklärung geklärt hat. Ich habe an dieser Sitzung vom 18. April dabei sein dürfen. Es sind Leute des Bestattungsunternehmens wie auch Pfarrer dort gewesen. Dort sind eigentlich alle bis auf eine Person geschlossen der Meinung gewesen, man sollte die Aufbahrungsräume neuzeitlich gestalten. Das ist aber nicht die Frage dieser Bedarfsabklärung gewesen, sondern die Frage ist eigentlich gewesen: Habt Ihr Reklamationen von Betroffenen erhalten? Beide Seiten haben sich ganz klar geäussert, dass in einem solchen Moment, wo jemand stirbt, eben nicht eine solche Reklamation im Vordergrund steht, sondern die Trauer, und haben somit auch gemeint, sie hätten sicher nie Reklamationen erhalten. Das zur Befragung. Zur Raumgestaltung: Es geht nicht darum, dass man dort oben Luxuskabinen macht. Das ist nicht die Idee, sondern dass es einfache Räume sind. Es geht lediglich darum, dass man die Trennwände herausnimmt, und auch nicht bei allen acht Kammern, die dort oben sind, sondern, dass man es vielleicht bei zwei oder drei macht. Dazu muss man wissen, dass die Aufbahrungsräume so aussehen, dass man auf einer Seite eintreten kann. Dann hat es eine Glaswand. Man kann auf den Leichnam schauen. Wenn man aber auch auf die Seite des Sarges gehen möchte, ist dies möglich. Mir geht es eigentlich darum, dass man diesen Raum dort öffnen kann, dass es auch möglich ist, dass Angehörige rund herum stehen können und eben nicht nur auf einer Seite und die Glaswand einfach zum Teil auch sehr behindernd ist dort. Das ist auch etwas, dem, wenn heute Aufbahrungsräume saniert oder renoviert werden, vielfach Rechnung getragen wird. In der Beantwortung bezieht sich der Preis von Fr. 200'000.— bis Fr. 240'000.— auf alle sieben oder acht Aufbahrungsräume, wenn diese saniert würden. Es ist so, dass ich nicht von sieben bis acht Aufbahrungsräumen gesprochen habe, sondern es sind pro Tag zwei bis drei Leichname dort oben aufgebahrt. Dann würde es auch reichen, wenn man sich auf zwei bis drei Räume beschränken würde. Von Doris Rauber habe ich die Auskunft erhalten, dass man den Preis jetzt nicht einfach auf drei herunter rechnen kann, sondern es ist so, dass dort wirklich die Katafalken – dort müsste man eine andere Technik anwenden – dass der Leichnam von unten gekühlt wird. Deshalb würde es trotzdem noch etwas kosten. Aber wieviel es dann ist, wissen wir ja jetzt hier eigentlich nicht. Zum Schliesssystem: Ich denke, hier möchte ich nichts mehr dazu sagen. Wenn man so Lösungen schaffen kann, bin ich eigentlich auch der Meinung, dass man die Sache nicht verkomplizieren muss. Der Stadtrat empfiehlt, das Postulat zu überweisen und abzuschreiben, und möchte mit einem Betrag von Fr. 14'000.— die Räume neu streichen und die Schlösser erneuern. Für mich ist dies unbefriedigend. Ich denke, ich könnte mit einer Überweisung des Postulats, wenn man klar sagt und zwar gemäss meinem Motionstext, man würde dies mit der Sanierung mit dem Krematorium zusammen nochmals überprüfen, ob man dort nicht etwas machen könnte. Ich finde es auch nicht sinnvoll, dass man jetzt die Räume streicht, sondern wirklich im Zusammenhang mit der Sanierung des Krematoriums oder was halt auch immer dort kommt, wir dies wirklich noch einmal zusammen anschauen. Das würde auch Sinn machen. Deshalb bin ich entweder für meine Motion, würde daran festhalten, es sei denn, der Stadtrat und das Parlament sind auch der Meinung, dass man dies innerhalb des Krematoriums noch einmal überprüfen müsste.

Georg Dinkel: Die Fraktion CVP/EVP ist einstimmig für Überweisung und Abschreibung der Motion. Wir sind der Meinung, dass die Einrichtungen in der Aufbahrungshalle einen würdigen Abschied von den Verstorbenen gewähren. Gegen eine sanfte Renovation wie zum Beispiel Malerarbeiten haben auch wir nichts. Ich darf sagen, ich habe im April meinen Schwiegervater verloren und bin jeden Tag mit der Schwiegermutter dorthin gegangen. Das Glas

etc. hat mich nicht gestört. Man kann dies so akzeptieren. Man hat auch genügend Platz, wenn man mit einigen Verwandten hin gehen will. Man ist nicht eingeeengt.

Nico Zila: Ich nehme es vorweg: Für die einstimmige freisinnig-demokratische Fraktion kommt die Überweisung dieses Vorstosses auch als Postulat nicht in Frage. Brigitte Kissling, ich finde es ehrlich, dass Du im Vorstosstext sagst, was Du willst und begründest, was Du willst. Wir sehen allerdings, dass Deine beiden hauptsächlichen Anliegen, einerseits der freie Zugang von Trauernden zum Sarg und andererseits die Regulierung des Zugangs in die Aufbahrungsräume hinein, dass nicht Leichen-Schau Lustige sich tagein tagaus dort herum treiben können. Diese zwei Punkte sind eigentlich bereits heute erfüllt. Man hat einerseits die Möglichkeit, durch die Glastrennwand hindurch gehen zu können, dort den Schlüssel zu verlangen. Wenn man diese Lösung aufhebt, ist es meiner Meinung nach in der Antwort des Stadtrates richtig beantwortet worden, dass die erhebliche Kostenfolgen hätte. Die Katafalken müssten ja an und für sich umgerüstet werden bzw. die Raumtemperatur, die heute hinter dem Glas tief ist, müsste dann in diesen Katafalken mit individuellen Kühlsystemen geregelt werden, eine relativ teure Geschichte. Hier sehen wir den Mehrwert nicht ganz daraus. Der zweite Punkt, die Regulierung des Zugangs in die Aufbahrungsräume hinein, ist unserer Meinung nach ebenfalls ja in Planung, dass die über Schlüssel erfolgen soll. Ein elektrischer Code, wie Du es vorschlägst, wird offensichtlich vom Stadtrat als zu kompliziert erachtet. Ein weiterer Punkt, der für uns einen gewissen Wert einer Überlegung hat, ist, dass die aktuelle Gestaltung dieser Aufbahrungsräume mit einer Glastrennwand eben auch einen sicheren Schutz vor Vandalismus bieten. Wir haben bis heute glücklicherweise in Olten noch keine solchen Vorfälle gehabt. Es hat sie andernorts gegeben, und es ist nicht auszuschliessen, dass wir auch einmal mit diesem Phänomen konfrontiert wären, wenn wir eben ganz offene Aufbahrungsräume hätten. Ich denke, aus diesen Gründen stimmen wir konsequenterweise einer Überweisung des Vorstosses nicht zu.

Christian Werner: Ich kann mich inhaltlich dem weitgehend anschliessen. Auch wir sind für die Überweisung und die gleichzeitige Abschreibung. Wir zeigen uns auch mit der Beantwortung durch den Stadtrat grundsätzlich zufrieden. Vor allem im Bereich des Gestalterischen und Intérieurs erachten wir es als nicht notwendig, dort grössere Aufwendungen zu betreiben oder grössere Änderungen vorzunehmen. Ich möchte noch kurz etwas zur Passage, wo es um die Nutzung geht, sagen. Es wird ja geschrieben, dass „leider auch x-beliebige Leichenschauer“ den öffentlichen Zugang benützen. Für mich hat dies – hier muss ich jetzt persönlich sprechen – hat dies einen sehr negativen und auch ein Stück weit abwertenden Beigeschmack. Ich weiss nicht, ob Du es anders gemeint hast. Aber für mich hat es einfach diesen Beigeschmack. Ich kann mich noch gut erinnern, dass ich, als ich noch wirklich ein kleiner Bub gewesen bin, mit der Mutter einmal, nachdem sie mich sehr intensiv darauf vorbereitet hat, in ein solches Leichenhaus gegangen bin und eben ein x-beliebiger Leichenschauer gewesen bin in diesem Sinne. Aber für mich ist dies eine sehr wertvolle Erfahrung gewesen, und ich denke, es ist weit besser, wenn die Kinder zum ersten Mal so mit dem Tod konfrontiert werden als irgendwie im Fernsehen. Von daher denke ich, dass man es nicht einfach pauschal abwerten und gänzlich ausschliessen kann. Ich denke, auch mit dem Schlüsselsystem, das in der Beantwortung angetönt wird, ist eine gute Lösung gefunden worden, dass man dem Missbrauch auch vorbeugen kann und auch die Wände, die angesprochen, die vom Stadtrat beibehalten werden wollen, auch dies erachten wir als angemessen und auch als Beitrag, dass man eben dem Missbrauch jedenfalls weitgehendst einen Riegel schieben kann. Das bestätigt auch die Aussage in der Antwort, dass bis jetzt keine Fälle von Missbrauch vorliegen und sich auch die wenigsten Leute daran stören, dass die Wände dort vorhanden sind. In diesem Sinne sind wir für Abschreibung.

Anna Engeler: Ich kann mich relativ kurz fassen. Die Grünen und Jungalternativen werden dem Antrag des Stadtrates folgen und das Postulat überweisen und abschreiben. Es geht aus der Beantwortung hervor: Der Stadtrat hat das Bedürfnis einer Sanierung dieser Anla-

gen erkannt, und es wird auch etwas gemacht. Der Betrag ist budgetiert, und wir haben gestern gesprochen. Die Bedürfnisabklärung hat gezeigt, dass die Punkte, welche die Motionärin wünscht, eigentlich von Angehörigen selber nicht so gross nachgefragt werden. Von daher erachte ich diese Investition auch nicht als notwendig. Die Massnahmen sind getroffen. Von daher werden wir uns dem Stadtrat anschliessen.

Brigitte Kissling: Ich habe noch eine Frage an die Stadträtin gestellt und wäre froh, wenn man diese noch beantworten könnte.

Stadträtin Doris Rauber: Ich danke den Fraktionen für die Aufnahme der Aussagen des Stadtrates. Wie es Anna vorher gesagt hat, haben wir ja gestern im Budget den Betrag für die Malerarbeiten und Schliesssysteme genehmigt. Zur Frage, ob man dann allenfalls mit den Arbeiten des Krematoriums diese Frage noch einmal anschauen kann: Ich denke, das kann ich sicher sagen, dass dies eine Möglichkeit, aber selbstverständlich nur, indem man eben einem Postulat dies überweist und nicht als Motion.

Brigitte Kissling: Ich bin bereit, die Motion in ein Postulat umzuwandeln und bitte einfach darum, das Postulat nicht abzuschreiben, damit man dies dann wirklich im Zusammenhang mit der Sanierung des Krematoriums aufnimmt.

Beschluss

Mit 32 : 8 Stimmen wird das Postulat überwiesen.

Beschluss

Mit 32 : 9 Stimmen bei 1 Enthaltung wird das Postulat abgeschrieben.

Mitteilung an:

Mitglieder des Stadtrates (5)

Direktion Öffentliche Sicherheit/Herrn Franco Giori (4)

Publikumsdienste (1)

Direktion Bau/Herrn Adrian Balz/Herrn Samuel Köhli/Werkhof (3)

Finanzkontrolle

Finanzverwaltung

Geschäftskontrolle

Kanzleiakten

Verteilt am:

AUSZUG

aus dem Protokoll
des Gemeindeparlamentes
der Stadt Olten

vom 22. November 2007

Akten-Nr. 51/15

Prot.-Nr. 42

Interpellation Werner Good (SP) und Mitunterzeichnende betr. detailliertes Überprüfen der ökologischen und finanziellen Belastungen der Stadt Olten beim Coop-City-Event/Beantwortung

Am 25. Januar 2007 wurde von Werner Good (SP-Fraktion) und Mitunterzeichnende eine Interpellation mit folgendem Wortlaut eingereicht:

Der Stadtrat soll folgende Fragen zu den ökologischen Problemen beim Coop-City-Event beantworten sowie aufzeigen, welche Gesamtkosten für diesen Anlass der Stadt entstehen.

1. Wie hoch ist die zusätzliche Co2-Belastung, die durch diesen Event (erzeugt durch die Transporte bis zu den Autokolonnen auf der Hauptverkehrsachse) entsteht? Wie wird diese geprüft?
2. Werden zur Verhärtung des Schnees zusätzliche Chemikalien eingesetzt? Wenn ja, wie hoch ist die Vergiftung der Umwelt?
3. Woher stammt der Schnee und wie viele Lastwagenfahrten müssen dafür gemacht werden?
4. Im Budget 2007 (Konto 012.365.000) sind Fr. 30'000.— eingesetzt, welche die Stadt an diesen Event bezahlt. Wofür wird dieser Betrag verwendet? Wie hoch waren im 2006 die effektiven Kosten, die der Stadt entstanden sind?
5. Wie stellen sich die Oltner Ladenbesitzer/Innen in der Innenstadt zu diesem Event, da fast drei Tage lang einige Zufahrtsstrassen gesperrt sind (Abendverkauf in der Vorweihnachtszeit)? Sind allfällige Verkaufseinbussen bekannt, wenn ja, in welchem Rahmen bewegen sich diese?

Begründung

Der Stadtrat hat erkannt, dass dieser Anlass eine höhere CO2-Belastung bringt und nahm seine Verantwortung wahr, indem er in diesem Zusammenhang auf die Unterstützung eines Wind-Energie-Projektes in Madagaskar hinweist – sozusagen als „Kompensationsgeschäft“. Es ist doch wirklich sinnvoll, dass die Sportarten dort betrieben werden, wo sie auf natürliche Weise hingehören – z.B. in Wintersportorte.

Die Öffentlichkeit hat ein Recht, über die gesamte Belastung der Stadt Auskunft zu erhalten. Zudem habe ich sehr viel Kritik an der Durchführung dieses Events gehört.

- - - - -

Im Namen des Stadtrates beantwortet **Stadtrat Dr. Martin Wey** den Vorstoss wie folgt:

Frage 1:

Für den ersten Coop City Sprint wurde von myclimate eine CO2-Bilanz gerechnet. Diese weist die folgenden Emissionen aus: Der Anlass verursacht klimarelevante Emissionen von der Wirkung von total ca. 38.3 Tonnen CO2. Davon entfallen etwa 2.8 Tonnen auf die

Produktion, Transport und Präparation des Schnees und ca. 33 Tonnen auf die Mobilität der ZuschauerInnen und AthletInnen. Etwa 0.25 Tonnen werden durch Transport und Betrieb der Infrastruktur verursacht, und auf die Herstellung von Lebensmitteln und Papier sowie die Verbrennung des anfallenden Abfalls entfallen rund 2.2 Tonnen. Die Emissionen wurden aufgrund von Angaben und Schätzungen des Veranstalters (Anzahl Zuschauer, Teilnehmende, Modal Split, benötigte Schneemenge, Herstellungsorte etc) sowie aufgrund von Vergleichsdaten von Fahrzeugen und Maschinen berechnet. Die Klimabilanz und Berechnungsmethode kann bei der Umweltfachstelle bezogen werden.

Frage 2:

Der Citysprint verwendet Eisabrieb als Schnee-Ersatz. Eisabrieb entsteht bei der Eisreinigung von Kunsteisbahnen. Für Citysprints ist Eisabrieb aufgrund seiner Eigenschaften ideal: Da wenig oder praktisch keine Luft zwischen den Eiskristallen (im Unterschied zu Naturschnee und Kunstschnee) liegt, wird die Piste nach einer maschinellen Präparation sehr kompakt. Verbunden mit den kühleren Nachttemperaturen erhält die Piste die notwendige Konsistenz ohne chemische Zusätze. Die Kompaktheit des Eisabriebs macht ihn auch widerstandsfähig gegen Umwelteinflüsse wie Regen und Temperatur (in der Luft und vom Boden, z.B. bei einer Kanalisationsleitung).

Frage 3:

Der Schnee für den Citysprint in Olten stammt zu über 50% von der lokalen Kunsteisbahn in Olten. Die Restmengen werden von den Eisbahnen in Langenthal und Biel zugeführt. Als absolute Notmassnahme aufgrund der ausserordentlichen Temperaturen wurden beim letzten Sprint im Dezember 2006 erstmals in der 5-jährigen Geschichte der Citysprints, Naturschnee aus Adelboden zugeführt. Teil der Notmassnahme waren ebenfalls 5 Lastwagen mit Eisabrieb aus Zug. Für den Sprint im kommenden Winter, welcher erst im Januar 2008 stattfindet, sind die Voraussetzungen besser, um wiederum einen Grossteil des Eisabriebs lokal in Olten zu generieren. Gesamthaft sind 30-40 Lastwagenladungen (abhängig von der Grösse des LKWs) für einen Citysprint nötig.

Frage 4:

Die erwähnten Fr. 30'000.- stellen den Beitrag der Stadt Olten dar; die darüber hinausgehenden Kosten für den Anlass wurden durch den Veranstalter bezahlt. Die grössten Ausgabeposten waren: Fr. 12'194.60 für die Securitas, Fr. 10'775.— für die Dienste der Stadtpolizei, Fr. 10'534.— OK-Ausgaben und Fr. 4'680.— für die Dienstleistungen des Zivilschutzes. Die Stiftung myclimate The Climate Protection Partner wurde für ihre Tätigkeiten mit Fr. 1'424.— entschädigt.

Frage 5:

Laut Auskunft des Präsidenten von Gewerbe Olten sind die Meinungen betreffend Citysprint innerhalb des Gewerbes unterschiedlich; drei Viertel der Verbandsmitglieder stünden dem Event aber durchaus positiv gegenüber. Kritische Stimmen stellten Fragen nach dem Sinn eines solchen Events im Unterland und nach dem erforderlichen Aufwand; kritisiert werde teilweise auch der Zeitpunkt des Anlasses an einem Abendverkauf im Advent, wobei auch hier das zeitliche Zusammenfallen mit einem Abendverkauf und der Einfluss auf die Umsätze unterschiedlich beurteilt würden. Wenn punkto Datum wie geplant eine Verbesserung erzielt werden könnte, so der Tenor, stelle der Citysprint aber durchaus ein positives Ereignis auch für das Oltner Gewerbe dar.

Werner Good: Ich möchte zuerst eine Vorbemerkung machen. Obwohl ich die Interpellation eingereicht habe, bin ich keineswegs ein Gegner von Events in der Stadt. Im Gegenteil: Ich freue mich über alle belebenden Veranstaltungen. Auch wenn ich mitten in der Stadt wohne und manchmal auch in der Ruhe gestört werde, ist dies für mich kein Grund, gegen Events zu sein. Aber für mich heisst es: Jeder Event an seinem Ort. Ich bin froh, dass die Beantwortung so lange gedauert hat, weil es jetzt besser in die Zeit hinein passt und ich auch mit dem ganzen CO₂-Ausstoss der Medien ja orchestriert werde. Ich danke dem Stadtrat auch, dass er jemanden gefunden hat, der die Antwort geschrieben hat. Jetzt zur Antwort des Stadtrates: Wir müssen feststellen, dass sie neben dem Schnee der Eisbahnen von Olten, Langenthal und Biel im letzten Jahr auch Naturschnee aus Adelboden haben hierher fahren müssen. Also ist die Angelegenheit nicht so einfach, wie sie immer wieder auch mir gegenüber von Gemeinderätinnen gesagt worden ist. Auch wenn es nur drei Tonnen CO₂-Equivalent gewesen sind, meine ich doch, dass es eben so viele seien. Ich habe dann nachgeschaut, was eine solche Tonne von CO₂ eben auch bewirkt. Ein Baum absorbiert im Laufe seines Lebens gut eine Tonne Kohlendioxid. Was wäre das Stadtwappen ohne drei Tannen? Wenn auch der höchste CO₂-Ausstoss nicht durch den Transport von Schnee erzeugt würde, sondern durch den Individualverkehr, der bei jedem Event entsteht, müsste eben doch der zusätzliche CO₂-Ausstoss durch Transporte beim City-Event angeschaut werden. Die Frage ist für mich, ob das sein muss. Könnten wir nicht einen Beitrag zu weniger CO₂-Ausstoss leisten, wenn wir wie die Stadt Bern darauf verzichten würden? Jetzt noch ein zweites Problem, das ich dabei habe: Das Kompensationsgeschäft. Ich finde zwar die Unterstützung des Projektes Windenergie in Madagaskar gut. Ich könnte mir auch vorstellen, und wir haben es gestern und heute schon einige Male gehört, dass man auch in der Schweiz den CO₂-Ausstoss durch geeignete Projekte unterstützen könnte, die zwar etwas kosten, aber auch gezielt etwas bringen. Mich hat einfach gestört, und ich habe mir Gedanken gemacht, was dies bedeutet, dass man dieses Kompensationsgeschäft oder den Ablasshandel in einen Zusammenhang mit diesem Event bringt, und ich habe dort irgendwo ein schlechtes Gewissen des Stadtrates gespürt. Als Theologe weiss ich, wohin der Ablasshandel im Mittelalter hin geführt hat. Ich denke, wichtiger wäre, als sich einfach so ein bisschen frei zu kaufen, ein Umdenken im Gebrauch von CO₂-ausstossenden Fahrzeugen. Das kann geschehen, wenn die Stadt etwas bezahlt, das niemandem weht tut. Ich weiss es nicht. Nicht nur die Stadt muss sühnen, sondern jeder Einzelne. Das heisst für mich umdenken, und hier fragt sich, wie könnte ich und wir alle einen Beitrag dazu leisten? Der Physiker Thomas Stocker sagt im Beobachter: „Kompensation ist sinnvoll, um Zeit zu gewinnen und Entwicklungen anzustossen. Aber um die Emissionen wirklich zu reduzieren, braucht es mehr: Verbesserte Effizienz, weniger Verbrauch, sparsame Alternativen“. Ich meine, um diese Veränderungen kommt man nicht herum. Ich sage noch einmal: Die Stadt hat wenigstens etwas für die Kompensation getan. Ich denke, alle Autofahrerinnen und Autofahrer könnten heute klimaneutral mit einem freiwilligen Beitrag auch dies kompensieren. Der dritte Punkt: Die Antwort des Gewerbeverbandes erstaunt mich etwas. Ich habe von verschiedenen Geschäftsinhabern gehört, dass ihnen bei diesen zwei Tagen weggefallen ist und dies gerade in der Vorweihnachtszeit mit dem Abendverkauf. Ich denke, hier hat die Stadt etwas gelernt und verschiebt den Event vom Dezember ins Januar-Loch. Zum Schluss noch eine persönliche Erfahrung. Wegen dieses Event haben sehr viele Autos an der Frobürgstrasse und anderen Einfallsstrassen und –achsen lange stehen müssen, länger als gewöhnlich, mit laufendem Motor. Auch dies hat zusätzlichen CO₂ hervor gebracht, der im Bericht nicht eingerechnet ist. Aber es hat noch etwas anderes hervor gebracht: Es hat bei den wartenden Autofahrerinnen und Autofahrern auch angestaute Aggressionen gebracht, und ich habe dies auch zweimal gespürt bei Fussgängerstreifen, die ich habe überqueren wollen, dass ich fast überfahren wurde. Das ist so ein Nebenprodukt des Ganzen. Jetzt der Schlusssatz: Der Bericht und die zitierte Antwort des Stadtrates geben einige Antworten auf meine Fragen, werfen aber auch noch Fragen auf. Die Frage bleibt: Was tun wir als Gemeinschaft und jeder Einzelne für den Klimaschutz? Vielleicht löst diese Diskussion an einem kleinen Ort ein Umdenken aus. Dann hat es sich gelohnt, darüber auch einmal nachzudenken.

Theo Schöni: Ich muss es leider sagen, auch wenn ich Mitglied des Skiklubs Olten bin oder vielleicht gerade aus diesem Grund: Aus ökologischer Sicht ist dieser Anlass kurz und bündig ein Unsinn. Um diese Aussage zu rechtfertigen, braucht man nicht einmal eine CO2-Bilanz zu machen.

Stefan Nünlist: Wir haben eigentlich nichts sagen wollen. Ich muss jetzt trotzdem etwas sagen, so etwas eine Entgegnung zum Wort zum Sonntag von Dir. Ich finde auch, dass man mit Energie und Ressourcen sehr, sehr sorgfältig umgehen muss. Ich glaube, hier sind wir alle einverstanden. Ich finde es aber jetzt etwas falsch, wenn man einen Anlass herausnimmt, einfach, weil er ein wenig etwas Besonderes ist. Dieser Anlass hat ehrlich gesagt eine hervorragende Energiebilanz. Das ist der Anlass, bei dem man sich, als man ihn eingeführt hat, zum Vornherein genau überlegt hat, was es energietechnisch heisst. Dieser Anlass braucht um einen Faktor x weniger Energie als wenn man diese Sportart zum Beispiel in Davos ausüben würde - das ist das Wahnsinnige - oder an einem Lauberhornrennen. Einfach weil der grosse Energieanteil - Ihr seht es auch hier - respektive der grosse Ausstossanteil das ist die Reise der Zuschauer, die gehen. Die Anreise der Besucher ist praktisch um einen Faktor 10 höher. Das ist der Ausstoss und nicht der eigentliche Anlass. Ich meine, wenn man diese Haltung hat, dass man sagt, Anlässe sind grundsätzlich schlecht, hätten wir gestern gegen das Public Viewing der Euro 08, das wir hier in Olten machen, stimmen müssen. Wenn wir dort die Energie und den CO2-Ausstoss messen würden, wären sie wahrscheinlich viel, viel grösser als dies. Wir haben vorher über die Beheizung des Schwimmbads gesprochen. Wir heizen während des ganzen Sommers unser Schwimmbad. Dort haben wir uns diese Frage auch nicht gestellt. Ich finde es etwas unfair, diese Frage hier zu stellen, weil ich finde, es ist ein guter Anlass, es ist etwas Neues, es bringt eine Nationalsportart, nämlich Ski, in die Städte, dort, wo die Jungen auch sind, es animiert die jungen Leute, Sport zu machen. Ich finde, die Stadt macht es mit den Organisatoren hervorragend, indem man auch versucht, die Bevölkerung einzubeziehen. Von daher möchte ich eigentlich den Organisatoren und auch der Stadt danken, dass Ihr den Anlass möglich macht. Ich finde es auch super, dass er jetzt in den Januar verschoben wird, weil er im Dezember schlichtweg falsch gewesen ist. Ich möchte etwas einen Kontrapunkt zu Euren beiden, doch ein klein wenig pessimistischen Aussagen, die Ihr gemacht habt, setzen. Ich bin übrigens auch ein Baumfan und freue mich an jedem Baum, der in dieser Stadt steht.

Felix Wettstein: Ich habe einen Kontra-Kontrapunkt. Mit der Argumentation von Stefan Nünlist müssen wir vom 110 Meter hohen Hochhaus die Lauberhornstrecke bis an die Aare hinunter einrichten. Nachher geht alles schön auf.

Parlamentspräsidentin Iris Schelbert: Ich frage den Interpellanten, ob er mit der Antwort des Stadtrates zufrieden ist.

Werner Good: Ja, ja.

Parlamentspräsidentin Iris Schelbert: Auch Wasserskifahren macht Spass.

Dr. Arnold Uebelhart: Ich hätte noch eine Frage zu unseren eigenen Ressourcen und Energien. Gestern ist es halb zwölf Uhr geworden. Nach unserem Sitzungsreglement „sollte eine Sitzung in der Regel drei Stunden“. Wie lange dauert es heute Abend? Ich muss einfach wissen, wieviel Kaffee ich trinken muss.

Parlamentspräsidentin Iris Schelbert: Ich möchte ganz sicher noch bis 4.9 weiter fahren, weil es die beiden Geschäfte sind, die wir wirklich vom Termin her noch durchziehen müssten. Die Deadline ist um 22 Uhr. Dann möchte ich auch keine Ordnungsanträge mehr.

Mitteilung an:
Mitglieder des Stadtrates (5)
Direktion Bildung und Sport/Herrn Roland Giger
Finanzverwaltung
Umweltfachstelle
Geschäftskontrolle
Kanzleiakten

Verteilt am:

AUSZUG

aus dem Protokoll
des Gemeindeparlamentes
der Stadt Olten

vom 22. November 2007

Akten-Nr. 3/13

Prot.-Nr. 43

Postulat Caroline Wernli Amoser (SP) und Mitunterzeichnende betr. Schaffung eines Badesees im Areal Olten Südwest/Beantwortung

Am 24. Mai 2007 wurde von Caroline Wernli Amoser (SP) und Mitunterzeichnende ein Postulat mit folgendem Wortlaut eingereicht:

„Der Stadtrat wird beauftragt zu prüfen, ob im Areal Olten Südwest ein Badensee geschaffen werden kann.

Kurzbegründung:

Wie wir alle wissen, besteht im Areal Olten SW zurzeit ein Stillstand, nachdem die Eigentümerin Holcim AG auf die Auflage der in den letzten drei Jahren erarbeiteten Nutzungsplanung verzichtet.

Immer wieder werde ich von verschiedensten Seiten aus der Bevölkerung darauf angesprochen, dass in diesem Areal ein Badensee und damit ein Naherholungsgebiet für die Oltnrer Bevölkerung geschaffen werden sollte. Mir ist bewusst, dass diese Idee auch schon als April Scherz in der Mittelland Zeitung aufgeführt worden ist. Liest man die Zeitung aufmerksam, erfährt man aber auch, dass, wenn auch kein Badensee, so doch ein See zur Attraktivitätssteigerung in einer Nachbargemeinde offenbar vor der Umsetzung steht. In diesem Sinn bitte ich den Stadtrat zu prüfen, ob ein See auf diesem Areal geschaffen werden kann. Ich denke dabei nicht an einen Baggersee, da dieser aufgrund der gesetzlichen Vorlagen bezüglich Grundwasser in der Schweiz nicht erlaubt ist.

Bei einem Kunstbadensee könnte eine natürliche Abdichtung mit Lehmanereichertem Bodematerial erfolgen. Ebenso ist eine Nachspeisung durch Grundwasser, selbstverständlich mit entsprechender Bewilligung, nicht unüblich, weil das Wasser direkt dem Grundwasser wieder zugeführt werden kann.

Allfällige Abklärungen betreffend Zwischennutzung müssten selbstverständlich miteinander abgeglichen werden.

Eine eventuell notwendige Betreuung (Abfall, Einhaltung von Ordnungsprinzipien) könnte zumindest während der Badesaison durch einen Kioskwart vorgenommen werden.

Sollte später im Areal Olten SW doch noch gebaut werden, kann dieser See auch wieder aufgehoben werden, so dass diesbezüglich kein Präjudiz geschaffen würde.“

- - - - -

Stadtpräsident Ernst Zingg beantwortet das Postulat im Namen des Stadtrates wie folgt:

Im Dezember 2006 hat die AG Hunziker dem Stadtrat mitgeteilt, dass sie den Gestaltungsplan Olten SüdWest nicht wie ursprünglich vorgesehen im Mai 2007 zur Auflage bringen werde. Ihre Begründung lag darin, dass sie den Gestaltungsplan nochmals eingehend auf seine Marktfähigkeit bzw. Realisierbarkeit überprüfen wolle. Seit dem Septem-

ber/Okttober 2007 wird nun im Rahmen einer kooperativen Planung (mit Vertreter/-innen der AG Hunziker, des Siegerteams des damaligen Wettbewerbes, der Karl Steiner AG, Immobilien-Entwicklung, des Bau- und Justizdepartements sowie der Stadt Olten) der Gestaltungsplan Olten SüdWest inklusive Sonderbauvorschriften überarbeitet. Der Gestaltungsplan Olten SüdWest mit Sonderbauvorschriften soll im Jahre 2008 öffentlich aufgelegt und vom Regierungsrat genehmigt werden. Es kann somit keineswegs von einem Stillstand in der Planung Olten SüdWest gesprochen werden.

Nach Auffassung der Verantwortlichen der AG Hunziker und des Stadtrates verträgt sich die Errichtung eines Badesees nicht mit der vorgesehenen städtebaulichen und nutzungsmässigen Entwicklung von Olten SüdWest. Ein Badensee im Sinne einer Zwischennutzung ist schon rein aus Kostengründen nicht zu verantworten. In diesem Zusammenhang ist zu erwähnen, dass Mitte 2008 mit dem Bau der Entlastung Region Olten (ERO) begonnen wird. Während der Bauzeit der ERO von 2008 bis 2012 sind umfangreiche Zwischendeponien und ein grösserer Materialumschlag auf dem Areal Olten SüdWest geplant. Die Hauptdeponien liegen im westlichen Bereich. Im östlichen Teil sind mehrere Transportpisten vorgesehen.

Im Weiteren ist im rechtsgültigen Gestaltungsplan für die Endgestaltung Olten SüdWest für die am nordwestlichen Teil des Geländes gelegenen Flächen ein beruhigter Bereich (Schutzzone) und für die am südwestlichen Teil des Geländes gelegenen Flächen ein Deponiebereich festgelegt. Somit stehen auch diese Arealbereiche für die Errichtung eines Badesees nicht zur Verfügung.

Die Vertreter der AG Hunziker als Grundeigentümerin von Olten SüdWest kommen zum Schluss, dass das Gelände Olten SüdWest weder vorübergehend noch im Endzustand für die Errichtung eines Badesees zur Verfügung steht. Ein solches Vorhaben steht sowohl als Zwischennutzung als auch als Definitivum nicht zur Diskussion, da mit dem Gestaltungsplan Olten SüdWest andere Stadtentwicklungsziele verfolgt werden.

Aufgrund dieser Darlegungen empfiehlt der Stadtrat dem Gemeindeparlament, das Postulat abzuweisen.

- - - - -

Caroline Wernli Amoser: Wir haben heute gehört, bei den einen ist das Ziel, dass Olten die schönste Stadt der Schweiz wird. Ich denke, träumen ist erlaubt. Ich finde das super. Wir oder zumindest ich habe jetzt sechs Monate lang träumen und mir vorstellen können, wie es wäre, wenn diese Idee umgesetzt werden könnte. Die Idee, die letztlich nicht von mir ist. Sie ist vor einiger Zeit auch schon einmal in der Zeitung gekommen. Ich habe die Antwort natürlich gelesen und habe zur Kenntnis nehmen müssen, dass unter anderem aufgrund der Eigentumsverhältnisse dies zur heutigen Zeit nicht möglich sein wird, weil die Eigentümer offenbar nicht daran interessiert sind, so etwas mindestens einmal vertieft zu prüfen und zu schauen, ob es allenfalls umgesetzt werden könnte, auch in Bezug auf die Zwischennutzung. Über allfällige Kosten wissen wir ja jetzt hier noch nichts. Trotzdem: Wie ich gesagt habe, ist träumen erlaubt. In diesem Sinne denke ich nach wie vor, es wäre eine riesige Attraktivitätssteigerung, wenn so etwas in irgend einer Form möglich gewesen wäre. Aufgrund der Eigentumsverhältnisse scheint es nicht der Fall zu sein. Ich möchte aber trotzdem beliebt machen, das Postulat nicht einfach abzulehnen, sondern zumindest zu überweisen und dann aufgrund dessen, was ich gesagt, halt dann abzuschreiben.

Felix Wettstein: Ich träume gerne weiter. Winterthur und Olten haben Gemeinsamkeiten. Beide haben noch keinen See. Ich denke wirklich, wenn wir einen See hätten, wäre unsere Kleinstadt, welche ja die Drehscheibe der Schweiz ist, definitiv die Stadt mit der höchsten

Lebensqualität. Das Aarebistro würden wir dann gleich noch an das Ufer dieses neuen Sees verlegen. Unsere Fraktion ist dafür, dass das Postulat überwiesen wird. Wir hätten es nicht einmal abgeschrieben, sondern stehen lassen, aber angeregt, dass bei der konkreten Umsetzung das Anliegen etwas breiter soll interpretiert werden dürfen. Im Zentrum steht ja die Zugänglichkeit des Areals und die Möglichkeit für die Bevölkerung, das Gelände zu nutzen. Wir sind sicher, dass während den Bauarbeiten der ERO bei weitem nicht die ganze Fläche als Abstellplatz und als Zwischendeponie benötigt wird. Wir haben jetzt gehört, dass der Gestaltungsplan für den vorderen Teil des grossen Areals Olten SüdWest demnächst spruchreif sein soll. Das ist gut so. Aber es bleibt immer noch ein grosser Raum für sinnvolle Zwischennutzungen, bis dann, was ja möglicherweise erst Jahrzehnte später erst reif wird, der Rest auch noch überbaut werden kann. Ein solcher Badeteich, Badesee wäre eine sinnvolle Möglichkeit. Eine andere haben wir gestern mit einem Budgetantrag beliebt machen wollen, nämlich die Einrichtung von Familien- und Freizeitgärten. Wir wissen, dass es aus formalen Gründen nicht möglich gewesen ist, gestern daraus einen Antrag zu machen. Wir möchten noch etwas anmerken: Wenn man die Antwort auf dieses Postulat durchliest, bekommt man etwas das Gefühl, der Stadtrat versteckt sich hinter dem Rücken der AG Hunziker. Deren Vertreter diktieren offenbar nicht nur den Zeitplan, sondern auch die Inhalte. Wir erwarten, dass unsere Regierung eigene Vorstellungen entwickelt und beim Gestaltungsplan die Führungsrolle übernimmt.

Christian Wüthrich: Ich möchte nicht für die FdP sprechen. Aber ich habe eine grundlegende Frage. Ich bin an ein paar Begehungen dort oben gewesen, und ich vermisste eigentlich auch etwas die Antwort von Regina Flury. Deshalb erstaunt es mich jetzt, wie offen Ihr für einen Badesee seid, der Publikum anzieht, wenn man schon sehr, sehr viel Geld für den ganzen Rückbau der Natur und des Schongebietes ausgegeben hat. Irgendwo wäre es natürlich interessant, ob dies dort unten überhaupt Platz hat für das, was es nachher über die Jahre geben soll. Hier steht nichts von der Umweltfachstelle.

Thomas Frey: Ich möchte nur noch kurz entgegen. Der Stadtrat versteckt sich nicht hinter den Eigentümern des Areals Olten SüdWest. Ich bin der Meinung, dass sie auch sagen dürfen, was dort gehen soll und was nicht. Es gehört ihnen schliesslich. Ich finde es nicht ganz in Ordnung, wenn Du sagst, man verstecke sich hinter der Eigentümerschaft.

Stadträtin Silvia Forster: Ich möchte etwas zum Gestaltungsplan sagen. Der Stadtrat geht nach wie vor davon aus, dass der Gestaltungsplan auf das Resultat des durchgeführten Wettbewerbs aufgebaut wird. Der Stadtrat hat sehr wohl seine Führungsaufgabe wahrgenommen, indem wir nämlich diesen Wettbewerb haben erreichen können und dieses Ergebnis und eben nicht eine Event-Halle oder ein Delfinarium oder welche verschiedenen Ideen hier noch vorhanden gewesen sind oder ein grosses Einkaufszentrum oder was auch immer, das für die Stadt Olten wenig Ertrag im Sinne von Steuersubstrat und viel Verkehr gebracht hätte. Von daher haben wir uns sehr wohl eingesetzt. Wenn die Grundeigentümer ihre Versprechungen tatsächlich nicht einlösen würden und abkehren möchten, werden wir sehr wohl wieder die Zähne zeigen. Wir haben sie in diesem Jahr bereits einmal sehr deutlich gezeigt. Das gestern Abend von mir ist noch heilig gewesen, wie es an der anderen Sitzung gegangen ist. Einfach soviel zum Gestaltungsplan. Jetzt noch zur Frage: Sie finden bei der Beantwortung auf der hinteren Seite im dritten Abschnitt ein kleines Kapitel, das schon etwas darauf hinweist, Christian Wüthrich, dass es relativ problematisch ist dies zu verbinden.

Stephan Hodonou: Die CVP/EVP-Fraktion hat durchaus Sympathien für den Badesee auf dem Areal Olten SüdWest. Wir können uns dies gut vorstellen. Ein Badesee würde im Sommer eine wunderbare Atmosphäre für lauschige Stunden mit Familie und Freunden schaffen, wo man sich gut erholen könnte. Auch Visionen und Träume sind uns nicht unbekannt. Gerade auch in unserer Fraktion haben wir uns gut für eine Sportarena auf dem Areal Olten SüdWest erwärmen können. Das ist auch so ein Traum, eine Vision gewesen. Die Realität ist, dass Visionen sehr wichtig sind für den Antrieb von Menschen, aber dass die Umsetzung

genau so wichtig ist. Dort zeigt es sich, dass es relativ schwierig ist. Aber das hat sich schon mit der Sportarena in Olten SüdWest gezeigt. Es ist offensichtlich schwierig, mit einem unpersönlichen Weltkonzern reden zu wollen und für Visionen zu werben. Das ist wie wenn eine Mücke und ein Elefant ein Gespräch suchen. Die Besitzerin ist nun halt einmal die Holcim. Das ist eine Tatsache, die „keine Geiss weg schleckt“. Sie will laut Ausführungen, und es steht so auf der Homepage, auch noch heute, im nächsten Jahr zu bauen anfangen. Damit droht auch die Idee des Badesees ins Wasser zu fallen. Von daher ist wahrscheinlich nichts, und wir von der CVP/EVP-Fraktion werden das Postulat im Sinne des Stadtrates abweisen.

Stadtpräsident Ernst Zingg: Die Idee des Badesees würde allen uns gefallen, um dies fast etwas in Versform zu sagen. Ich spreche hier als Schwimmer. Das ist klar. Auch mir, Caroline Wernli, unbestritten. Es hat im Projekt POP, das Mario Clematide heute angerissen hat, einmal sogar eine Zeichnung von Mitarbeitenden in diesem Projekt gegeben, die einen wunderschönen Badensee gezeichnet haben, weit vor dieser Projektierung hier. Aber jetzt geht es einfach um die Tatsachen, meine Damen und Herren. Einfach um Deine sehr schönen Aussagen etwas zu relativieren, Stephan: Eines der wichtigsten Rechte in der Schweiz ist das Eigentumsrecht. Irgendwo hört das Ganze auf, dass irgend jemand, auch die öffentliche Hand, irgend einem Privaten dreinredet. Es ist ganz etwas anderes, wenn es darum geht, dass ein Gelände, wo drei Parteien, wie es Kollegin Silvia Forster gesagt hat, beteiligt sind, nämlich die Hunziker AG als Teil des Holcim-Konzerns - das ist nicht ganz unwichtig. Es steht auch in der Antwort. Der Holcim-Konzern hat sich hier am Schluss auch in das Verfahren eingemischt – die Stadt Olten selber, welche die Planungsbehörde ist, und der Kanton, der das ganze Gebiet als eines der wichtigsten, wenn nicht das wichtigste Entwicklungsgebiet in dieser Dimension bezeichnet hat und auch im Boot sitzt, im Erschliessungsbereich, im Gestaltungsplanbereich, im Zonenbereich und und und... Wie es Frau Forster gesagt hat, werden wir unsere Kräfte natürlich schon am richtigen Ort einsetzen, was bis jetzt auch gemacht worden ist, und ich kann es bestätigen. Wenn es um emotionale Ausbrüche bin: Ich bin jeweils dabei gewesen. Silvia Forster hat dort zu Recht, absolut zu Recht eine klare Meinung geäußert hat. Das ist die Ausgangslage. Wir haben hier einen Wettbewerb, und hier sind einige hunderttausend, wenn nicht Millionen Franken ausgegeben worden, nicht zuletzt auch, Christian Wüthrich, für den ökologischen Ausgleich, der stattgefunden hat. Die Unternehmung hat mit Regina Flury zusammen, den Ornithologen, den Leuten, die etwas von Pflanzenkunde, verstehen, schon mehrmals zu Exkursionen eingeladen, wo man dieses Gebiet hätte anschauen können, genau dort, wo dieser Badensee stattfinden sollte. Er muss ja fast dort stattfinden. Dort sind x hunderttausend Franken in das Ganze investiert worden, bewusst gesteuert, auch abgesegnet von Ökologen der höchsten Kompetenz. Auch darauf muss man Rücksicht nehmen. Eben: Der Badensee würde uns allen gefallen.

Beschluss

Mit 22 : 18 Stimmen bei 3 Enthaltungen wird das Postulat abgelehnt.

Mitteilung an:
Mitglieder des Stadtrates (5)
Direktion Stadtpräsidium/Herrn Markus Dietler
Baudirektion/Herrn Adrian Balz
Stabsstelle Planung/Herrn Pietro Prina
Geschäftskontrolle
Kanzleiakten

Verteilt am:

AUSZUG

aus dem Protokoll
des Gemeindeparlamentes
der Stadt Olten

vom 22. November 2007

Akten-Nr. 29/7

Prot.-Nr. 44

Postulat Iris Schelbert-Widmer (GO/JA) und Mitunterzeichnende betr. «Tageslicht im Parlamentssaal»/Beantwortung

Am 24. Mai 2007 wurde im Gemeindeparlament von Iris Schelbert-Widmer und Mitunterzeichnende der Fraktion Grüne / Junge Alternative ein Postulat mit folgendem Wortlaut eingereicht:

«Tageslicht im Parlamentssaal

Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, ob, wie und mit welchem finanziellen Aufwand Fenster in den Gemeindeparlamentssaal eingebaut werden können.

Begründung:

Olten hat einen schönen Parlamentssaal, dem leider das Tageslicht fehlt. Dies wird von all denen, die sich darin aufhalten und darin arbeiten müssen, besonders in den Jahreszeiten Frühling bis Herbst bedauert.

Durch das fehlende Tageslicht wird die Atmosphäre des Saals vor allem in der wärmeren Jahreszeit als wenig erbauend empfunden und lange Sitzungen sind nicht nur wegen der Komplexität der Geschäfte oft mühsam. Dazu kommt, dass auch die Beleuchtung nicht viel zum guten Klima beiträgt.

Fenster, und wenn sie auf Grund der Architektur nur weit oben möglich wären, würden dem Saal und dem Arbeitsklima darin gut tun.»

- - - - -

Stadträtin Silvia Forster beantwortet das Postulat im Namen des Stadtrates wie folgt:

Der Ratsaal wurde von den damaligen Verfassern W. Frey & A. Egger Architekten, bewusst symmetrisch mit einem trapezförmigen Grundriss, welcher eine günstige halbkreisförmige Sitzanordnung gestattet, gestaltet. Eine nach hinten ansteigende, heruntergehängte Holzdecke von akustisch günstiger Formgebung, schliesst den Raum nach oben ab. Folgerichtig befindet sich denn auch die Projektionskabine (für Beamer etc.) an der Rückseite des Raumes. Auf natürliche Tageslichtöffnungen wurde dabei bewusst verzichtet.

Der Stadtrat teilt die Meinung der Postulantin, dass Tageslicht zur Verbesserung des Arbeitsklimas beiträgt. Wie jeder Sitzungs- resp. Seminarteilnehmer aus eigener Erfahrung weiss, gibt es jedoch noch diverse andere Punkte, die zu einem schlechten Arbeits- resp. Tagungsklima beitragen können. Dies sind insbesondere folgende (nicht abschliessend!):

- «Akustische» (Klimaanlage, Akustikanlage, Medientechnik, Knarren des Bodens, Geräusche von innen und aussen)
- «Optische» (Lichtqualität, Blendungen, Flimmern der Leuchtstoffröhren, mangelnde Projektionstechnik)
- «Ergonomische» (unbequeme Stühle, fehlende Armlehnen, ungesunde Sitzhaltung)
- «Architektonische» (unzweckmässiger Materialeinsatz, zu niedrige Raumhöhen, unharmonischer Raum, Fenster an den falschen Stellen)

Auf die Fenster wird hier im Sinne der Postulantin etwas vertiefter eingegangen:

Tageslicht gelingt durch Tageslichtöffnungen wie Fenster und Oberlichter in Innenräume. Fenster haben zwei Hauptaufgaben. Sie ermöglichen einen Sichtkontakt zwischen Innen- und Aussenraum und erzeugen bei Tage angenehmes Helligkeitsniveau im Innenraum. Für beide Zwecke müssen Fenster genügend gross sein.

Oberlichter dienen der natürlichen und gleichmässigen Beleuchtung von Innenräumen. Für diesen Zweck müssen Oberlichter genügend gross und gleichmässig in der Dachfläche verteilt sein.

Auf Grund der vorgegebenen Architektur ist der Einbau von neuen Fenster im Ratsaal nur in der ostseitigen Wand (im Rücken der SP-Fraktion) möglich und sinnvoll. Eine symmetrische Anordnung von Fenstern in den beiden Seitenwänden ist nicht realisierbar.

Die Fenster in der ostseitigen Wand würden nur einen Sichtkontakt zwischen Ratsaal und Innenhof (Richtung Lift!) ermöglichen. Auf Grund der Lage würden diese Fenster nur bei Tage und schönem Wetter ein angenehmes Helligkeitsniveau im Ratsaal erzeugen. Da der Ratsaal mehrheitlich am Abend sowie im Winterhalbjahr benutzt wird, kann mit den vorgenannten Fenstern keine ausreichende Helligkeit im Ratsaal durch Tageslicht erzeugt werden und das künstliche Beleuchtungssystem muss bei Benutzung auf jeden Fall eingeschaltet werden.

Bei den Renovationsarbeiten des Ratsaals im Jahre 2006 (Gesamtkosten ca. Fr. 390'000.00) wurde auch die Lüftung saniert. Damit ist ein Fenstereinbau für die Funktion «Lüftung» nicht notwendig.

Gestützt auf die geschilderten Erwägungen sind die Kosten für einen Fenstereinbau mit einem geringen Effekt unverhältnismässig, (geschätzt 50'000.— bis 70'000.— Franken).

Auf Grund der Gesamtinteressenabwägung empfiehlt der Stadtrat dem Gemeindeparlament, das Postulat abzuweisen.

- - - - -

Parlamentspräsidentin Iris Schelbert: Ich darf meinem Vertreter Jonas Hertner das Wort geben.

Jonas Hertner: Das mache ich sehr gerne. Merci vielmals. Von Zeit zu Zeit müssen wir über ein Geschäft beschliessen, nicht Olten oder die Bevölkerung von Olten betrifft, sondern in erster Linie wahrscheinlich uns und noch andere Leute, die hier Veranstaltungen abhalten. Dazu kommen wir jetzt. Wir haben neue Stühle, brauchbare Tische, eine Mikrofonanlage, die jetzt wieder recht wunderbar funktioniert. Wir haben eine etwas veraltete Beleuchtung, aber man kann hier ohne jeden Zweifel arbeiten. Aber manchmal, so bei diesen harten

Auseinandersetzungen, wenn Ihr vielleicht an die letzte Sitzung denken, und bei schwierigen Diskussionen während überlangen Sitzungen, fünfeinhalb Stunden, sehnt man sich doch nach einem Stückchen Himmel, nach einem Ausblick auf die Wolken oder dem Blinken eines Flugzeuges oder lieber eines Sterns. Man muss alle Fraktionen hier ansprechen. Aber was haben sich die Architekten - ich glaube es sind Frey und Egger gewesen - gedacht, als sie einen solchen Ratsaal ohne Fenster gemacht haben. Wir haben uns an die Schildbürger erinnert - Ihr kennt wahrscheinlich diese Geschichte auch - die ein dreieckiges Rathaus gebaut haben, fast wie hier, ohne Fenster. Wir denken, dass die Lösung, die der Stadtrat beschrieben hat, mit einem Ost- und einem Westfenster gut ist, sicher besser als ganz ohne Fenster. Nicht einmal für das Tageslicht, nicht für die Belüftung in erster Linie, sondern ausschliesslich für unser besseres Gefühl. Wenn man die Kostenseite dieses Geschäfts anschaut und dabei den angegebenen Mittelwert von Fr. 60'000.— nimmt, kostet es uns dies pro Jahr und Person im Rat inklusive Stadtrat, Protokollführerin, Stadtschreiber und drei Gäste - jetzt ist es nur noch eine Person, vorher sind es noch drei Personen gewesen - oder Medienvertreter die Fr. 60'000.—. Jetzt die angekündigte Rechnung: Fr. 60'000.— durch 60 Personen gibt noch Fr. 1'000.— durch acht Sitzungen pro Jahr Fr. 125.— durch vier Jahre Legislatur gibt noch Fr. 31.25. Liebe Kolleginnen und Kollegen, Fr. 31.25 pro Person und Sitzung pro Legislatur, also rund Fr. 10.— pro Stunde und dies alles ohne alle anderen Anlässe, die in diesem Saal sonst noch stattfinden. Soviel könnte uns unser Wohlbefinden während der Ratsarbeit eigentlich wert sein. Es ist nicht so, dass unsere Fraktion sich nach Fensterplätzen sehnt, aber so etwas Ausblick und Weitsicht würde allen gut tun. In diesem Sinne bitte ich Euch, das Geschäft zu unterstützen, und danke allen.

Antonia Hagmann: Iris, mit diesem Postulat habe ich schon etwas Mühe. Bevor dieser Parlamentssaal eine sanfte Renovation erhalten hat, sind nämlich wir zwei mit ein paar anderen Personen - aus welchem Grund weiss ich nicht mehr, ist ja aber auch egal - in diesem Saal gewesen und haben uns auf die bevorstehende Renovation gefreut. Unter anderem haben wir noch die fehlenden Fenster angesprochen, die uns ja eigentlich schon auch gefallen würden, und dem Tageslicht ist niemand abgeneigt. Wir haben gefragt, ob dies nicht möglich sei. Es ist uns dort schon erklärt worden, dass es sehr schwierig und auch teuer würde, wenn man Fenster einbauen wollte und dort, wo es eventuell ginge, gar nicht viel bringen würde. Deshalb kann ich Dein Postulat überhaupt nicht verstehen, denn die Antwort hast Du ja schon gekannt, und sie ist auch nachvollziehbar. Ich glaube, es wäre wichtiger, wenn zum Beispiel die Lüftung richtig funktionieren würde. Auch dies würde zu unserem Arbeitsklima beitragen. Ich denke, für solche Anliegen müssten wir nicht die Stadtverwaltung mit parlamentarischen Vorstössen beschäftigen. Die CVP/EVP-Fraktion wird das Postulat im Sinne des Stadtrates abweisen.

Rolf Braun: Auch wir würden natürlich grundsätzlich wie sicher alle hier Tageslicht begrüssen. Das entspricht sicher unserer Natur. Aber trotzdem müssen wir als Fraktion der SP das Postulat aus folgenden Überlegungen grossmehrheitlich ablehnen: Erstens scheint uns die technische Machbarkeit, verbunden mit den relativ grossen Kosten, die es auslösen würde, in keinem Verhältnis zum erzielbaren Effekt zu sein. Dort, wo man ja die Fenster vor allem möchte, wo man ebenaussieht, sind gar keine Fenster möglich. Ob man zum Beispiel Dachfenster einbauen könnte, das ist wahrscheinlich wegen der Statik ziemlich ein Problem und würde gerade noch einmal viel teurer. Wir denken, das ist ein Wunschdenken, das sicher legitim ist, aber einfach nicht realisierbar ist, weil die Verhältnismässigkeit von den Kosten her einfach nicht gegeben ist. Auch von der Architektur her ist dieser Raum symmetrisch geplant und hergestellt worden. Er soll irgend etwas ausdrücken. Ich denke, man kann aus ästhetischen Gründen nicht irgendwo noch einseitig ein Fenster einbauen, das dann vielleicht zuoberst ist, wo man gar nicht hinaus sieht. Zum anderen ist richtigerweise festgestellt worden, dass hier ich sage einmal 90 oder zumindest 80 % der Anlässe nachts bei Dunkelheit stattfinden, und damit bringt ein Fenster nicht unbedingt den

erwünschten Effekt. Aus diesen Gründen denken wir, dass die Verhältnismässigkeit einfach nicht gegeben. Deshalb lehnen wir von der SP-Fraktion den Vorstoss grossmehrheitlich ab.

André Köstli: Das Postulat „Tageslicht im Parlamentsaal“ hat mich schon etwas zum Schmunzeln gebracht. Dass die Atmosphäre und Beleuchtung nicht viel zu einem guten Arbeitsklima hier beitragen sollen, ist nach meiner Meinung nicht ganz richtig. Das Ganze fängt doch schon auf der Strasse an. Die Atmosphäre und das Arbeitsklima könnten mit ganz einfachen Mitteln hergestellt werden. Wenn man zum Beispiel nur draussen „hallo“ oder ein „Grüezi“ zu einem sagt, der von einer „bösen“ Partei kommt. Das wäre doch schon ein grosser Beitrag dazu. Weg schauen und so tun, als wisse man von nichts, ich glaube, das passt zu keinem guten Politiker von uns, egal von welcher Partei er oder sie auch immer kommt. Aber ich glaube, das ist ein ganz anderes Thema. Zurück zum Postulat: Nun, Frau Silvia Forster hat das Postulat wirklich gut beantwortet. Dankeschön. Dass auf natürliche Tageslichtöffnungen bewusst verzichtet worden ist, ist anhand der Bauweise sowie dann von der ausführlichen Beantwortung von der Stadträtin ja nachzulesen. Akustische Lärmbelästigungen wird es immer geben, ausser wir ziehen in ein Tonstudio um. Optische Lichtverhältnisse sind meines Wissens gemacht worden, denn unsere Leuchtstoffröhren haben sicher neue elektronische Vorschaugeräte eingebaut. Ergonomisch kann man natürlich auch immer etwas machen. Aber vergesst doch bitte nicht: Sind wir hier zum Arbeiten oder zum Ausruhen? Über Architektonisches hätte man sich auch vor dem Bau überlegen sollen. Jetzt nützt alles Wenn und Aber nichts mehr oder aber auch nicht mehr viel. Jetzt wieder zurück zum Thema Fenster: Tageslichtöffnungen bringen an und für sich schon etwas. Aber um eine ausreichende Helligkeit im Saal zu erreichen, müssten wir das Licht ja eh einschalten. Da ja hier unsere Sitzungen mehrheitlich am Abend stattfinden – wieviel tagsüber passiert, kann ich jetzt hier nicht sagen – macht es eigentlich sowieso überhaupt keinen Sinn, Fenster einzubauen. Schliesslich will keiner von uns, dass es plötzlich heisst: Was ist das für ein Politiker? Der weiss ja von nichts. Hat er allenfalls einen Fensterplatz im Parlamentsaal? Ich glaube, solche Sprüche kennt jeder von uns noch von der Schule her. Deshalb machen wir von der SVP-Fraktion beliebt, gleich wie der Stadtrat, das ganze Postulat abzuweisen. Danke für die Aufmerksamkeit.

Caroline Wernli Amoser: Nur noch eine kurze Antwort auf André Köstli: In Bezug auf das Grüssen oder Nichtgrüssen fühle ich mich jetzt nicht betroffen. Ich habe eigentlich den Eindruck, ich grüsse jeweils. Sonst entschuldige ich mich. Dann wäre es nicht absichtlich. Aber in Bezug auf eine positive Atmosphäre hier denke ich, es wäre vielleicht gut, wenn Du mit Deinen Kollegen, es sind ja keine Kolleginnen darunter, vielleicht auch einmal diskutieren würdest, dass man auch innerhalb des Parlamentsaals anständig miteinander umgehen könnte und damit meine ich nicht lieb und nett. Ich bin der Meinung, dass ich in der letzten Zeit sehr wohl gezeigt habe, dass man auch sagen kann, dass man eine andere Meinung hat und zwar auf eine anständige Art.

Thomas Marbet: Ich würde zwar am Fenster sitzen, aber nicht zum Fenster. In diesem Sinne ist meine Zustimmung oder Sympathie zu diesem Vorhaben eigentlich unverdächtig. Vielleicht kann man sagen: Ja, Du bist jetzt der Amtsjüngste. Du würdest noch am meisten profitieren. Aber aus diesem Grunde würde ich es nicht machen. Ich würde auch nicht die Fraktion wechseln. Es leuchtet ja fast irgendwie ein, dass dieses Anliegen natürlich von der gegenüberliegenden Seite zum Fenster gekommen ist. Aber trotzdem: Wir haben gestern zweieinhalb Millionen Franken für Sportlerinnen und Sportler, für die Garderobe, zugesprochen. Wir machen hier auch Sport, Denksport, und ich in diesem Sinne finde ich, sollten wir uns auch ein bisschen lieb sein. Ich kann eigentlich dieses Anliegen nur unterstützen und hoffe, dass meine Kolleginnen und Kollegen ihre Meinung vielleicht doch noch revidieren können.

Rudolf Lutz: Vielleicht etwas nicht ganz so Ernsthaftes. Aber ich erlaube mir jetzt trotzdem, es zu sagen. Dass wir wirklich richtige Fenster einbauen, daran zweifle ich. Aber wenn ich die triste Wand hier anschau, könnte man ja vielleicht Fenster malen.

Beschluss

Mit 30 : 11 Stimmen bei 1 Enthaltung wird das Postulat abgelehnt.

Mitteilung an:
Mitglieder des Stadtrates (5)
Baudirektion/Herrn Adrian Balz
Geschäftskontrolle
Kanzleiakten

Verteilt am:

AUSZUG

aus dem Protokoll
des Gemeindeparlamentes
der Stadt Olten

vom 22. November 2007

Akten-Nr. 29/0

Prot.-Nr. 45

Postulat Dr. Markus Ammann (SP) und Mitunterzeichnende betr. Minergie-Standard bei allen städtischen Neu- und Umbauprojekten/Beantwortung

Am 28. Juni 2007 wurde im Gemeindeparlament von Markus Ammann und Mitunterzeichnende der SP-Fraktion ein Postulat mit folgendem Wortlaut eingereicht:

«Der Stadtrat wird aufgefordert, eine Richtlinie zur Umsetzung des Minergie-Standards bei allen städtischen Neu- und Umbauprojekten zu erlassen.

Die Richtlinie soll klare und konkrete Kriterien enthalten, in welchem Fall die Nichteinhaltung des Standards toleriert wird (z. B. Denkmalschutz, unverhältnismässige Kosten etc.) sowie Vorgaben darüber, in welchen Fällen strengere Handhabung (Minergie ECO, Minergie-P etc.) zur Anwendung kommt.

Begründung:

Die Energienutzung von Gebäuden ist verantwortlich für rund die Hälfte des Schweizerischen Energiekonsums. Ein Drittel des gesamten Nutzenergiebedarfs eines Gebäudes wird dabei für die Raumwärme benötigt. Im Gebäudebereich liegt somit ein enormes Energiespar-Potenzial.

Der Bau-Standard «Minergie» ist heute Stand der Technik. Dank Energieeffizienzmassnahmen wie gute Wärmedämmungen, Lüftungsanlagen und thermisch gut isolierten Fenstern wird der Energieverbrauch eines Gebäudes deutlich reduziert. Das hat nicht nur ökologische Vorteile, sondern ökonomische: eine nachhaltige Senkung der Unterhaltskosten sowie eine bessere Absicherung gegen Energiepreisssteigerungen. Gerade bei Gebäuden mit einer hohen Lebensdauer macht sich Minergie in relativ kurzer Zeit auch finanziell bezahlt.

Energieeffizienzmassnahmen stiften den Bewohner/-innen zudem zusätzlichen Nutzen in Form von Behaglichkeit und Wohnkomfort: ausgeglichene Raumtemperaturen und höhere Oberflächentemperaturen, angenehmes Raumklima, bessere Raumluftqualität oder Lärmschutz durch dichtere Gebäudehüllen. Dass für solche Faktoren sowohl bei Hauseigentümer/-innen als auch bei Mieter/-innen eine beträchtliche Zahlungsbereitschaft besteht, hat das Bundesamt für Energie unlängst einer Studie («Direkte und indirekte Zusatznutzen bei energieeffizienten Wohnbauten», BFE 2006) aufgezeigt.

Als Trägerin des Labels «Energistadt» ist Olten dazu verpflichtet, eine Vorbildfunktion zu übernehmen und Energie effizient einzusetzen. Wenn die Stadt ihre eigenen Bauten nach Minergie baut und saniert, dies auch nach aussen klar deklariert, unterstreicht sie ihre Glaubwürdigkeit und sendet gleichzeitig ein Signal an die privaten Bauherr/-innen.»

- - - - -

Stadträtin Silvia Forster beantwortet das Postulat im Namen des Stadtrates wie folgt:

Ausgangslage:

Minergie® ist ein Qualitätslabel für neue und sanierte Gebäude. Die Marke Minergie® wird von der Wirtschaft, den Kantonen und dem Bund gemeinsam getragen und ist vor Missbrauch geschützt. Im Zentrum von Minergie® steht der Wohn- und Arbeitskomfort von Gebäudenutzern. Ermöglicht wird dieser Komfort durch eine hochwertige Bauhülle und eine systematische Lüfterneuerung.

Zur Erreichung des Minergie®-Labels können verschiedene Wege eingeschlagen werden. Verbesserte Wärmedämmung und/oder der Einsatz von erneuerbaren Energieträgern dienen zur Erreichung des Ziels. Dabei sollen die Mehrkosten im Vergleich zu einer konventionellen Bauweise höchstens 10 % betragen. Primär durch die Komfortsteigerung, auch im Schallschutzbereich, die immer teurer werdenden Energieträger, die maximal zulässigen Mehrkosten, aber auch durch die Freiheitsgrade zur Erreichung des Ziels, konnte der BauStandard Minergie® erfolgreich positioniert werden.

Das Label entwickelte sich auch im Sanierungsbereich. So sind angepasste Anforderungen auch für Umbauten definiert. Zusätzlich wurde der Minergie®-Standard auch für Einzelbauteile entwickelt, welche auch bei begrenzten Eingriffen, wie zum Beispiel bei einer Flachdachsanierung zur Anwendung gelangen. Mit diesen Vorgaben werden Bauten nicht nur baulich saniert, sondern auch energietechnisch verbessert.

Bei Neubauten hat sich die Bauweisen in praktisch alle Gebäudekategorien ausgedehnt. Als Steigerung der Anforderung wurde das Minergie®-P-Label in Anlehnung an das in Deutschland entwickelte Passiv-Haus definiert. Diese Bauweise kommt im Normalbetrieb ohne Heizenergie aus und garantiert einen hohen Nutzungskomfort. Durch das Produkt Minergie-Eco® wurden auch bauökologische Anforderungen in den Labelmantel integriert. So entwickelte sich der Standard zu einem anwendbaren, allgemein anerkannten Level, welcher sich von der anfänglichen Bauphysik- und Technologielastigkeit abhebt und gut umgesetzt werden kann. Heute stehen die Produkte Minergie®, Minergie®-P, Minergie®-ECO und Minergie®- Einzelbauteile zur Verfügung.

Die Anforderungen des Minergie®-Standards für drei verschiedene Gebäudearten sind in der Tabelle dargestellt:

Gebäudeart		Grenzwert für die Energiekennzahl Wärme (Heizung, Warmwasser, Lüftung, Klima)	Lüftungsanlage erforderlich	Beleuchtung
Wohnbauten	Neubau	42 kWh/m ² a	Ja	-
	Sanierung	80 kWh/m ² a	Ja	-
Bürobauten	Neubau	40 kWh/m ² a	Ja	SIA 380/4
	Sanierung	70 kWh/m ² a	Nein	SIA 380/4
Schulbauten	Neubau	40 kWh/m ² a	Ja	SIA 380/4
	Sanierung	70 kWh/m ² a	Nein	SIA 380/4

Das Bewusstsein um die Endlichkeit der Ressourcen und um die Auswirkungen des fossilen Energieverbrauchs ist in den letzten Jahren stark gestiegen. Im globalen Mittel braucht der Mensch 17'500 Kilowattstunden pro Jahr. Dies entspricht einer kontinuierlichen Leistung von 2000 Watt. In der Schweiz sind es heute mehr als zweieinhalbmals mehr, also über 5000 Watt pro Person. Das globale Reservoir an fossilen Energien, insbesondere Erdöl, leert sich zunehmend rascher. Die Ausschöpfung dieser Reserven führt zu tatsächlichen oder

vermeintlichen Verknappungen, die wiederum wirtschaftliche Probleme oder gar kriegerische Auseinandersetzungen zur Folge haben.

Damit alle Menschen einen guten Lebensstandard führen können, sind wir längerfristig verpflichtet, unser Energieverbrauch auf den Durchschnittswert abzusenken. Die Vision der 2000 Watt-Gesellschaft ermöglicht einen Ausgleich zwischen Industrie- und Entwicklungsländern. Durch Erhöhung der Material- und Energieeffizienz und durch Substitution fossiler durch erneuerbare Energien sollen die Ziele ohne Einbusse an Lebensqualität erreicht werden.

Der sogenannten Absenkpfad der SIA (Schweizerischer Ingenieur- und Architektenverein) hat bereits in den 90er Jahren aufgezeigt, dass im Gebäudebereich längerfristig viel bessere Dämmstandards erreicht werden müssen. Diese Verbesserungen können jedoch nur schrittweise erreicht werden. Mit der 2006 herausgegebenen Dokumentation D0216 «SIA Effizienzpfad Energie» hat der SIA die aktuellen Überlegungen verknüpft und damit ein Instrument für nachhaltiges Bauen formuliert.

Minergie®-Standard für städtische Neu- und Umbauprojekte

Der Stadtrat von Olten ist bestrebt, bei Neu- und Umbauprojekten dem Kriterium der Energieeffizienz besondere Beachtung zukommen zu lassen. So hat der Stadtrat bereits am 8. Dezember 2003 im Rahmen des Energiestadt Labelprozesses ein energiepolitisches Programm genehmigt. Als konkretes Ziel wurde im vorerwähnten Programm Folgendes festgehalten:

«Bei Neubau und energierelevanten Sanierungen sind die geltenden Verbrauchswerte nach SIA-Norm 380/1 für Wärme und 380/4 für Elektrizität um 20 % zu unterschreiten resp. sollen die Anforderungen des Minergie-Standards angestrebt werden.»

Die Abteilung Hochbau der Baudirektion ist verantwortlich für die städtischen Um- und Neubauten. Die Mitarbeiter/-innen des Hochbauamtes verfolgen seit längerer Zeit die Entwicklung der verschiedenen Baustandards. Die Aus- und Weiterbildung betreffend Nachhaltigkeit und Ökologie ist fester Bestandteil für die betroffenen Mitarbeiter/-innen. Bei Bedarf wird das Hochbauamt zudem durch die Energieberater der Umweltfachstelle unterstützt.

Bereits vor der Einführung des Minergie-Standards wurde bei den anstehenden Gesamtanierungen grossen Wert auf Energieeffizienz gelegt. So konnte nach der Sanierung im Jahre 1998 der Energieverbrauch des Bannfeldschulhauses halbiert werden. Das Bannfeldschulhaus ist zurzeit das energieeffizienteste Schulhaus der Stadt. Alle grösseren städtischen Neu- und Umbauten werden – sofern möglich – im Minergie-Standard realisiert. Dieser war auch die Vorgabe der soeben erfolgten Sanierung der «Alten Turnhalle Bifang». Hier konnte das Minergie-Zertifikat nicht beantragt werden da Minergie lediglich gesamte Gebäude zertifiziert.

Der Stadtrat behält sich die Prüfung der Bauweise bei den einzelnen Neu- und Umbauvorhaben vor. Eine zwingende Vorgabe, den Minergie®-Standard umzusetzen, stösst dann an Grenzen, wenn bestehende Gebäude unter Denkmalschutz stehen.

Im Rahmen des alle 4 Jahren anstehenden Reaudits «Energiestadt» ist vorgesehen, auch das energiepolitische Programm zu überprüfen. Es ist geplant eine langfristige Strategie für die Städtischen Hochbauten auszuarbeiten. Diese soll einerseits den sogenannten «SIA Effizienzpfad Energie» berücksichtigen und andererseits die Lebensdauer der Bauteile und Anlagen mit der Wirtschaftlichkeit der Massnahme verknüpfen. Aus diesen Überlegungen sollten auch konkrete Handlungsanleitungen für die Planenden von städtischen Neubauten und Sanierungen resultieren.

Der Stadtrat von Olten ist sich bewusst, dass bei der nachhaltigen Entwicklung im Hochbau die öffentlichen Hand eine besondere Vorbildfunktion hat. Er ist der Ansicht, dass mit der Genehmigung des energiepolitischen Programms und der geplanten Überarbeitung die Zielsetzung einer umweltschonenden, energieeffizienten und somit auch zukunftsgerichtet ökonomisch sinnvollen Bauweise der stadteigenen Liegenschaften sichergestellt ist.

Der Stadtrat empfiehlt dem Gemeindeparlament, das Postulat zu überweisen und als erfüllt abzuschreiben.

- - - - -

Dr. Markus Ammann: Ich denke, die Ausgangslage ist klar und offensichtlich. Niemand kann sich eigentlich dieser Thematik mehr entziehen. Wir haben dies auch heute Abend erlebt. Wir haben eigentlich über Energie schon mehrmals diskutiert, und ich glaube, es ist tatsächlich jetzt heute so verankert, dass wir hier relativ unbestritten eine relativ einhellige Meinung haben. Ich stelle auch fest, dass der Stadtrat dieses Anliegen ebenfalls sehr ernst nimmt, den Umgang mit der Energie, das Energiesparen, nachhaltige Produzieren. Wir finden dies sehr positiv. Die Ausführungen zeigen also, dass wir bei der Beurteilung der Lage und auch der Stossrichtungen einig sind. Er unterstützt und bestätigt dies auch mit dem Anspruch, eben Energiestadt zu sein. Wir sind eigentlich erfreut über das klare Bekenntnis, das wir jetzt aus diesem Papier heraus doch glauben lesen zu können. Übrigens spürt man es ja auch. Man spürt es ja auch bei den Vorlagen. Das muss auch erwähnt sein. Man hat es bei der Turnhalle gesehen, man hat es bei der Garderobe auch gestern Abend wieder gesehen. Es ist also der Stadt und dem Stadtrat ein ernsthaftes Anliegen. Aus dieser Beantwortung heraus spüren wir aber auch ein Stück weit ein Sträuben gegen klare Vorgaben und Verpflichtungen, ein Stück weit auch eine Zurückhaltung – das ist vielleicht meine persönliche Empfindung – in der Kommunikation dieses ernsthaften Angelegens. Man kommt nicht davon los, dass man sich irgendwo auch Hintertürchen offen lassen möchte und sagt: Dort geht es nicht, und dort geht es nicht, also für alle Eventualitäten. Auf der anderen Seite führt man aber lange und breit aus, was der Minergiestandort ist und wie einzigartig und anerkannt er ist, will sich aber dann effektiv doch nicht darauf festlegen. Wir haben diskutiert und haben dann eigentlich die Meinung gehabt, wir wollen ja nicht päpstlicher als der Papst sein. Wichtig ist uns eigentlich die Stossrichtung und letztendlich auch die Zielsetzung, die erreicht werden sollen. Wir denken, es braucht noch gewisse Anstrengungen in der Kommunikation, weil die Stadt ja eben Vorbild ist oder sein muss für die Einwohnerinnen und Einwohner in dieser Stadt. Wir denken, man dürfte sich auch zu gewissen Sachen verpflichten. Ich denke, wichtig ist der zweitletzte Abschnitt auf der dritten Seite. Dort steckt etwas der Kern der ganzen Geschichte. Dort wird nämlich von der Energiestadt und auch vom Reaudit der Energiestadt, das regelmässig notwendig ist, gesprochen, wo man auch Verbesserungen und Veränderungen aufzeigen muss, die man machen will. Dort ist unter anderem das energiepolitische Programm enthalten, wo ich denke, dass es eine ganz wichtige Geschichte ist, und es wäre wichtig, wenn man dies auch zur Kenntnis bekäme und wüsste, was darin steht, damit wir auch die vorher erwähnte Ernsthaftigkeit bestätigen sehen und mitverfolgen können. Ich denke, vor allem der zweitletzte Satz auf der zweitletzten Zeile, die konkreten Handlungsanleitungen für die Planenden von städtischen Neubauten und Sanierungen ist letztlich genau das, was wir wollen. Ob es jetzt der Minergiestandard ist oder etwas anderes, lasse ich offen. In diesem Sinne ist die Antwort für uns sehr positiv. Ich wäre froh, wenn man das Postulat so überweisen könnte, würde aber darum bitten, noch nicht abzuschreiben, sondern wirklich auch auf die Papiere und die klaren Aussagen wartet, bevor man abschreibt.

André Köstli: Ich nehme es vorweg: Die SVP-Fraktion macht ganz klar beliebt, das Postulat zu überweisen und als wirklich gut erfüllt abzuschreiben. Einen besonderen Dank möchten wir an dieser Stelle den verantwortlichen Personen aussprechen. Die Umsetzungen, wie sie vom Gesetz verlangt werden, sind sehr gut ausgeführt. Ich glaube, sonst hätten wir hier in der Stadt Olten nicht so viele zertifizierte Gebäude, ein zertifiziertes Gebäude. Zum Schluss: Man sollte ja nicht immer nur loben. Ich möchte hier auch etwas ein wenig rügen. Die Stadt Olten ist ja Trägerin des Labels Energiestadt und wäre meiner Meinung nach dazu verpflichtet, eine Vorbildfunktion zu übernehmen und Energie effizient einzusetzen. Ich komme mit diesem Anliegen, weil dem eben nicht ganz so ist als Vorbildfunktion. Ich wohne praktisch vis-à-vis des Stadthauses und muss fast tagtäglich sehen, wie die halbe Nacht hindurch die Lichter in den Büros brennen. Vielleicht kann mir einmal jemand erklären weshalb. Oder ist dies vielleicht sogar eine Weihnachtskalender mit 24 brennenden Fenstern?

Patrick Kissling: Die Forderung, Neu- und Umbauten grundsätzlich in Minergiestandard auszuführen, findet die CVP/EVP-Fraktion sinnvoll. Aufgrund der stadträtlichen Antwort sind wir der Meinung, dass der richtige Weg eingeschlagen worden ist und die Abteilung Hochbau mit einer gesamtheitlichen Betrachtung für jedes Projekt versucht, die geeignete Lösung in Sachen Energieeffizienz zu finden. Wir werden das Postulat einstimmig überweisen und abschreiben.

Felix Wettstein: Auch wir werden einstimmig überweisen und möchten aufrecht erhalten, nicht jetzt sofort abschreiben. Wir freuen uns, dass der Stadtrat in seiner Antwort auf das Postulat die Vision der 2'000-Watt-Gesellschaft zum Massstab nimmt. Wir können allerdings bis jetzt bei den konkreten eingefädelteten Sachen noch viel zu wenige Entscheidungen finden, die in diesem Sinne fallen oder eben in die Planung einfließen würden. Wir stellen im Gegenteil fest, und ich bin hier deutlich skeptischer als André Köstli, dass die Signale eben anders herum heraus kommen. Ich mache zwei Beispiele. Eines haben wir heute schon angesprochen, als die Behandlung der Interpellation von Timur Acemoglu an der Reihe gewesen ist. Wir hätten gemäss Empfehlung von Baufachleuten rein für die Werterhaltung der Hochbauten pro Jahr 4,4 bis 7,1 Millionen Franken aufzuwenden, wenn wir einfach die Prozentzahlen bezogen auf den Gesamtwert, den man ungefähr in die jährliche Werterhaltung stecken sollte. 4,4 bis 7, 1 Millionen Franken. Gestern haben wir mit dem Budget 2,4 Millionen Franken in die Werterhaltung von Hochbauten investiert. Die energietechnische Sanierung von Hochbauten ist auch Werterhaltung, und hier könnte man ganz klar entschlossener, offensiver investieren wollen. Es kostet am Anfang. Aber wir wissen, dass dies ein typisches Thema ist, das sich dank der eingesparten Energie mit der Zeit eben wirklich auszahlt. Wir haben gestern ein Beispiel gehört: Das ist der Neubau der SportlerInnen-Garderobe, die nicht unter der Position Werterhaltung ist, weil es eine Neuinvestition ist. Ein zweites Beispiel, auf das ich hinweisen möchte: Im 6. Stock des Stadthauses ist zur Zeit die Planaufgabe für den Teilzonenplan beim künftigen Fachhochschulgebäude samt Sonderbauvorschriften. Artikel 19 behandelt die Energievorschriften und enthält den folgenden Satz: „Der Minergie-Eco-Standard wird angestrebt“. Dies bei einem Neubau einer Schule, die Fachkompetenz in moderner Bautechnik hat und dafür international gerühmt wird. Bei einem solchen Vorzeige-Neubau muss der Minergie-Standard einfach Pflicht sein. Bevor sich dieses Denken nicht wirklich manifestiert, sind wir nicht bereit, das Postulat abzuschreiben.

René Wernli: Die FdP-Fraktion wird der Stadtratsempfehlung folgen, das Postulat zu überweisen und als erfüllt abzuschreiben. Wir sind der Auffassung – Markus Ammann hat es bereits ausgeführt; ich möchte mich aus energetischen Gründen relativ kurz halten – dass wir in der richtigen Richtung sind, gestern auch ein Projekt in dieser Güte verabschiedet haben. Ich möchte einfach davor warnen, dass man generell sagt, Umbauten seien im Minergiestandard auszuführen, weil, wenn man schaut, unter welchen Bedingungen man

dies machen muss: Denkmalschutz und Zeug und Sachen. Finanziell wird es einfach dann auch in irgend eine Tragweite kommen, wo man sagen muss, es lohnt sich einfach nicht mehr. In diesem Sinne folgen wir der Empfehlung des Stadtrates.

Stadträtin Silvia Forster: Sie wissen alle, dass der Bauherr der Fachhochschule der Kanton ist. Die Stadt Olten zahlt den Beitrag, wie Sie im Budget sehen. Sie wissen auch um die Standortdiskussionen dieser Fachhochschulen. Ich glaube, ich verletze das Amtsgeheimnis nicht, wenn ich sage, dass die Formulierung, wie sie jetzt im Zonenplan steht, ein hartes Ringen mit der Bauherrschaft gewesen ist.

Beschluss

Mit 41 : 1 Stimme wird das Postulat überwiesen.

Beschluss

Mit 25 : 18 Stimmen wird das Postulat abgeschrieben.

Mitteilung an:
Mitglieder des Stadtrates (5)
Baudirektion/Herrn Adrian Balz
Geschäftskontrolle
Kanzleiakten

Verteilt am:

AUSZUG

aus dem Protokoll
des Gemeindeparlamentes
der Stadt Olten

vom 22. November 2007

Akten-Nr. 46/3

Prot.-Nr. 46

Interpellation Luzia Stocker Rötheli (SP) und Mitunterzeichnende betr. geplante Verlegung von Bezirksschülerinnen und –schüler nach Wangen und Dulliken/Beantwortung

Am 28. Juni 2007 wurde von Luzia Stocker Rötheli (SP-Fraktion) und Mitunterzeichnende eine Interpellation mit folgendem Wortlaut eingereicht:

In einem Bericht im OT vom 7. Juni 2007 konnten wir lesen, dass die Direktion Bildung beabsichtigt, Schüler und Schülerinnen, die im neuen Schuljahr in die 1. Bezirksschule wechseln, in die Gemeinden Wangen und Dulliken zu verlegen. Sollten sich nicht genügend Freiwillige melden, werde ein Wechsel verfügt. Daraufhin regte sich vor allem bei den Direktbetroffenen aber auch in weiten Teilen der Bevölkerung grosser Widerstand.

Der Stadtrat hat am 11. Juni 2007 an seiner Sitzung entschieden, auf Verfügungen zu verzichten und auf Freiwilligkeit zu setzen. Wir begrüssen diese Entscheidung sehr. Die Situation ist aber sowohl für die Betroffenen wie auch für die Bevölkerung nicht befriedigend gelöst. Es wurde vor allem der Kommunikation und Vorgehensweise zu wenig Beachtung geschenkt.

Deshalb stellen sich für uns folgende Fragen:

1. Seit wann wusste die zuständige Direktion, dass es in Olten für zwei Klassen zu viele Bezirksschülerinnen und –schüler geben wird?
2. Warum wurden die betroffenen Schülerinnen und Schüler und ihre Eltern so spät informiert? Existierte ein Informationskonzept?
3. Wurden mit den Gemeinden Boningen und Starrkirch-Wil Gespräche geführt, um allfällige Schülerzahlen auszugleichen? Wenn nein, warum nicht? Sind solche Gespräche in Zukunft geplant?
4. Decken die Beiträge der Gemeinden die Schulkosten der auswärtigen Schüler und Schülerinnen? Wenn nein, warum nicht? Was gedenkt der Stadtrat dagegen zu unternehmen?
5. Mit welchen Massnahmen will der Stadtrat in Zukunft solche Entwicklungen frühzeitig erfassen?
6. Trifft es zu, dass Oltner Schülerinnen und Schüler, die von der 2. Sek. in die 2. Bez. Wechseln, im kommenden Schuljahr auswärts die Schule besuchen müssen? Wenn Ja, geschieht dies im Einverständnis der Eltern der betroffenen SchülerInnen oder wurde dies per Verfügung entschieden?
7. Kann mit freiwilligem Schulbesuch in Wangen oder Dulliken die Problematik der zu grossen 1. Bez.-Klassen im kommenden Schuljahr gelöst werden? Wenn nein, wie gedenkt der Stadtrat diese zu lösen?
8. Mit der Oberstufenreform wird es eine engere regionale Zusammenarbeit geben. Wie sieht diesbezüglich das Vorgehen des Stadtrates aus?
9. Hat der Stadtrat schon Vorstellungen, wie die Oberstufenregion Olten umgesetzt wird? Wenn ja, wie sieht der Fahrplan aus?

Stadtrat Martin Wey beantwortet im Namen des Stadtrates den Vorstoss wie folgt:

Zur Frage 1

Am 22. Februar 2007, anlässlich der Planungssitzung, zeichnete sich aufgrund der provisorischen Meldungen der Primarlehrpersonen das Szenario von zwei sehr grossen ersten Sekundar- und Bezirksschulklassen ab. Damals musste man noch mit 7 Grenzfällen zwischen Sekundar- und Bezirksschule und 6 Grenzfällen zwischen Sekundar- und Oberschule rechnen. In der Folge hat das Rektorat sofort das Gespräch mit den Schulen Wangen und Dulliken sowie dem Departement für Bildung und Kultur des Kantons Solothurn gesucht. Die Analyse der Schülerzahlen von Wangen und Dulliken liessen nur einen Austausch bei der Bezirksschule zu. Leider konnte für die Sekundarschule auf diesem Weg keine geeignete Lösung gefunden werden.

Verlässliche Zahlen lagen dem Rektorat erst an der Übertrittssitzung, welche am 22. Mai 2007 stattfand, vor. Bis zu diesem Zeitpunkt mussten die Ergebnisse der Übertrittsgespräche mit den Eltern und bei Nichteinigung mit dem Inspektorat abgewartet werden.

Zur Frage 2

Zum Informationskonzept: Um die Übertrittsgespräche, welche in den Monaten März und April erfolgten, nicht unnötig zu belasten und aufgrund der unsicheren Datenlage, haben die Schulleitungen zusammen mit dem Rektorat entschieden, erst im Monat Mai mit dem Schreiben an die betroffenen Eltern zu gelangen.

Zur Frage 3

Die Eltern der Schülerinnen und Schüler aus Starrkirch-Wil und Boningen wurden ebenfalls zu den Informationsabenden eingeladen und gebeten, ebenfalls über einen freiwilligen Schulortwechsel nachzudenken.

Zukünftige Gespräche im Hinblick auf die Übertritte im Jahre 2008 werden bereits im Herbst 2007 geführt, damit die Eltern in Starrkirch-Wil, Boningen und Olten an den Elternabenden und Elterngesprächen der 6. Klassen durch die Lehrerinnen und Lehrer über das weitere Vorgehen im Hinblick auf den Übertritt im Sommer 2008 korrekt informiert werden können.

Zur Frage 4

Pro Schüler/in und Jahr bezahlt die abgebende Gemeinde – in unserem Fall also die Stadt Olten – der Gemeinde Dulliken resp. Wangen den Betrag von Fr. 4'000.—. Diese Kosten setzen sich zusammen aus Beiträgen für Lehrmittel, Schulmaterial und Geräte, Beiträge für Klassenlager, Skilager und Veranstaltungen, Anteil an die ICT-Kosten und an die Infrastruktur (Heizung, Wasser, Strom sowie Overheadkosten für die Schulverwaltung). Dieser Kostenverteiler wurde mit der Finanzdirektion Olten und den Finanzverwaltungen der Nachbargemeinden ausgehandelt. Nicht enthalten ist ein Anteil an die Besoldungskosten der Lehrpersonen, weil diese Kosten den Gemeinden so oder so anfallen würden.

Zur Frage 5

Wichtig ist in jedem Fall eine frühzeitige Auslegung der möglichen Varianten und die entsprechende Information. Konkret heisst das für die Übertritte im kommende Jahr, dass wir

bereits im November nach provisorischen Varianten – abgestützt auf provisorischen Prognosen – mögliche Szenarien planen. Damit können Eltern wie auch die politischen Behörden frühzeitig sensibilisiert werden.

Was wir bei den Übertritten 2007 bemängeln mussten, ist die passive Haltung des Kantons, denn es wäre auch an ihm gelegen, die Öffentlichkeit auf evt. Zusammenführungen hinzuweisen, wenn die Nachbargemeinden schon aufgefordert werden, Kontakte mit anderen Gemeinden aufzunehmen.

Zur Frage 6

Dies trifft zu. Es geschah nur auf freiwilliger Basis. Zwei Schülerinnen besuchen aktuell die 2. Bezirksschule in Wangen und ein Schüler die 2. Bezirksschule in Dulliken.

Zur Frage 7

Für das Schuljahr 2007/08 konnten bei der Bezirksschule genügend Freiwillige gefunden werden. Auf Grund der erstellten Vereinbarungen können nun auch in den Folgejahren Lösungen auf freiwilliger Basis gesucht werden.

Falls dies nicht der Fall sein sollte, drängen sich interne Lösungen auf, wie zum Beispiel die Bildung von Mischklassen, z.B. 1./2. Sekundar- oder 1./2. Bezirksschule, evt. auch Varianten mit gemischten Klassen von Bezirks- und Sekundarschüler/innen oder eine Lösung mit entsprechenden Assistenzlektionen. Es ist dabei zu bedenken, dass all diese Lösungen in jedem Fall problematischer sind als auswärtige Schulbesuche.

Zur Frage 8

Der Stadtrat begrüsst eine regionale Zusammenarbeit, welche sich auch durch die bestehenden öffentlichen Verkehrsangebote ergeben. Die Direktion Bildung und Sport hat zur Bearbeitung der Strukturreform eine aus Mitgliedern der Schulkommission, Schulleiterinnen resp. Schulleitern und Rektor zusammengesetzte Arbeitsgruppe eingesetzt. Diese wird entsprechend den kantonalen Vorgaben Umsetzungsschritte bearbeiten und dem Stadtrat zur Realisierung vorschlagen.

Zur Frage 9

Hierzu liegen der Direktion Bildung und Sport keine genaueren Angaben vor, da die dafür eingesetzte Arbeitsgruppe erst im Oktober 2007 ihre Arbeit aufnehmen wird. Ein genauer Fahrplan wird vorerst, aufgrund der mangelnden Grundlagen seitens des Kantons, schwierig zu erstellen sein.

- - - - -

Luzia Stocker Rötheli: Ich kann es gleich vorweg nehmen: Ich bin mit der Beantwortung der Interpellation nur zum Teil zufrieden. Zu den einzelnen Punkten: Der Stadtrat zeigt grundsätzlich klar auf, wie es zu dieser Situation gekommen ist, für die Beteiligten zum Teil eher eine unangenehme Situation. Das macht er in Frage 1. Er zeigt eigentlich gut auf, wie es zu diesen sehr späten Gesprächen auch gekommen ist. Er erkennt in der Beantwortung der Interpellation auch klar, dass es wahrscheinlich gewisse Mängel gegeben hat, zieht auch die Schlüsse für das weitere Vorgehen. Das ist vor allem bei Frage 5 gut aufgezeigt oder

zeigt auf, wie man in Zukunft auch versuchen will, dies zu machen. Auch bei Frage 7 wird dazu noch Stellung genommen. Das zeigt er auf und hat auch im Sinne oder wird – es ist ja jetzt schon November – geeignete Massnahmen treffen, das heisst diese Gespräche oder provisorischen Varianten sind offenbar schon im Tun. Zur Frage 4: Hier habe ich mich wahrscheinlich zu wenig genau ausgedrückt. Dort hätten wir nämlich eigentlich nebst dem, was die Stadt Olten den umliegenden Gemeinden zahlt, eigentlich auch gerne gewusst, was die umliegenden Gemeinden der Stadt Olten dafür zahlen, dass Schülerinnen und Schüler bei uns zur Schule gehen. Es wäre sicher von grossem Interesse, ob dies die effektiven Kosten auch deckt. Das ist wahrscheinlich aus unserer Fragestellung zu wenig klar hervor gegangen. Grundsätzlich fehlt mir – deshalb bin ich auch nur teilweise zufrieden mit der Beantwortung – ein kritisches Hinterfragen vor allem der Kommunikation oder von der Art und Weise, wie er in diesem mit diesen Verlegungen eben umgegangen ist. Es ist auch bei Frage 5 zum Teil beantwortet. Zwar spielt man dort den Ball relativ schnell dem Kanton zu. Man sagt hier, dass es auch am Kanton gelegen hätte, die Öffentlichkeit zu informieren, wenn man schon Zusammenführungen plant. Hier muss ich sagen, das ist sicher so. Der Kanton hat hier eine gewisse Pflicht. Aber ich denke, vor allem auch die Stadt Olten respektive die Schuldirektion hätte hier die Pflicht, sich eben zu diesem Thema zu äussern, weil der Schaden ja dann auch in der Stadt entsteht. Ich denke, die Bevölkerung, vor allem die betroffene Bevölkerung, hat ein Recht darauf, und es ist auch nötig, dass man sie frühzeitig in Kenntnis des Ganzen setzt. Ich denke, es ist eine ungute Situation mit dieser doch eher unglücklichen Kommunikation entstanden, wo man schliesslich eine gute Lösung für die meisten oder für alle gefunden hat, eine mehr oder weniger gute Lösung. Ich denke, man hat es mit Freiwilligen abdecken können, und ich hoffe, dass dies auch in Zukunft möglich sein wird. Ich denke aber und vermisse dies hier etwas, dass man sich wirklich kritisch hinterfragen muss, wie man mit der Kommunikation vorgegangen ist, und es gibt hier ein Verbesserungspotenzial. Ich denke, der Stadtrat hat hier schon erkannt, dass es ein sehr sensibler Bereich ist, wenn es darum geht, dass eben die eigenen Kinder ein Schulhaus respektive den Ort, um zur Schule zu gehen, wechseln müssen, und man hier wirklich mit Fingerspitzengefühl vorgehen muss. Wir hoffen, dass dies in Zukunft eben nicht mehr so vorkommt und hoffen jetzt gerade auch bei Frage 9, wo man leider noch nichts oder fast noch nichts zur Umsetzung der Oberstufenreform sagen kann und eine Arbeitsgruppe erst jetzt zu arbeiten beginnt, wir rechtzeitig und gut informiert werden, was hier geplant ist, wie man diese Reform über die Bühne bringen kann. Hier ist man ja auch noch vom Kanton abhängig. Das ist uns schon klar. Ich bin mit den Konsequenzen, die der Stadtrat für das weitere Vorgehen zieht, zufrieden, mit der kritischen Hinterfragung des Kommunikationskonzeptes weniger, und hoffe, dass diese in Zukunft sicher besser klappt. Merci aber trotzdem für die Beantwortung.

Stadtrat Dr. Martin Wey: Dieses Thema hat eine Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft. Die Vergangenheit ist auch in den Medien schon abgehandelt worden. Ich denke, wir haben zum Zeitpunkt, indem wir die Beantwortung der Interpellation gemacht haben – das ist nach den Sommerferien – auch diesen Kenntnisstand gehabt und haben daraus auch gelernt – ich möchte auch sagen und mich dazu bekennen – dass wir in diesem Geschäft sicher nicht mit den Pantoffeln, sondern mit den Bergschuhen eingetreten sind. Das hat auch bei uns Eindrücke hinterlassen und uns auch nachhaltig dazu gezwungen, natürlich berechtigterweise, die Informationspolitik, Sensibilisierung zu verbessern. Das haben wir erkannt. Zur Gegenwart: Es ist so, dass die Gespräche, die Informationen gegenüber den Eltern, gegenüber den Aussengemeinden bereits erfolgt sind, immer mit der politischen Prämisse, dass es auf freiwilliger Basis erfolgt. Im Nachhinein gefreut hat uns auch – aber es hätte nicht auf diesem Wege passieren müssen – dass wir gute Schulen haben und vor allem die Eltern, Kinder, Bevölkerung dies mit dem Protest auch haben zeigen wollen, dass hier Kinder ausquartiert werden müssen. Zur Zukunft ist einfach zu sagen, dass die Sekundarstufenreform – wir wollen es nicht verstecken: Wir haben nicht optimal gewirkt bei der Information – aber die Information und Weichenstellung seitens des Kantons ist im Moment wirklich sehr im Rückstand, wenn man dies so sagen darf. Die Anhaltspunkte sind

nicht vorhanden, um dort auch die entsprechenden Räume zu planen, die Standorte zu bestimmen. Das ist sicher auch ein Grund gewesen, dass wir uns hier vielleicht auch etwas zu schnell und zu vorschnell in die Thematik hinein gedacht und auch Massnahmen vorgeschlagen haben, die im Moment zu wenig reflektiert und zu wenig sensibel geäussert worden sind. Ich mache hier gar keinen Vorwurf an meinen Rektor, der hier in einer schwierigen Situation gewesen ist, einerseits von den Aussengemeinden, die Druck verspürt haben. Er hat versucht, dort auch auszugleichen. Auf der anderen Seite sind stadtintern unsere Klassen am Überfüllen gewesen, und er hat dort jedenfalls mit gutem Willen versucht, eine gute Lösung anzupeilen. Wir haben daraus gelernt. Die Zukunft fordert uns nach wie vor heraus. Was man vielleicht positiv aus dem Ganzen heraus ziehen kann: Der Schuh, den wir hinein getreten haben, ist, dass wir uns wahrscheinlich in der Stadt Olten vermehrt, unsere Direktion, aber auch alle, die an der Bildungspolitik dieser Stadt Interesse haben, auf guten Wegen sind, dass wir uns zu diesem Thema vermutlich vermehrt Gedanken werden machen müssen, wie wir unsere Klassengrössen auszugleichen versuchen, welche Räume wir einbeziehen und den regionalen Gedanken in diesem Sinne auch nicht völlig ausblenden. In diesem Sinne habe ich Verständnis für die teilweise Befriedigung, möchte aber hier unterstreichen, dass wir daraus gelernt haben.

Christian Wüthrich: Ich habe eine Frage zu Punkt 9. Die Oberstufenreform ist ja eine kantonale Vorlage gewesen. Wenn ich mich richtig erinnere, ist in dieser Abstimmungsbotschaft ein Terminfahrplan, wann dies realisiert sein müsste, enthalten gewesen. Ich gehe jetzt davon aus, dass eine Verbindlichkeit dahinter ist, weil es ja innerhalb einer Abstimmung gewesen ist, und er soll so gut sein, wenn der Kanton wirklich im Hintertreffen ist, dies zu kommunizieren und zwar subito, damit man dies weiss.

Stadtrat Dr. Martin Wey: Jetzt müsste man das Orakel von Delphi fragen, wenn dies der Fall ist und wann. Aber die Anzeichen und Informationen, die wir seitens des Kantons erhalten – ich spreche jetzt als direkt betroffener Bildungsdirektor einer Gemeinde – muss ich davon ausgehen, dass dieser Umsetzungsfahrplan, so wie es jetzt aufgegleist ist und auch die Arbeiten laufen, sehr wahrscheinlich nicht eingehalten werden kann. Das ist eine Wahrnehmung von mir, und Rückmeldungen des Kantons lassen meine Meinung jedenfalls nicht in Zweifel ziehen.

Nico Zila: Ich möchte Martin Wey eine Frage stellen, von der ich denke, dass sie Luzia Stocker in Frage 3, die sie formuliert hat, eigentlich auch angesprochen hat und vielleicht auch nicht hundertprozentig eine Antwort darauf erhalten hat. Martin, Du hast gesagt und auch geschrieben in der Beantwortung, dass Ihr hofft, diese Situation in Zukunft durch freiwillige Wechsel in Aussengemeinden ausgleichen zu können. Ich frage mich aber und glaube, dass wir es schon vor ein paar Monaten, als dies ein Thema gewesen war, auch einmal in der Fraktion diskutiert haben, ob die bisherigen Verträge mit den Gemeinden Boningen und Starrkirch es Olten erlauben würden zu sagen: Bei uns gehen die Klassen nicht auf, wir haben komische Zahlen und nehmen deshalb in diesem Jahr jetzt nicht alle von Euch. Sucht eine andere Lösung. Ist dies möglich, oder haben wir uns gegenüber diesen Gemeinden eigentlich verpflichtet, ihre Schüler Jahr für Jahr in globo aufzunehmen?

Stadtrat Dr. Martin Wey: Wir haben diese Verträge selbstverständlich auch angeschaut. Wir haben mit Boningen wie auch mit Starrkirch-Wil einen langfristige, langjährige Zusammenarbeit gehabt bis jetzt. Wir haben von der Stadt Olten auch ein Interesse gehabt, mit diesen Aussengemeinden zusammen zu arbeiten, insbesondere auch um unsere Klassengrössen zu optimieren und die Klassenzüge führen zu können. Jetzt kann man sagen, im Sinne einer langen Heirat, man löst sie nicht sofort und ohne Not auf. Unsere Idee ist in diesem Zusammenhang, die langjährige gute Zusammenarbeit aufrecht zu erhalten. Aber selbstverständlich – dies hat ja auch zu Missmut geführt – dort nicht eine Sonderbehandlung in dem Sinne zu haben, dass wir sie von freiwilligen Übertritte in andere Gemeinden ausklammern. Aber wir sind der Meinung, dass wir im Moment mit diesem

langjährigen Partner weiterhin zusammen arbeiten wollen. Wegen des rein Juristischen muss ich sagen: Die kantonale Gesetzgebung geht vor, und in diesen Vereinbarungen ist ein Vorbehalt enthalten, dass die sogenannte kantonale Gesetzgebung allenfalls dann auch durchgesetzt werden kann gegenüber diesem Vertrag. Wir aus schulpolitischer Sicht, auch aus der Vergangenheit heraus, wollen aber diese Gemeinden im Moment sicher nicht vor den Kopf stossen und die Vereinbarung auflösen, sondern im Sinn und Geist der freiwilligen Austauschbarkeit und des entsprechenden Ausgleichs weiterhin im Boot haben, denn wir müssen daran denken, dass die Zusammenarbeit in Zukunft auch mit diesen Standorten, mit der Diskussion der Sekundarstufenreform wir unter anderem auch auf diese Gemeinden nicht angewiesen sind, aber Interesse daran haben, mit ihnen Zusammenarbeit anzustreben.

Mario Clematide: Ich muss vorweg schicken, dass ich als besorgter Gemeinderat spreche. Ich danke Dir, Martin, für die differenzierte, selbstkritische und damit verantwortungsbewusste Antwort. Sie schafft Vertrauen. Bei der Antwort zu Frage 9 – ich sage noch einmal, dass ich als Gemeinderat frage – weisst Du, dass etwas aufgegleist ist?

Stadtrat Dr. Martin Wey: Aufgegleist ist vor allem Städtisches. Wir wissen, dass wir einen Auftrag umzusetzen haben: Die ganze Sekundarstufenreform mit den Standorten. Wir haben auch eine Arbeitsgruppe eingesetzt, die schon zweimal getagt hat, die den Auftrag des Kantons analysiert und in diesem Zusammenhang auch einen Zeitplan erstellt. In dieser Arbeitsgruppe ist auch Daniel Eggimann. Das ist der Inspektor des Kantons. Deshalb sage ich, die Anzeichen, die von dort gekommen sind bzw. unsere kritischen Fragen, ob der Zeitplan eingehalten wird, hat nicht mit ja beantwortet werden können. Tatsache ist, dass der Kanton jetzt einen kantonalen Koordinator eingesetzt hat, endlich muss man sagen, um dieser Frage endlich einmal eine gewisse Geschwindigkeit verleihen zu können. Ich muss nochmals sagen: Wir versuchen, den Fahrplan ganz klar einzuhalten, haben aber Anzeichen, dass es eine Verzögerung geben kann. Dies könnte allenfalls auch eine Chance sein. Wir erwarten natürlich, die Stadt Olten, auch in der Vergangenheit hat im Kanton ab und zu mit einer Vorreiterrolle gewisse Zeichen setzen, dass wir nicht stehen bleiben, sondern das Problem halt proaktiv angehen und dadurch an und für sich gegenüber dem Kanton gewisse Ideen und Erwartungshaltungen kommunizieren können. Das ist auch die Idee, dass wir jetzt ganz klar starten und den Fahrplan einhalten wollen. Wenn der Kanton nicht mithalten mag, ist dies ein anderes Problem.

Stadtpräsident Ernst Zingg: Ich muss noch etwas beifügen, lieber Mario. Wir sprechen jetzt von einer professionellen Struktur bei der Stadt Olten. Man müsste sich jetzt hinterfragen, wie dies in einer Regionsgemeinde geht, die dann auf solche Strukturen und Informationen des Kantons angewiesen ist, wie sie in eine Problematik hinein kommen und halbe Kriege stattfinden lassen, welche Stufe dann wo sein muss. Das ist natürlich ein unglaublicher Eingriff in die Gemeindeautonomie-Geschichten, die jetzt gerade so in der Budgetphase gewaltige Eruptionen auslösen. Diese Frage und Deine Aussage sind sehr berechtigt.

Brigitte Kissling: Ich habe noch eine ganz kurze Frage zu Punkt 4, diese Frage, die nicht vollständig beantwortet ist. Ist in den Verträgen mit der Gemeinde Boningen und Starrkirch-Wil der Betrag, den sie uns pro Schüler abgeben, auf Jahre hinaus fixiert und darf man ihn wissen?

Stadtrat Dr. Martin Wey: Selbstverständlich darf man diesen Betrag wissen, aber ich möchte ihn den Parlamentariern am liebsten schriftlich nachreichen. Er ist ab und zu auch Diskussion in der GPK-Sitzung. Dort verteile ich jeweils die Liste. Urs Knapp ist immer derjenige, der auch kritisch hinterfragt. Diese Zahlen sind über Jahre ausgewiesen, auch die Berechnungen. Aber ich möchte beliebt machen, diese Zahlen nachzureichen.

Luzia Stocker Rötheli: Abschliessend möchte ich doch noch etwas sagen. Ich möchte mich dem Dank von Mario für die kritischen Worte von Martin Wey, die ich in der Beantwortung etwas vermisst habe, noch anschliessen. Sie sind jetzt noch mündlich gekommen. Merci vielmals. Ich möchte das von Brigitte jetzt Gesagte schon auch unterstützen. Das ist ja in der GPK schon mehr als einmal gekommen, dass man ja etwas kritisch anschaut, was die Aussengemeinden uns bezahlen müssen. Ich bedanke mich schon im Voraus, wenn wir diese Zahl noch nachgereicht erhalten und auch vergleichen können mit dem, was wir den Aussengemeinden zahlen. Bezüglich der Oberstufenreform muss ich ehrlich sagen, dass ich auch etwas besorgt bin, was den Fahrplan betrifft, und hoffe, dass die Stadt Olten hier wirklich auch etwas Einfluss nehmen kann in Bezug auf Druck machen für die Umsetzung.

Parlamentspräsidentin Iris Schelbert: Die Interpellantin ist teilweise zufrieden, und wir kommen zum letzten sommerlichen Geschäft des heutigen Abends.

Mitteilung an:
Mitglieder des Stadtrates (5)
Direktion Bildung und Sport/Herrn Roland Giger
Geschäftskontrolle
Kanzleiakten

Verteilt am:

AUSZUG

aus dem Protokoll
des Gemeindeparlamentes
der Stadt Olten

vom 22. November 2007

Akten-Nr. 21/0

Prot.-Nr. 47

Interpellation Andreas Schibli (FdP) betr. Hochwasser in Olten vom 8./9. August 2007/Beantwortung

Am 5. September 2007 hat Herr Andreas Schibli der Stadtkanzlei eine dringliche Interpellation mit nachfolgendem Wortlaut eingereicht. Die Dringlichkeit wurde an der Parlamentssitzung vom 27. September 2007 abgewiesen.

„Nach der Hochwasserüberflutung der Schützenmatte in Olten während der Nacht vom 8. auf den 9. August drängen sich verschiedene Fragen bzgl. der Hochwasserschutzmassnahmen im Dünnerngebiet der Stadt Olten auf. Neu, seit Menschengedenken noch nie beobachtet, ist die Tatsache, dass die Dünnern zwischen der Leberngassebrücke und der Reithalle über die Ufer auf den Parkplatz der Schützenmatte getreten ist. Infolge der klimatischen Veränderungen ist es nicht auszuschliessen, dass es wieder zu solchen Hochwassern kommen kann. Aus diesem Grunde wird der Stadtrat gebeten, folgende Fragen zu beantworten.

1. Welche Massnahmen möchte der Stadtrat kurz-, mittel-, und langfristig vorbereiten oder realisieren für den Hochwasserschutz bei der Dünnern?
2. Ist die kommunale Gefahrenkarte der Dünnern auf dem aktuellsten Stand? Wenn nein, wann ist mit der Fertigstellung dieser Gefahrenkarte zu rechnen?
3. Ist die Feuerwehr bzgl. eines solchen Hochwassers genügend ausgerüstet? Bestehen Einsatzpläne, in denen Prioritäten festgelegt sind?
4. Müssen an städtischen Liegenschaften im Raume der Aare und der Schützenmatte bauliche Sicherungsmassnahmen vorgenommen werden?
5. Werden die Betreiber bei Fremdnutzung der Schützenmatte (Kilbi, Zirkus, Schulfest etc.) über solche mögliche Ereignisse informiert? Sind allseitig Versicherungen, Betriebsausfälle und Folgekosten vertraglich geregelt?

Begründung im Vorstosstext enthalten.

Begründung der Dringlichkeit: Infolge der veränderten klimatischen Verhältnisse und einer klaren Berichterstattung für die Öffentlichkeit, ist die Dringlichkeit gegeben.“

- - - - -

Stadträtin Doris Rauber beantwortet im Namen des Stadtrates die dringliche Interpellation wie folgt:

In der Nacht vom 8. auf den 9. August 2007 wurde die Stadt Olten von einer seit Jahrzehnten nicht bekannten Hochwasserüberflutung betroffen. Die Experten des Bundes und des Kantons sind sich einig, dass die Flutwelle in der Aare durch die aussergewöhnlichen und stationären Niederschlagsmengen verursacht wurde. Durch das gleichzeitige Zusammentreffen der Hochwasserspitzen aus Emme, Wigger und Dünnern und dem hohen Aareabfluss aus dem Bielersee sowie weiteren Wassermengen aus den übrigen Zwischeneinzugsgebieten war die Aare zwischen Solothurn und der Mündung in den Rhein überlastet.

Dieses 300-Jahr-Hochwasserereignis vom 8./9. August 2007 hat beim Stadtrat Betroffenheit ausgelöst, er spricht der betroffenen Bevölkerung sein Mitgefühl aus. Der Stadtrat dankt allen städtischen und regionalen Rettungskräften für den ausgezeichneten Einsatz, zudem für den Support der Sozialdirektion bei der Betreuung von Privatpersonen und die Zusammenarbeit mit dem kantonalen Führungsstab.

Zu Frage 1

Der Kanton hat Studien in Auftrag gegeben, welche die Möglichkeiten für Aufwertungsmassnahmen untersuchen. Es hat sich gezeigt, dass solche Projekte durch die starke Verbauung nicht möglich sein werden. In der Stadt Olten sind Erhöhungen der Dünnerwände vorgeschlagen, was jedoch aus ästhetischen Gründen schwierig sein wird.. Es steht ausserdem zur Diskussion ob nicht im Gäu eine oder mehrere Überflutungszonen einzurichten sind, so dass in den Siedlungsgebieten weniger Hochwasserspitzen erwartet werden müssten. Da das Gewässer „Dünner“ durch viele Gemeinden fliesst, sind solche Massnahmen regional anzugehen. Daher ist auch der Kanton Eigentümer und für das Übergeordnete zuständig.

Zu Frage 2

Die Gefahrenkarte für die Gewässer ist in Überarbeitung. Bis Ende 2007 wird diese Karte mit möglichen Massnahmen vorliegen.

Zu Frage 3

Die Feuerwehr Olten ist für ein solches, aussergewöhnliches Hochwasser materiell und personell nicht ausgerüstet. Bei derartigen Ereignissen bestehen Alarmierungspläne für den Beizug weiterer Mittel benachbarter Feuerwehren. In diesem Ereignis, wo die Einsatzmittel der Feuerwehr Olten unzureichend waren, wurde bereits am Abend des 8. August auf die Unterstützung des Regionalen Zivilschutzes zurückgegriffen. Ebenso wurde, wie in für solche Ereignisse vorgesehen nach Mitternacht der Regionale Führungsstab aufgeboten. Der Regionale Führungsstab wurde anschliessend zusätzlich vom Kantonalen Führungsstab begleitet und wo erforderlich mit zusätzlichen Mitteln unterstützt. Demzufolge ist klar geregelt, in welchem Fall und Zeitpunkt welche Rettungskräfte zur Verfügung stehen. Die Feuerwehr und anschliessend der Regionale Führungsstab legen je nach Ereignis die entsprechenden Rettungsprioritäten fest. Eine standardisierte Prioritätenliste besteht nicht.

Zu Frage 4

Auf diese Frage wird die überarbeitete Gefahrenkarte Antworten geben. Es ist damit zu rechnen, dass Massnahmen zu treffen sein werden.

Zu Frage 5

Die Fremdnutzer der Schützenmatt werden bisher mittels Vereinbarungen für den jeweiligen Anlass nicht über das Ereignis einer Hochwasserüberflutung informiert. Grundsätzlich werden die Fremdnutzer darauf hingewiesen, dass sie für entsprechenden Versicherungsschutz verantwortlich sind. Die Einwohnergemeinde Olten stellt dabei schriftlich fest, dass sie keinerlei Haftung übernimmt. An der diesjährigen Kilbi, wo es sich um ein aussergewöhnliches Unwetterereignis handelte, wurden den geschädigten Schaustellern die Platzgebühren erlassen. Weitergehende Massnahmen sind auf Grund der jeweils kurzen und lediglich mobilen Belegung der Schützenmatt aus Sicht des Stadtrates nicht erforderlich.

- - - - -

Andreas Schibli: Vorerst möchte ich herzlich für die Beantwortung der einzelnen Fragen auf meine Interpellation danken. Ich nehme zur Kenntnis, dass endlich die Gefahrenkarte der Dünern bis Ende Jahr fertig gestellt wird, was vom Kanton schon seit längerer Zeit in Auftrag gegeben worden ist. Es bleibt zu hoffen, dass der Kanton jetzt endlich Massnahmen ergreifen wird, die solche Katastrophen, wie wir sie erlebt haben, verhindern oder zumindest lindern. Zur Antwort auf Frage 1 möchte ich noch sagen, dass ich denke, es ist nicht das Hauptkriterium, dass man die Wände der Dünern aus ästhetischen Gründen nicht erhöht. Ich kann mir vorstellen, dass hier der wichtigste Grund eher ist, was dann mit den Brücken passiert. Man kann ja nicht nur die Wände der Dünern erhöhen. Man müsste dann auch noch die Brücken heben. Zu Frage 4 nehme ich zur Kenntnis, dass die Stadt abwarten will, welche Massnahmen der Kanton zum Hochwasserschutz im erwähnten Gebiet leisten will. Aus verlässlicher Quelle weiss ich, dass private Eigentümer bereits Überlegungen anstellen, wie ihre Gebäude, sprich Keller, gegen solche Hochwasser besser geschützt werden könnten. Solche Planungen hätten wir uns zum Beispiel auch für die technischen Räume der Kulturstätte Schützi vorstellen können oder wenn eine Trafostation wegen Hochwasser abgestellt werden muss, sollte man eigentlich prüfen, wie die Stromversorgung dann anderweitig gespiesen werden könnte, damit die privaten installierten Pumpen weiter funktionieren würden. Das ist eben leider am Wochenende vom 8./9. August passiert. Aus den erwähnten Beispielen bin ich von der Antwort des Stadtrates nur teilweise befriedigt.

Stadträtin Doris Rauber: Ich habe noch eine kurze Ergänzung. Als Sofortmassnahme hat der Stadtrat nach gründlichen Abklärungen durch Feuerwehroffiziere und die Verwaltungsleitung der Direktion Öffentliche Sicherheit 80 Meter sogenannte Beaver-Schläuche angeschafft. Diese Beaver-Schläuche kennen Sie sicher alle aus den Medien von den Hochwasserzeiten im Fernsehen. Man hat sie vor allem im Mattenquartier in Bern gesehen. Das sind die grossen orangen Schläuche. Sie sind sehr flexibel und rasch einsetzbar, eben an verschiedenen Orten, zum Beispiel Walliserkanne, Aarburgerstrasse, Wilerfeld usw. Man muss aber sagen, dass diese Schläuche bei einem Hochwasser, wie es am 8./9. August gewesen ist, selbstverständlich nicht genügen würden, als ja alle von einem 300-Jahr-Hochwasser gesprochen haben. Aber bei einem kleineren Ereignis werden uns diese Schläuche sicher gute Dienste erweisen.

Theo Schöni: Ich möchte nicht auf die Beantwortung, die erfolgt ist eingehen. Ich finde sie in Ordnung. Ich hätte lediglich eine kleine Zusatzfrage, wenn dies erlaubt ist. Kann der Stadtrat beziffern, in welcher Grössenordnung die Schäden, welche die Badi erlitten hat, frankenmässig liegen.

Stadträtin Silvia Forster: Das sind mehrere hunderttausend Franken. Im Detail kann ich dies nicht sagen. Wir können aber diese Zahl nachliefern, wenn es gewünscht wird, wobei ich einfach sagen muss, dass im Moment der Architekt noch an der Arbeit ist und von daher

auch beim Einholen von Offerten. Aber man muss einfach sehen, dass das Restaurant total beschädigt ist. Dort muss alles heraus gerissen werden. Die Heizung ist defekt. Hier will man natürlich auch gleich schauen, dass man erneuerbare Energie einsetzen kann. Wir haben massive Schäden. Ich möchte mich jetzt etwas zum Fenster hinaus lehnen. Ich meine, der Fachbearbeiter, Urs Kissling, habe einmal etwas von einer Million gesagt. Aber ich werde dies erhärten. Sie werden diese Zahl nachgeliefert erhalten.

Urs Knapp: Noch eine Nachfrage: Das ist eine Million Schaden. Interessant wäre natürlich, wer diesen Schaden übernimmt. Ich nehme an, es gibt ja Versicherungen, welche dies weitgehendst übernehmen.

Stadträtin Silvia Forster bestätigt dies.

Rudolf Moor: Ich habe eigentlich auch eine zusätzliche Frage. Es wäre interessant, solche Hochwasser auch in der Geschichte aufzuzeichnen und weiter zu verfolgen. Ich weiss eigentlich nur, dass Karl Frey diese Hochwasserstände und das Hochwasser verfolgt. Aber er ist ja nicht mehr gerade in einem jugendlichen Alter. Er ist schon nicht mehr jung gewesen, als ich bei ihm zur Schule gegangen bin. Ist sonst irgendwie sicher gestellt, dass diese Wasserstände - es geht jetzt nicht nur um das Aufzeichnen; ich glaube, es wird schon aufgezeichnet - sauber ausgewertet und vor allem auch die Anstiege der Wasserstände, also die erste Ableitung, sauber analysiert werden? Ist sicher gestellt, dass dies auch in Zukunft gemacht wird?

Stadträtin Doris Rauber: Die Zusammenfassungen von Karl Frey erhält der Stadtrat ja jeweils und sie liegen meines Wissens auch in der Stadtbibliothek auf. Er macht dies ja seit vielen Jahren. Wenn ich den letzten Bericht, als er geschrieben hat, dass dies sein letzter Bericht sein wird, richtig im Kopf habe, hat er dort einen Nachfolger präsentiert. Ich weiss jetzt aber den Namen nicht mehr, meine aber, es sei so. Ich gehe davon aus, dass natürlich auch der Kanton die Erhebungen dieser Wasserstände im Kanton ja auch vornimmt.

Parlamentspräsidentin Iris Schelbert: Ich stelle fest, dass der Interpellant mit der Antwort teilweise zufrieden ist.

Mitteilung an:
Mitglieder des Stadtrates (5)
Direktion Öffentliche Sicherheit/Herrn Franco Giori
Geschäftskontrolle
Kanzleiakten

Verteilt am:

Parlamentspräsidentin Iris Schelbert: Wir beschliessen die heutige Sitzung. Wir haben aufgeräumt. Ich wünsche Euch eine schöne Zeit. Merci für die Mitarbeit. Wir sehen uns im Dezember wieder. Tragt Sorge zueinander und grüsst einander.

Die Parlamentspräsidentin:

Der Stadtschreiber:

Die Protokollführerin:

Protokollgenehmigung:

Einsprachen sind der Stadtkanzlei zuhanden der Parlamentspräsidentin innert 10 Tagen nach der Zustellung schriftlich einzureichen.